

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei im Post-
amtlichen Nummern 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Die Insektions-Beilage
betragt für die hochpreisige Kolonia
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(inkl. das erste Wort frei). Inverate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 14. März 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Regierung in der Mitte.

Die vielberufene Politik der Mitte, die im Grunde eine
Politik der Impotenz ist, hat die deutsche Regierung jetzt in
die Mitte zwischen den Parteien und Interessengruppen so
eng eingekleidet, daß sie kaum nach Atem holen kann. Ihr
„maßvoller“ Zollwucher, mit dem sie noch Handelsverträge
möglich zu machen hofft, wird von rechts und links gleicher-
maßen abgelehnt. Die Linke, die ernsthaft Handelsverträge will,
bekämpft die hochschutzzöllnerische Tendenz des Entwurfs, während
die Mehrheit des Parlaments und der Kommission, die überhaupt
keine Verträge, sondern profitable Zollkriege wünscht, die
Regierungs-Politik der mittleren Linie mit einem gering-
schätzigen Hohn behandelt, der ganz an die Zeiten des Junfer-
manns der Kanalrebellens erinnert. Die Regierung spricht
ein über das andre Mal ihr „unannehmbar“. Die agrarische
Mehrheit, unter der Führung des Herrn v. Wangenheim,
pfeift auf die Erklärungen der Minister, sie nimmt sie gar
nicht ernst, und erhöht, unbekümmert um die entschiedensten
Proteste der Regierungsvertreter, jede Position ins
Unangemessene. Die von den Agrariern errichtete Zoll-
mauer wächst in den Himmel, und der Zolltarif wird zu
einer Karikatur der Hochschutzzöllnerie, zu dem Entwurf einer
absoluten Grenzsperr.

Endlich scheint nun auch in der Regierung ein Gefühl
für die klägliche Rolle erwacht zu sein, in die sie ihre Um-
werbung der Agrarier gebracht hat. Und ein Zeichen für diese
erwachende Empfindlichkeit ist es, daß ein neuer Herr
plötzlich als Wortführer der Regierung vorgeschickt worden ist.
Bisher lag die Verteidigung der Regierungsvorlage in
den Händen des Grafen Pofadomski, der zwar auch fast jede
Zollerhöhung der agrarischen Mehrheit als unannehmbar be-
zeichnete, der aber als Höriger der Hochschutzzöllner keinerlei
Eindruck mit seinen Warnungen und Mahnungen hervor-
zurufen vermochte. Der Reichszangler ist in der Kommission
niemals erschienen. Dagegen ist in den letzten Tagen — Graf
Wulow soll krank sein — Herr v. Nischhofen, der Staats-
sekretär des Auswärtigen, erschienen und hat — sehr zur
Ueberraschung und zum Verdruss der Agrarier, eine so
unterschiedene Sprache gegen die Mehrheit geführt, daß es
am Donnerstag in der Kommission zu einem heftigen
Zusammenstoß zwischen ihm und den Ueber-
zöllnern gekommen ist.

Es war die letzte Sitzung vor den Ferien; sie vertagte
sich bis zum 8. April. Sie hat im ganzen bisher 37 Sitzungen
abgehalten. Zu dieser Zeit hat sie in erster Lesung die
12 Paragraphen des Zolltarif-Gesetzes und einige zu ihm
gestellte Abänderungsanträge sowie 43 Zolltarif-Positionen
erledigt. Es stehen noch eine Reihe zum Zolltarif-Gesetz
gestellter Anträge und 903 Zolltarif-Positionen und die ganze
zweite Lesung aus.

Der Konflikt brach bei der Debatte über die Zölle auf
lebende Blumen aus. Der Staatssekretär des Aus-
wärtigen, Herr v. Nischhofen, hatte am Mittwoch
auf das bestimmteste namens der verbündeten Regierungen
erklärt, daß eine Aenderung der von der Regierungsvorlage
— entsprechend dem bestehenden Zustand — vorgeschlagenen
Zollfreiheit der meisten Küchengewächse und
lebenden Blumen für alle Stadien der Ver-
arbeitung absolut unannehmbar ist. Heute wiederholte er aus
Anlaß von Beschwerden der Mehrheitsparteien darüber,
daß er so gesprochen hatte, diese Erklärung und gab
wiederholt die Erklärung ab, daß die Zollfreiheit auf
Gemüse und lebende Blumen in dem in der Regierungsvor-
lage vorgeschlagenen Umfang eine Vorbedingung für das
Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Italien
ist. Ueber seine Erklärungen beschwerten sich die Agrarier
bitter und betonten lebhaft, sie seien keine Gegner
von Handelsverträgen, wollten aber nur solche, die
Zölle aufheben. Sie erklärten unverbüßlich, die Re-
gierung handle gegen das nationale Interesse und im
Interesse von Gruppen des Auslandes. Herr v. Nischhofen
erhob sehr nachdrücklich Einspruch gegen die Mißachtung der
Regierungserklärungen. Herr v. Wangenheim erwiderte höchst
pazif.

Die Bündler treiben zweifellos schon jetzt Wahlpolitik.
Ihre Anträge sind zum Fenster hinaus gerichtet. Kein
Handelsvertrag, hohe absperrende Zölle
gegen Einfuhr aus dem Auslande bleibt die
Lösung für die agitatorischen Handlungen der Mehrheit. In
jedem Worte der Mehrheit offenbarte sich diese Absicht. Von den
Rednern der Linken hatte insbesondere Stolle als sachverständiger
Gärtner dargelegt, daß der Zoll auf Blumen die Gärtnerei, ins-
besondere die kleinen Gärtner schwer schädige und die erzieherische,
Augen und Gemüt veredelnde Wirkung der Blumenfreunde
dem kleinen Mann und dem Mittelstand raube. Vergeblich. Ein
Zoll würde für den Großbetrieb, für den Versuch im Gegensaß
zur Arbeit Vorteile genähren, also wurde er beschlossen. Von den
bisherigen zollfreien Blumen sollen beispielsweise lebende Pflanzen
in Töpfen mit 15, in Erdballen mit 20, Rosen mit 40,
Pflanzfreier, Bäume und andre lebende Pflanzen mit 15 M.
Zoll belegt werden. Der höchste Grad des Zollfiebers befiel
die Zöllner bei ihrem letzten allerdings nur mit knapper
Mehrheit zu stande gekommenen Beschluß. Encas wedel
sollen nach der Regierungsvorlage mit 20 M. Zoll, nach einem
socialdemokratischen Antrag zollfrei eingeführt werden können.

Die agrarische Mehrheit setzte den Zoll auf 250 M., das
heißt auf eine Höhe steht, die in mehr als 227 Proz. des
Wertes der Ware besteht! Und bei derartigen Prohibitiv-
zöllen soll man der Mehrheit noch glauben, sie wolle
Handelsverträge. Nein: sie streben durch Zölle eine
künstliche Verteuerung der Waren zu Ungunsten der
Gesamtheit, aber zu Gunsten der Großkapitalisten an,
selbst wenn durch dies Streben die Ausfuhr aus Deutschland
unmöglich gemacht werden sollte. Die Regierung kam auf
diesem Wege nicht mit. Aber sie hat durch die enorme Säge
enthaltende Vorlage A gesagt, die Bündler-Vogel verlangt
von ihr, nun das ganze Alphabet mit durchzugehen. Der
erste Schritt, der Schritt einer Erhöhung der Zölle war
frei, im zweiten sind die Regierungen knechte.

Herr v. Nischhofen hat heute versucht, dieses Joch abzu-
schütten. Seine Entschlossenheit scheint in der That beim
Centrum und auch bei den Konservativen Eindruck gemacht
zu haben. Die Centrumskomitee erklärten, diese enormen Zoll-
Erhöhungen seien ja nur Versuche, bei der zweiten Lesung
werde man weiter sehen.

Auch der konservative Graf Schwerin-Löwitz ließ in seinen
zweideutigen Wendungen die Absicht einer Verständigung durch-
blicken. Nur die um Wangenheim verharren in ihrer trotigen
Intransigenz: Entweder — oder.

Vom Standpunkt der Agrarier ist diese Haltung nicht
unlogisch und auch nicht ungeschickt. Wenn die Regierung so
hohe Zölle den Agrariern ganz unbegründet bewilligt hat, so
ist in der That nicht abzusehen, warum sie gerade bei den
von ihr zugestandenen Sägen stehen bleiben soll und nicht
noch höher gehen kann. Anßerdem rechnen die Bündler mit
dem Nicht-Zustandekommen des Tarifs und mit Reichstags-
wahlen. Danach richten sie ihre Forderungen ein. Freilich
kommt wie die Regierung so auch das Centrum in Gefahr,
zwischen den Gegensätzen zerdrückt zu werden.

Die Socialdemokratie kann in Ruhe zusehen, wie sich der
Ausgleich der Interessen der um den Deuteanteil Haberuden
vollziehen wird. Ob die Regierung sich der Mehrheit unter-
werfen, ob die Agrarier schließlich sich mit dem „maßvollen“
Zollwucher begnügen werden — ist für uns von sekundärem
Interesse, da die Vorlage der Regierung für uns genau so
unannehmbar ist, wie die der Mehrheit und die eine wie die
andre verhindert werden muß.

Dagegen mögen diese Auseinandersetzungen und Konflikte
innerhalb der herrschenden Klassen und ihrer Vertretung in
der Regierung für die Entwicklung der Parteiverhältnisse im
Reiche nicht ganz ohne Bedeutung sein. Der Zolltarif wirkt
in der That als Sprengpulver.

In ihrer Donnerstags-Sitzung beschäftigte sich die Kommission
zunächst mit der Position 37 (Bäume, Reben, Stauden,
Sträucher, Schößlinge zum Verpflanzen, und sonstige
lebende Gewächse, ohne oder mit Erdballen, auch in Töpfen
und Kisteln, Pflanzfreier, Chocastämme ohne Wurzel, und
Wedel); die Regierung sieht für diese Pflanzen wie bisher Zollfreiheit
vor, beantragt aber für Lorbeerbäume einen Zoll von 3 M., für
andre einen Zoll von 6 M.

Wallenborn (C.) beantragt, der Position folgende Fassung zu
geben: Lebende Pflanzen in Töpfen 30 M., Lebende Pflanzen ohne
Erdballen 20 M., Rosen 40 M., pro Doppelcentner, Bäume und andre
vorstehend nicht genannte lebende Pflanzen, einschließlich Lorbeer-
bäume und Chocastämme ohne Wurzel und Wedel 15 M.

Antick und Genossen (Soc.) beantragen auch die Unter-
position: Lorbeerbäume 3 M., andre 6 M., freizulassen.

Stolle (Soc.): Wenn auch der Gärtner nicht immer im Rosen-
garten sitzt, so kann doch von einer Koalition der Gärtnerei nicht die
Rede sein. Die Vespier großer und größter Gärtnereien haben gar
keine Ursache, Petitionen um Schutzzölle bei uns einzulegen. Für
sie bedeuten Zölle Liebesgaben ohne Rot. Wer macht denn den
Gärtnern Konkurrenz? Das Ausland — nein, die inländischen
Großgrundbesitzer, die, wie Möllers „Deutsche Gärtnerei-
Zeitung“ berichtet, selbst den Hausierhandel mit Pflanzen
und Gemüse betreiben lassen. So wird zum Beispiel
schwere Klage geführt über die Konkurrenz des Hof-
gärtens des Grafen von Stolberg-Werniger-
rode, wo sogar die Vehlingsgärtnerei betrieben wird und
die Gärtnerei des Ortes in jeder Beziehung geschädigt wird. Es
beißt in den Verichten dieser Fachzeitung, daß 4 bis 5 Gärtnere am
Orte noch bestehen könnten, wenn diese Konkurrenz nicht wäre,
während die vorhandenen durch sie geschädigt werden. Sie sollten
die Blumenpflege im Volke nicht durch unsinnige Verteuerung mittels
Zölle hindern.

Herr v. Wangenheim (L.): Er habe den Auftrag, für die
deutsche Arbeit einzutreten. Davon lasse er sich durch keine Reden
der Linken, durch keine Drohungen der Regierung abbringen.

Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth betont, daß die
Zollfrage des Antrags Wallenborn das Maß aller bisherigen
Forderungen weit überschritten. Ein Zolltag sei um so weniger
gerechtfertigt, da unsere Ausfuhr in diesen Waren sich ebenso ge-
steigert habe wie unsere Einfuhr.

Antick (Soc.): Es ist nicht so, wie Wangenheim behauptet,
daß die kleinen Gärtner von den Zöllen Vorteil haben würden. Nur
für die Großhändler würden Vorteile herauspringen, die sich die
Konkurrenz des Auslandes vom Hals schaffen wollen, während die
Konkurrenz im Inlande die kleinen Gärtner schädigt. So lange nicht
Stillsand oder Koitsand in der Gärtnerei eintritt, kann man von
uns nicht verlangen, daß wir Zölle und Liebesgaben bewilligen. Der
Schutz der Arbeit besteht darin, daß man einem etwas giebt, der es nicht
nötig hat. Wenn jemand des Schutzes bedürftig ist, dann sind es die
Arbeiter in der Gärtnerei, die trotz des blühenden Ge-
werbes außerordentlich unglücklich gestellt sind.

Vorsitzender Antick erucht den Redner, nicht zu weit auf die
Arbeiterverhältnisse einzugehen, da das nur in losem Zusammenhang
mit der Position stehe.

Antick (fortfahrend): Im Gegenteil, das ist die Hauptsache,
wenn die deutsche Arbeit geschützt werden soll, müssen in erster Linie
die Arbeiter geschützt werden; für sie haben wir hier einzutreten. Aber
der Zoll nützt ihnen nichts, sie bekommen jetzt bei guten Erträgen
der Gärtnerei auch nichts.

Müller-Reinigen (fr. Sp.) betont, daß die Herren auf der
Rechten mit dem Feuer spielen. Man sehe, daß ihnen der Abschluß
von Handelsverträgen gleichgültig sei. Die Einführung höherer Zölle
im Interesse der kleinen Gärtner sei ganz unbegreiflich. Die Be-
kämpfung der Einfuhr von Pflanzpflanzen sei auch vom künstlerischen
und ästhetischen Standpunkte aus sehr bedauerlich.

In der Abstimmung wird der Zusatz „Pflanzfreier“ nach einem
Amendement Wangenheim angenommen, ebenso der An-
trag Wallenborn unter 1 bis 3 und, nachdem unter 4 die Worte
„Encasstämme ohne Wurzel, und Wedel gestrichen worden
sind, auch 4. In besonderer Abstimmung wird für Encas-
stämme ohne Wurzel, und Wedel Zollfreiheit beschlossen. Ueber
Position 38 wird mit 89 zusammen beraten. Position 38 läßt
Orchideen u. l. b. n., eingewurzelt, wie bisher zollfrei; Position 39
ebenso Blumenzwiebeln, „Anollen und „Wulben, vor-
stehend nicht genannt.

Herr v. Wangenheim (L.) beantragt für Blumenzwiebeln und
„Anollen einen Zolltag von 7,50 M.

Beumer (natl.) behauptet, der einheimische Konsument werde
vielfach durch die Einfuhr aus Holland betrogen. Die gestrige Er-
klärung des Staatssekretärs Freiherrn v. Nischhofen habe ihn im
hohen Maße überrascht. Die Regierung könne es doch den Mit-
gliedern der Kommission nicht verdenken, daß sie die heimische
Produktion nach Möglichkeit schützen wollen.

Staatssekretär Herr v. Nischhofen erklärt, im englischen und
wohl auch in keinem andern Parlament wäre es denkbar, daß
so gewichtige Erklärungen, wie er sie gestern im Namen der ver-
bündeten Regierungen abgegeben habe, in der Debatte kaum
gestreift und bei der Abstimmung ohne Wirkung geblieben wären.
Wenn die Zeitung der auswärtigen Politik so gewichtige Erklärungen
abgebe, wie dies gestern durch seinen Mund geschehen sei, so habe
doch der Reichstag allen Anlaß, anzunehmen, daß sie ihre guten
Gründe dafür habe. Das Ausland werde leider aus den
gestrigen Beschlüssen zu der Annahme gelangen, daß die Mehr-
heit der Kommission Handelsverträge mit den durch die
selben betroffenen Staaten überhaupt nicht wolle. Ein solcher
Eindruck müsse von Grund aus zerstreut werden.

Herr v. Wangenheim (L.) meint: Die Kommission ist nicht
der Ort, über diese Fragen endgültig zu entscheiden. Das sei Sache
des Plenums. Die Regierung hätte sich deshalb ihre Er-
klärung für das Plenum reservieren sollen. So wie die Dinge
jetzt liegen, hätte das Vorgehen des Freiherrn v. Nischhofen nur
dazu geführt, darzustellen, daß zwischen der Majorität der
Kommission und der Reichsregierung absolut gegensätzliche
wirtschaftliche Anschauungen herrschen. Der Regierung
scheine das Interesse der Italiener wichtiger zu sein, als
das der heimischen Produzenten, welches die Mehrheit der
Kommission vertrete.

Staatssekretär Herr v. Nischhofen entgegnet, die Regierung
vertrete das wirtschaftliche Gesamtinteresse der Nation,
während die Mehrheitsparteien nur Einzelinteressen zur
Weltung zu bringen suchten. Schon die gestrigen Beschlüsse
der Kommission als solcher seien geeignet, den Ab-
schluß eines Handelsvertrages mit Italien aus äußerster
Ursache zu erschweren. Die Reichsregierung werde aber darüber
keinen Zweifel lassen, daß sie eventuell einen solchen Handels-
vertrag gegen die Beschlüsse der Kommission abschließen
werde.

Schrader (fr. Sp.): Es sei noch nicht vorgekommen, daß hoch-
wichtige Erklärungen der verbündeten Regierungen seitens einer
parlamentarischen Körperschaft so gleichgültig behandelt worden seien
wie gestern seitens der Mehrheit der Kommission.

Man solle bedenken, daß ein gegenseitiger Beschluß des Plenums
leicht schon zu spät kommen könne, da inzwischen von Italien und
andern Mächten Maßnahmen ergriffen werden könnten, die unsere
guten Beziehungen zum Auslande schädigen würden. So werde
denn ein höchwichtiges politisches und nationales Interesse von der
schutzzöllnerischen Majorität wegen einer verhältnismäßig un-
bedeutenden Zollposition gefährdet.

Stolle (Soc.) wendet sich gegen die Ausführungen Beumers.
In der Kommission für das Unfallversicherungs-Gesetz hat man sich
immer hinter die Regierung verschont. Hier geben die Herren
Agrarier auf die Ansichten der Regierung nichts und behandeln sie
wie Luft.

Speck (C.) bedauert die Erklärung Nischhofens, die übrigens von
seinen Freunden nicht gleichgültig aufgenommen worden sei.
Seine Freunde hätten nur den Versuch gemacht, die heimische
Gärtnerei vor ausländischer Konkurrenz und ausländischen Parasiten
zu schützen. Es gehe aber doch nicht an, daß die Reichsregierung
die Kommission so rückhaltlos desavouiert, daß sie erkläre,
auch ohne oder gar gegen die Beschlüsse der Kommission Zollfreiheit
gewähren zu wollen. Seine Freunde wünschten Handelsverträge
auch mit Italien, aber gleichzeitig, so weit als möglich, Schutz für
die einheimische Produktion.

Staatssekretär Herr v. Nischhofen erwidert, nicht die Kommission,
sondern die Reichsregierung sei desavouiert worden. Erst habe
die Regierung ihre Erklärungen abgegeben, dann habe die Kommission
ohne Rücksichtnahme auf die Auslassungen der Regierung entgegen-
stehende Beschlüsse gefaßt.

Spahn (C.) bedauert ebenfalls das Verhalten der Regierung.
Diese sollte Erklärungen immer nur pro hio et nunc (für den Einzel-
fall und Augenblick) abgeben und nicht der Kommission die „Wust
auf die Pistole“ setzen. (Heiterkeit.) Eine erste Lesung stelle doch
nur einen Versuch dar, in der zweiten Lesung werde er
z. B. aus Rücksicht auf seinen Wahlkreis, der gegen Zolltag
für lebende Pflanzen sei, anders stimmen.

Staatssekretär **Fehr. v. Richtigshofen**: Meine Erklärung ist nicht für die Zukunft, sondern für die Gegenwart berechnet. Redner beweist dies durch nähere vertrauliche Mitteilungen.

Müller-Sagan (fr. Sp.) erinnert daran, wie frühere Erklärungen der Regierung als nur vorläufig und unverbindlich von der agrarischen Mehrheit beurteilt worden seien. Charakteristisch für das Verhalten der Agrarier gegenüber der Reichsregierung sei es, daß sie gerade bei einem Punkte mit dem heftigsten Widerstand einsetzten, der für die heimische Erzeugung ohne besondere Bedeutung sei. Dadurch gäben sie zu erkennen, daß sie Handelsverträge überhaupt nicht haben wollten. Unsere heimische Gärtnerei braucht fremde Blumenwiebela, Anollen und Gulden. Trotz dieser Sachlage verweist sie die Mehrheit der Regierung gegenüber auf hohe Zollsätze für diese Artikel ebenso wie für frische Pflanzen und frisches Gemüse. Da müsse man sagen, so schlecht sei noch keine Regierung in einer Kommission behandelt worden wie die jetzige von der agrarischen Majorität.

Gamp (Sp.) vertritt die Ansicht des Abg. Schrader gegen die Mehrheit, da jener doch selber die Tarifvorlage zu Falle bringen wolle. Er, Gamp, sei bereit, den Entwurf en bloc anzunehmen, wenn die Linke das auch thue. **Wann habe denn in letzter Zeit eine Sitzung des Bundesrats, in der der Zolltarif verhandelt worden sei, stattgefunden, daß Fehr. v. Richtigshofen im Namen der verbündeten Regierungen sprechen könne?**

Dr. Baasche (natl.) verweist sich im Namen der Mehrheit gegen den Vorwurf des Abg. Schrader, daß er die Erklärung der Regierung gleichgültig behandelt habe. Man kann aber doch nicht verlangen, daß die Kommission bei jeder Position die Regierung frage, wie weit eine Zollherabsetzung zulässig erscheine. Er sei der Meinung, daß die Erklärung **Richtigshofens nicht so tragisch** zu nehmen sei. Auch auf Seiten der Mehrheit sei doch noch nicht das letzte Wort gefallen. Freilich dürfe die Regierung bei Anträgen auf höhere Zollsätze nicht fragen, wen verlegt man jenseits der Grenze, sondern nur: was ist das Interesse der Deutschen?

Stadthagen (Soz.) wendet sich gegen Baasche. Der Vorwurf, die Regierung vertrete die Interessen des Auslandes, linke aus vielen Bemerkungen der Mehrheit hervor. Auch der Socialdemokratie würden derartige Vorwürfe gemacht, die unberechtigt seien, weil die Partei nur die Interessen der deutschen Arbeit und der deutschen Arbeiter vertrete. Das Centrum und die Mehrheit bringt hier Beschlüsse zu fassen, die allerdings die Absicht verraten, den **Abschluß von Handelsverträgen zu vereiteln**. (Widerspruch.) Die Socialdemokratie thut hier nichts der Regierung zu Liebe oder Unliebe, sondern handelt im Gesamtinteresse. Leidet das Gesamtinteresse, so leidet die Arbeiterklasse am schwersten. Die Regierung ist allerdings selber schuld an der Verschönerung der Situation, da sie durch ihren Tarif die agrarische Begehrlichkeit gefördert habe.

Staatssekretär **Fehr. v. Richtigshofen**: Den Abg. Gamp kam ich beruhigen. Meine Erklärung habe ich im Namen der verbündeten Regierungen abgegeben. Nicht vertraulich ist die Erklärung, daß die Regierung beabsichtigt, Abschlüsse von Handelsverträgen Zollfreiheit für die betreffenden Positionen zu gewähren bereit ist. Die Regierung muß das Recht haben, ihre Stellung ungewöhnlich kundzugeben.

Graf Schwerin-Winsky (L.) spricht sich im Sinne Wangenheims aus, ohne klar erkennen zu lassen, welches Verhalten er der Regierung gegenüber einzunehmen gedenkt.

Ein Schlussantrag wird abgelehnt.

Speck (L.) interpelliert den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes betreffs des Standes der zolltarifischen Verhandlungen und der Vorbereitungen für dieselben im Auslande.

Staatssekretär **v. Richtigshofen** lehnt es ab, über solch schwebende Fragen Auskunft zu geben.

Bei der Abstimmung wird Position 38 nach der Vorlage (zollfrei) angenommen. Der Antrag **Wangenheim** zu Position 39 (für Blumenwiebela und Anollen 7,50 M.) wird abgelehnt. Mit der Mehrheit stimmen diesmal auch die meisten Centrums-Abgeordneten, für Wangenheim u. a. auch **Speck**.

Die folgende Diskussion erstreckt sich auf die mit einander verbundenen Positionen 40, 41 und 43. Nach der Vorlage sollen zollfrei bleiben: frische Blumen und Blüten zu Binde- oder Pierzwecken (41), frische Blätter, Gräser und Zweige zu dem gleichen Zweck (41) und getrocknete Blumen, Blätter (auch Palmwedel), Blüten, Knospen und Zweige zu Binde- oder Pierzwecken (43).

Fehr. v. Wangenheim (L.) hält eine weitere Begründung seiner Anträge für unnötig, die für frische Blumen und Blüten zu Binde- und Pierzwecken und für Fabrikate daraus **200 M.**; für Blätter und Gräser zu dem gleichen Zweck **75 M.** und für getrocknete Blumen **62,50 M.** verlangen.

Müller-Reitungen (fr. Sp.): Nicht bloß die Blumenbindererei und der Blumenhandel, sondern auch die deutsche Kunstgärtnerei werden gefährdet. Der Geschmack ist international; dem müssen wir Rechnung tragen. Das gefährlichste ist die Handhabung der Verzollung der Blumen bei Einführung eines Blumenzolles. Die Blumenliebhaberei ist ein Volkserziehung- und Volksveredelungsmittel.

Die Debatte wird hierauf durch Mehrheitsbeschluß geschlossen, ohne daß der Sachverständige, **Stolle** (Soz.), zu Worte gekommen ist.

Die Anträge **Wangenheim** zu 40, 41 und 43 werden abgelehnt; mit der Mehrheit für dieselben stimmen aus dem Centrum nur **Riöse**, **Speck** und **Wallenborn**. Für alle drei Positionen wird der Regierungsvorlage gemäß **Zollfreiheit beschlossen**.

Zu Position 42 beantragt **Fehr. v. Wangenheim** für **Cheaswedel**, frisch und getrocknet, einen Zollsatz von 250 M. Eine Begründung hält er für unnötig.

Direktor Wermuth stellt fest, daß ein solcher Schutz Zoll 227,27 Prozent vom Werte betragen würde. Von Cheaswedeln würden aber nicht nur große Mengen eingeführt, sondern auch ausgeführt. Bei einer einzigen Firma ließe einem Import von 1 1/2 Millionen ein Export von 1 Million gegenüber.

Stolle (Soz.) tritt für den socialdemokratischen Antrag ein, der Cheaswedel freilassen will. Er erklärt, daß verständige Nachleute keinen Zoll fordern werden. Was denke sich denn die Regierung mit ihrer Forderung. In Nr. 43 giebt sie Palmwedel frei, in Nr. 42 belegt sie Cheaswedel, getrocknet, mit 20 M. Zoll. Man kann doch nicht denselben Gegenstand unter der einen Nummer freilassen, unter der andern verzollen. Die Regierung besteuert mit diesen Zöllen die Pietät. Daß das Centrum da mitthue, sei ihm besonders interessant. Die Handelsgärtnerei wird durch diesen Zoll geschädigt.

Gef. Mat Lau erklärt, daß sich Palm- und Cheaswedel sehr wohl unterscheiden ließen.

Speck (L.): Mit Grabkränzen werde großer Luxus und Unsitte getrieben. Die Katholiken betätigten ihre Pietät durch Wohlthätigkeit.

Der Antrag **Wangenheim** auf 250 M. wird mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen.

Nach kurzer Debatte wird beschlossen, die nächste Sitzung **Dienstag, den 8. April**, früh 10 Uhr stattfinden zu lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März.

Reichstags-Schluss.

Der Reichstag brachte am Donnerstag in einer Dauer-sitzung, die bis 8 Uhr abends währte, den Rest der dritten Etatslesung zu Ende.

Beim Etat des Reichs-Justizamts erklärte Staatssekretär **Rieberding** auf eine Anfrage **Wasser-manns**, daß die Vorlage auf Befestigung des fliegenden

Gerichtsstandes der Preisse nach Ostern dem Hause zugehen werde. Die Ankündigung wurde beifällig aufgenommen, obwohl der Entwurf doch noch viele Wünsche unbefriedigt läßt. Dagegen wird die Vorlage, die den Bauhandwerkern ihre Forderungen sichern soll, so bald nicht an das Haus gelangen. Staatssekretär **Rieberding** erklärte, daß die Vorarbeiten noch im Gange seien. Von verschiedenen Seiten wurde versichert, daß die beiden Entwürfe dieses Gesetzes, die der öffentlichen Kritik unterbreitet worden sind, den berechtigten Anforderungen nicht entsprechen.

Beim Reichs-Eisenbahn-Etat wurde über die süddeutsche Eisenbahn-Gemeinschaft und den preussisch-sächsischen Eisenbahnknoten Herr **Dr. Haffke** forderte für die Gesellschaft eine Verbilligung des Frachttarifs für ihre Musterkoffer um 50 Prozent. Diese Forderung wurde von **Singer** mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß wir eine allgemeine Verbilligung der Tarife verlangen und nicht Ausnahmestimmungen treffen wollen, die nicht einmal den Reisenden, sondern nur den Firmen zu gute kommen würden. **Singer** gab außerdem der Hoffnung Ausdruck, daß der Zwang der Verhältnisse zu einer einheitlichen Reichseisenbahn führen würde, und bezeichnete die partiellen Eisenbahngemeinschaften als ein Hindernis auf diesem Wege.

Am längsten hielt die Beratung des Etats der Reichs-post auf. Hier waren soviel Redner gemeldet, daß der Präsident ihre Scheidung in drei Kategorien vornahm. **Singer** forderte den Staatssekretär auf, die Postbauten im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit zu beschleunigen, und rügte, daß zwangsweise Sammlungen bei den unteren Postbeamten in Posen für ein Bismarck-Denkmal vorgenommen werden. Außerdem tadelt unser Redner, daß die Verkäuferinnen von Postwertzeichen in den Büroräumen der Schalter, die mit 60 Mark besoldet sind, nun die freien Sonntage nicht mehr bezahlt bekommen sollen. Herr **Kraetke** war sehr entgegenkommend. Er hat angeordnet, daß die Postbauten fortgeführt werden sollen. Bei aller Begeisterung für Bismarck billigte er auch die zwangsweisen Sammlungen nicht. Auch für die Verkäuferinnen soll besser gesorgt werden.

Die Freisinnigen zogen ihre Resolution, die die Einstellung von 1000 neuen Postassistenten-Stellen in den Etat forderten, zurück, nachdem der Staatssekretär der Reichs-Postverwaltung und der Schatzsekretär versprochen hatten, daß vorläufig denjenigen diätarisch beschäftigten Beamten, die länger als 6 Jahre im Dienste sind, die Diäten um 50 Pf. täglich erhöht und daß im nächsten Etat die Zahl der etatsmäßigen Postassistentenstellen so vermehrt werden soll, daß die diätarische Beschäftigung unter keinen Umständen länger als 5 Jahre dauere.

Die Centrumsresolution, die die beschlussmäßige Zustimmung des Reichstages zu dem Postübereinkommen zwischen dem Reich und Württemberg forderte, fand keine Gegenliebe bei den andern Parteien und wurde abgelehnt.

Den Schluss der Erörterungen bildete eine sehr breite **Polendeckel**, die, soweit sie auf Auseinandersetzungen über die galizischen Volksschulen zwischen **Dr. Sattler** und den polnischen Rednern hinauslief, recht überflüssig war.

Die übermüdet schließlich das Haus war, zeigte sich bei der Abstimmung über die Resolution **Gröber** wegen des Duellungszugs, für die sich aus einem Mißverständnis heraus nur das Centrum erhob. Doch konnte der Schaden, wenn es ein solcher war, nicht wieder gut gemacht werden.

In der Gesamtabstimmung wurde der Etat gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Dann ging das Haus in die Osterferien. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung am 15. April steht die Fortsetzung der zweiten Beratung der **Seemannsordnung**.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Donnerstag, in der Erkenntnis, daß die rechtzeitige Verabschiedung des Etats vor dem 1. April unmöglich ist, einen von Mitgliedern aller Parteien gestellten Antrag an die Budgetkommission verwiesen, wodurch in das Etatsgesetz ein neuer Paragraph aufgenommen wird, der die bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben nachträglich genehmigt.

Hierauf erledigte das Haus das Kapitel „Höhere Lehranstalten“ vom Kultusetat. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Zulassung der Realgymnasialabiturienten zum juristischen und medizinischen Studium. Von verschiedenen Seiten wurde energisch die Gleichberechtigung aller Arten von höheren Lehranstalten verlangt. Des weiteren wurde die Aufhebung der Vorschulen angeregt, die Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der Oberlehrer an staatlichen höheren Lehranstalten besprochen und eine größere Berücksichtigung der Naturwissenschaften auf den höheren Lehranstalten gefordert. Ebenso gingen wieder Klagen des Centrums ein über die 25 Jahre zurückliegenden hiesigen Erlasse, namentlich über das Verbot der Teilnahme von Schülern an religiösen Vereinen.

Am Donnerstag stehen Wahlprüfungen und das Kapitel des Kultusetats „Elementar-Unterrichtswesen“ auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Der englische Igel.

Graf Bülow kränkt. Ihn so gekränkt ist sein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr **v. Richtigshofen**.

Herr **v. Richtigshofen**, der unscheinbare, richtet sich in der Zollkommission led empör gegen die agrarische Zollkriegsbereit, während **Graf Bülow**, die glänzende Erscheinung, mutig sich vor denselben Agrariern verweigert. Während **Graf Bülow** das freundschaftliche Verhältnis zum dynastieverwandten England durch ungeheures Granitbegehren hörte, erhebt sich Herr **v. Richtigshofen** mitvoll zu einem Hymnus auf die englische Freundschaft und zur Empfehlung, die englische Empfindlichkeit vorläufig zu schonen.

Der kranke **Graf Bülow** und der ununtere **Richtigshofen** haben entweder sich nicht miteinander verständigt, wie die deutsche Regierung über das Verhältnis zu England zu denken habe, oder es sind binnen kurzem wechselnde Anordnungen an die abwechselnd leitenden Staatsmänner gelangt.

Interessant ist, daß die „Kölnische Zeitung“ in einem offiziös scheinenden Artikel als Voraussetzung für die deutsche Lebenswürdigkeit gegenüber England die Erfüllung der Forderung der Gegenseitigkeit aufwirft; das Blatt, das Meinungen aus der Nähe des Grafen **Bülow** wiedergibt, meint unter Hinweis auf englische Angriffe gegen das Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten:

„Auf die Dauer hat niemand Lust, einen Igel zu streicheln, der bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gegen uns die Stacheln sträubt.“

Fehr. v. Richtigshofen freudvoll ruhig den englischen Igel, dessen Stachel seinen Vorgesetzten, dem Reichskanzler, die Finger blutig riß.

Eine neue Episode im Sidak-Wirtwort des neuesten **Wetterwells-lurkes!** —

Die letzte Sitzung der Kommission für Arbeiterstatistik

hat am Donnerstag im Reichsamt des Innern stattgefunden. Sie stellte die Fragebogen betreffend die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse im **Fleischergewerbe** und solche betreffend des **Fuhrverlegewerbes** endgültig fest. Die Erhebungen sollen in derselben Weise vorgenommen werden wie die früheren Erhebungen. Es sollen 10 Prozent der Betriebe befragt werden. Bei der Hälfte der Befragten sollen die Unternehmer, bei der andern Hälfte die Arbeiter die Fragen beantworten. In den Großstädten wird die Umfrage nur in bestimmten Bezirken erfolgen, jedoch sollen die Großbetriebe beim Fleischergewerbe schon mit 10 und mehr Arbeitern und im Fuhrverlegewerbe solche mit 20 und mehr Arbeitern auch dann befragt werden, wenn sie auch nicht in den Bezirken wohnen, die für die Erhebungen ansersehen sind.

Die Sitzung war die letzte, welche die Kommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung abhielt. Denn die Kommission wird am 31. März aufgelöst und vom 1. April an wird eine besondere Ab-stellung des Statistischen Amtes gebildet, zu welcher sechs Bundesratsmitglieder und sechs Reichstags-Abgeordnete berufen werden, die dann die Arbeiten der Kommission für Arbeiterstatistik übernehmen sollen.

In seiner Schlussrede gab der Vorsitzende, **Unterstaatssekretär Hied**, einen Rückblick auf die Thätigkeit der Kommission. Die Kommission hat in der Dauer ihres Bestehens 22 Sitzungen abgehalten. Als sie 1892 zusammentrat, wurden Erhebungen über das **Häutereigewerbe**, **Müllereigewerbe** und der in Ladengeschäften beschäftigten Personen eingeleitet. 1893 wurden die Erhebungen über die **Gastwirtschaften**, 1895 über die **Sonntagsarbeit der Winnschiffer**, 1896 über das **Konfektionsgewerbe** eingeleitet, die sämtlich zum Abschluß gekommen sind. 1901 wurde die Kommission beauftragt, die gegenwärtig schwebenden Erhebungen über das **Comptoirpersonal**, **Fleischereigewerbe**, **Fuhrverlegewerbe** und die **Winnenschiffahrt** einzuleiten, deren Fortführung und Abschluß der neu gebildeten Kommission vorbehalten bleibt.

Der Fall Stietencron.

Kiel, 12. März. (Eig. Ber.) Zu der bereits telegraphisch gemeldeten Beurteilung des Redactors **W. e b e r** von der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ wegen angeblicher Beleidigung des Kriegesgerichts der 31. Division ist noch folgendes nachzutragen. Das kiel. Civilrichter-Kollegium glaubte dem Militärgerichtshof das ausdrückliche Zeugnis, daß er zur Freisprechung **Stietencrons** nur „nach eingehender Berücksichtigung und Prüfung aller That-sachen und aus gewissenhafter Ueberzeugung“ gekommen sei, nicht verjagen zu dürfen. Die Kritik der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ enthalte eine schwere Beleidigung des Kriegesgerichts. Namentlich sei der Vorwurf, die Kriegesrichter hätten in **Stietencron** in erster Linie den Standesgenossen und dann erst den Angeklagten erblickt, schwer beleidigender Natur. Es werde damit den Richtern Rechtsbeugung wider besseres Wissen zu Gunsten ihres Standesgenossen zur Last gelegt. Dazu ist denn doch, wie auch aus dem ursprünglichen Prozeßbericht hervorgeht, zu bemerken, daß die „Schlesw.-Holsteinische Volkszeitung“ durch ihre eingehende Erklärung des Standpunktes der Kriegesrichter aus deren Mitleid heraus die von ihr allerdings angenommene Befangenheit der Militärrichter gerade als eine objektive zu charakterisieren versucht hat, während andererseits das Urteil des Kriegesgerichts selbst mit feiner auffassender Würdigung der Persönlichkeit **Stietencrons** und mit feiner Nichtberücksichtigung der Belastungszeugen und der Sachverständigen den Passus der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ von **Stietencron** als Standesgenossen der Militärrichter nachdrücklich unterstreichen hat. Auch die Frage des intimsten Interesses, wie viele Menschen eigentlich der „tolle Baron“ töten mußte, ehe er unschädlich gemacht wird, betreffe nicht, wie der Angeklagte wollte, **Stietencron**, sondern sei auf das Kriegesgericht gemünzt. Der § 193, **Wahrscheinung berechtigter Interessen**, sei dem Angeklagten nicht zuzugerechnet, da er „offenbar“ das Kriegesgericht habe beleidigt wollen. Es sei deshalb, obwohl der Angeklagte noch nicht vorbestraft, auf eine empfindliche Strafe — wie bereits gemeldet, zu **zwei Monate Gefängnis** — zu erkennen.

Eine Ladung Schrot gefällig?

Wegen vorfälliger Zerklörung einer Eisenbahn sollte sich **Graf Bückler-Kleinshirne** und mit ihm vier seiner Gutsarbeiter und sein Inspektor **Richter** vor der Strafammer **Wloga** verantworten. **Graf Bückler** hatte, wie schon gemeldet wurde, seinem Gutsnachbar, dem Rittergutsbesitzer **Reisler** zu Stehden, ein Stück Ackerland verpachtet, auf dem dieser zum besseren Transport der Feldfrüchte eine Feldbahn erbaut hatte. Noch ehe der Pachtvertrag des **Reisler** abgelaufen war, ließ **Graf Bückler** diese von seinem Gutsnachbar erbaute Feldbahn durch den Mitangeklagten zerstören. Der Inspektor und die Gutsarbeiter waren zum Termin erschienen, nicht aber **Graf Bückler**. Der Staatsanwalt beantragte, den Grafen **Bückler** zum nächsten Termin verhaften oder zwangsweise vorführen zu lassen. Diesem Antrage gab der Gerichtshof nach kurzer Beratung statt und so wird **Graf Bückler** zum nächsten Termin, der auf den 20. d. M. festgesetzt ist, zwangsweise vorgeliefert werden. Der tolle **Graf** hat bekanntlich geschworen, er würde dem Beamten, der nochmals wagen würde, ihn zwangsweise vorzuführen, eine Ladung Schrot in den Bauch schlecken. Wer wagt's? —

Der tapfere Spahn.

Vor einiger Zeit fühlten die Dortmunder Ultramontanen das Bedürfnis, sich vom Professor **Spahn** etwas Wissenschaftliches über den **Seraph** unter den Heiligen — wie den Kindern in der Schule gelehrt wird — **Fransiskus von Assisi** zu erzählen. **Spahn** kam und steckte den Dortmundern ein Spähndchen, **Fransiskus** sei der Stuper unter den Heiligen, habe in der Jugend ein ansichweisendes Leben geführt, sei infolgedessen auch physisch vollständig zusammengebrochen, so daß er nachher stets einen Stab zur Stütze notwendig hatte. Als Kranke, ein durch Ausschweifung erschöpfter Mensch habe **Fransiskus** endlich 25 Jahre alt den Weg des Heils gefunden und sei auf demselben tapfer furchas gewandert, bis in die vorderste Reihe der Heiligen hinein. Solche Wissenschaft hat bei den Ultramontanen wenig gefallen. In der Dortmunder „**Tremonia**“ fuhr ein Vater **Pankratius** schweres Geschütz gegen den „jugendlichen“ Wissenschaftler auf, der mit seiner aus „geometrischen Werken“ geichöpfen „Wissenschaftlichkeit“ den Dortmundern die ver-lärende Vorstellung vom heiligen **Fransiskus** getrübt, das reine Bild besetzt habe. Und energisch fordert Vater **Pankratius**, Spähndchen solle widerrufen.

In einer an die „**Tremonia**“ gerichteten Erklärung behauptete der Centrumsprofessor zunächst, verschiedentlich falsch verstanden worden zu sein, verwahrte sich aber gegen den Vorwurf der Leichtfertigen, abfälligen Kritik in Bezug auf das Jugend-leben des heiligen **Fransiskus**. Weiter warf er seinem Gegner **Redaktionen** und Benutzung minderwertiger Quellen vor. Darob erbot, forderte die Redaktion der „**Tremonia**“ vom Professor **Spahn** den bündigen Nachweis für seine Behauptungen. . . Und Spähndchen schweig! Dagegen kann die „**Tremonia**“ im Anblich an einen Bericht über einen Vortrag, den Professor **Dr. Spahn** am 4. März in Aachen hielt, seinen Lesern folgenden indirekten Sieg über die Wissenschaftlichkeit des Professors kundgeben, indem sie bemerkt: . . . **Herr Prof. Spahn** vermied es, seine vor einigen Monaten in **Dortmund** vorgetragenen Ansichten über das **Jugendleben des Heiligen** vor seiner Verurteilung zu wiederholen, auch sonst war die Bedeutung des hl. **Fransiskus** für seine Zeit und die Kirche ganz anders und befriedigend dargestellt. . .

Dr. Spahn wird sich trösten in dem Gedanken, daß er nicht der erste Held ist, der sich tapfer der Heterodoxie zu unterwerfen mußte. —

Die Verpfehlung der Main-Neckarbahn. Die Eisenbahn-Kommission der Zweiten badischen Kammer beantragt beim Reichsamt, dem Staatsvertrag zwischen Baden, Preußen und Hessen vom 14. Dezember 1901, betreffend die „**Vereinfachung der Verwaltung**“ der **Main-Neckarbahn**, die Zustimmung zu erteilen. Die Verpfehlung

der Main-Redaktion wird also wohl demnächst zur Thatsache werden. Man verheißt sich in Baden nicht, daß damit eine erhebliche staatsrechtliche Veränderte des Landes verbunden ist, glaubt dieselbe aber als unerlässlich bezeichnen zu müssen, wenn man sich die finanziellen Vorteile des neuen Staatsvertrages nicht entgehen lassen will.

Den Dank für den Prinzenempfang

Hat Wilhelm II. dem Präsidenten Roosevelt in einem sehr verbindlichen Telegramm abgestattet, in dem der Kaiser der Genugthuung Ausdruck giebt, daß seine „ausgestreckte Hand“ von Amerika „mit festem männlichem und freundschaftlichem Griffe“ erfaßt worden sei. Die gleichfalls sehr verbindliche Antwort des Präsidenten dankt dem Kaiser „im Namen des amerikanischen Volkes“ für das, was er für Amerika „gethan“ und außerdem „persönlich für die huldvolle Form“, in der er seine „Courtoisie“ erwiesen habe.

Ein sensationelles Nachspiel zu der Prinzenreise läßt sich die „Berliner Zeitung“ durch eines Stabtelegramms aus New York melden:

New York, 12. März. Hiesige Abendblätter kündigen die Demission des deutschen Botschafters v. Holleben an. Jedenfalls drohen Skandale; es seien geheime Briefe in die Hände der amerikanischen Regierung gefallen.

Eine anderweite Bestätigung dieser immerhin sehr übertrieben klingenden Nachricht liegt bis jetzt nicht vor.

Ein Agent des Bundes der Landwirte im Centrum.

Aus Bonn, 12. März, wird uns berichtet: Das Schöffengericht in Bonn hat am 3. Dezember die Genossen Gruber von der „Münchener Post“ und Meerfeld von der „Rheinischen Zeitung“ wegen Verleumdung des Schriftstellers Hermann Bauer, früheren Redacteurs der centristischen „Rheinischen Volksstimme“ und jetzigen Herausgebers der „Agrar- und Socialpolitischen Korrespondenz“, zu je 300 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verleumdung wurde gefunden in einer von der „Münchener Post“ im Juli vorigen Jahres veröffentlichten und von der „Rheinischen Zeitung“ übernommenen Artikel. Darin war Herr Bauer nachgefragt: Er habe vor etwa sechs Jahren, als die „Rheinische Volksstimme“ ihr Personal vermindern mußte, dem damaligen Redacteur der „Rheinischen Zeitung“, dem gestorbene Genossen Karl Hirsch, wirkungsvolle Artikel gegen das Centrum angeboten, sei aber abgewiesen worden. Trotz des Annäherungsverhältnisses sei er ein treuer Sohn des Centrum's geblieben. Als allerdings die Verleumdung im Gesicht des Bundes der Landwirte an ihn herantrat, sei Bauers Stellung zum Centrum etwas eigentümlicher Art geworden; er kämpfe im Centrum als Agent des Bundes gegen das Centrum.

Die von den Beurteilten eingelegte Berufung kam heute vor der Bonner Strafkammer zur Verhandlung. Vor Eintritt in die Verhandlung bestritt Rechtsanwalt E. Schrammen (Köln) bezüglich des Verlangens Gruber die örtliche Zuständigkeit. Der Vertreter Bauers bemerkte zunächst: Die Klage beziehe sich nur auf den Teil des Artikels, der behaupte, daß B. der socialdemokratischen Zeitung Artikel gegen das Centrum angeboten habe. B. sei stets Centrumsmann gewesen und sei es auch heute noch. Der Vertreter der beklagten Redacteurs habe in der vorigen Instanz das Verhältnis Bauers zum Bund der Landwirte in die Erörterung ziehen wollen. Demgegenüber erkläre er, daß er über diese Angelegenheit jede Diskussion ablehne, da dieser Teil des Artikels nicht inkriminiert sei.

Rechtsanwalt Schrammen: Das Urteil erster Instanz begründet die Höhe der Strafe damit, daß dem Verleumdigen gewissermaßen journalistische Ehlohaftigkeit nachgesagt sei. Es soll nachgewiesen werden, daß Bauer, trotzdem er Mitglied der Centristenpartei ist, dem Bund, der in scharfer Gegnerschaft zum Centrum steht, gegen Bezahlung Dienste leistet, daß er also der politischen Charakterstärke fähig ist.

Junge Gilsbach, Verleger der „Rheinischen Zeitung“, bekundete: Vor fünf oder sechs Jahren kam zu mir ein Herr, stellte sich als Redacteur der „Rheinischen Volksstimme“ vor und erbot sich, auch für unser Blatt zu schreiben. Ich wies ihn an den damaligen Chefredacteur Karl Hirsch. Als der Herr weg war, sagte unser jetzt verstorbenen Berichterstatter Michels: Das sei ja der Redacteur der „Rheinischen Volksstimme“ gewesen; auf seinen Eid löste er nach so langer Zeit die Identität nicht bestritten.

Junge Hofrichter: Ich war damals mit Herrn Hirsch Redacteur der „Rheinischen Zeitung“. Ende 1895 oder Anfang 1896 kam ein Herr zu uns, um den Chefredacteur zu sprechen. Ich verließ den Raum, da ich in der Sekretärin zu ihm hatte. Als ich zurück kam, war der Herr weg. Hirsch sagte mir, es sei Bauer, der Redacteur der „Rheinischen Volksstimme“ gewesen, der sich als Mitarbeiter angeboten habe. Er habe ihn aber abgewiesen. Einige Wochen später habe Hirsch ihm dann nochmals gesagt, daß Bauer sich jetzt noch einmal brieflich angeboten habe.

Der Kläger Bauer bestritt entschieden, das Haus der „Rheinischen Zeitung“ je betreten zu haben.

Rechtsanwalt Schrammen: Bauer hat als Chefredacteur der „Rheinischen Volksstimme“ das Kreisblatt Centristenblatt „Nieder-rheinische Volkszeitung“ seit aufs schärfste bekämpft. Unmittelbar nach seinem Austritt aus der „Volksstimme“ habe Bauer sich aber an den Verleger dieses Blattes gewandt und ihm seine Dienste und Artikel gegen den Bestiz der „Volksstimme“, Freiherrn v. Loß, angeboten.

Junge Otto, Verleger des genannten Blattes: Der Kampf zwischen Bauers und meinem Blatt war sehr scharf. Als Bauer aus der „Rheinischen Volksstimme“ austrat, kam er zu mir und suchte Anstich an die Centristenpresse. Ich begegnete Bauer naturgemäß mit Mißtrauen. Bauer erklärte, daß er in der Centristenpresse agrarische Tendenzen nicht verfolgen werde, aber daß er mir Material aus dem Lager der „Rheinischen Volksstimme“ angeboten hätte, kam ich nicht zagen.

Rechtsanwalt Schrammen: Bauer war zunächst Redacteur der „Koblenzer Volkszeitung“, eines Centristenblattes; dann ging er zu der agrarischen „Volksstimme“, dann bot er sich wieder der Centristenpresse an; und nachdem man ihn dort nicht haben wollte, hat er sich jetzt wieder auf die agrarische Seite geschlagen.

Junge Schreiner, Redacteur der „Rheinischen Volksstimme“: Im allgemeinen sei B. mit der Centristenpartei einverstanden, nicht aber mit der Haltung in agrarischen Fragen. In volkswirtschaftlicher Beziehung habe er mit dem Bund der Landwirte die nämlichen Ziele. Jedoch seien sie dagegen, daß der Bund hier an den Rhein komme, wo der Bauernverein der ältere sei und die landwirtschaftlichen Interessen ausreichend vertreten. Am Rhein müsse man mit dem Centrum rechnen.

Rechtsanwalt Schrammen beantragt die Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils. Durch die Aussagen Gilsbachs und Hofrichters sei der Beweis der Wahrheit erbracht. Nach dem, was die Verhandlung ergeben habe, sei kein Zweifel, daß Bauer einer solchen Handlung fähig sei. Der Bund und das Centrum ständen sich zur Zeit anerkentlich feindlich gegenüber. Trotzdem sei Bauer heimlich für den Bund thätig. Bauer kenne nur wegen des einen Teils des Artikels, weil Karl Hirsch tot sei; wegen der ebenso schlichten Bescheinigung bezüglich seiner Stellung zum Bund kenne er nicht — weil hier lebende Zeugen auftreten würden, um sein subventioniertes Verhältnis zum Bund zu bestätigen.

Die „Kreuzzeitung“ habe gegenüber der Mitteilung des „Vorwärts“ über Bauer erklärt: es heiße einen Ehrenmann auf sich impflichtig beleidigen, wenn ihn in solcher Weise nachgefragt werde, daß er vom Bund der Landwirte Diäten bezöge. Vom „Vorwärts“ sei Bauer aufgefordert worden, ihn zu verlassen. Bauer aber habe erklärt, der „Vorwärts“ könne ihn nicht beleidigen. Herr Bauer erwidere also nicht auf Bescheinigungen, die nach der Ansicht von Blättern aller Parteien schimpflich seien.

Der Vertreter des Klägers Bauer, Rechtsanwalt Schmidt, meint: Der Beweis der Wahrheit sei vollständig gescheitert. Auf die Behauptungen bezüglich des Bundes zu antworten, habe B. keinen Grund, weil es nicht ehrenwürdig sei,

wenn B. auch für den Bund der Landwirte für Geld Artikel schreibe. Es liege keine Veranlassung vor, hier Interna in die Öffentlichkeit zu bringen.

Nach sehr kurzer Beratung wurde die Berufung verworfen. Auch der Einwand der örtlichen Zuständigkeit wurde zurückgewiesen. Nach der Auskunft der Postverwaltung wurde damals die „Münchener Post“ in einem Exemplar in Bonn gehalten. Der Bezogener war nicht Bauer selbst. Aber, so sagt die Urteilsbegündung; auch wenn Bauer das Exemplar gehalten habe, so sei ohne weiteres anzunehmen, daß dieses in der Redaktion, der Familie oder in der Freundschaft geleitet wurde. Die dem Privatkläger Bauer nachgesagten Thatsachen seien geeignet, ihn im höchsten Maße zu beleidigen und verächtlich zu machen. Einen über allen Zweifel erhabenen Beweis halte das Gericht nicht für erbracht. Es halte die Aussagen der Zeugen für vollständig glaubwürdig. Aber die Identität Bauers mit dem Verfasser sei nicht erwiesen. Eine Verwechselung sei nicht ausgeschlossen. In dem Charakterbild, das sich heute ergeben, liege kein Beweis, daß Bauer einer so großen Charakterlosigkeit fähig sei.

Ausland.

Der Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Brüssel, den 10. März 1902. (Sig. Ver.) Die Vereinigung aller oppositionellen Parteien zur Erlämpfung des gleichen Wahlrechts, die seit Jahren vergeblich angestrebt, ist diese Woche zur Thatsache geworden. Dies gilt nicht nur für die Kammergruppen, sondern auch besonders für die Wähler. Die Manifestationen, die jetzt zu hunderten stattfinden, vereinigen liberale Bourgeois, christliche Demokraten und Socialisten. Die Stadt Gent, das belgische Manchesters, machte hierin den Anfang. Dann sind Antwerpen, Alost usw. gefolgt. Die Stadt Brüssel wird am 17. März eine Massenmanifestation zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts haben, an der alle oppositionelle Parteien teilnehmen. Die treibende Kraft dieser Vereinigung sind die Wähler.

Als die verschiedenen Fraktionen der Kammer nur erst zögernd sich mit dem Gedanken eines festeren Zusammenschlusses vertraut machten, vereinigte sich schon die Wähler zu gemeinsamen Vorhaben. Die Präsidenten der vier liberalen Vereine Antwerpens, die von gemeinsamen Demonstrationen nichts wissen wollten, wurden von ihren Mitgliedern desavouiert.

Auch mit dem neuauftauchenden Zweipolens-System, das den doktrinen Hymnus zum Vater hat, scheint es sein Bewenden zu haben. Doch die socialistische Partei, bezw. deren Vorstand dagegen protestierte, lag auf der Hand. Aber auch die progressivste und doktrinaire Presse ist von diesem neuen System wenig erant. Sie sagt sehr richtig, daß dadurch die Wahlrechtsfrage keineswegs definitiv gelöst werde. Es würde nur eine Verlängerung dieses, das ganze Land in Aufregung haltenden Wahlrechtskampfes bedeuten, was vor allem zu vermeiden sei.

Von den Socialisten bis zu den Doktrinen herrscht nur ein Gedanke: Das Land von der clerikalen Herrschaft zu befreien, unter der es seit 18 Jahren leidet. Die Clerikalen verdanken ihre Stellung nur dem Beirung und der Unheiligkeit der fortschrittlich gesinnten Elemente, keineswegs dem Umstand, daß sie die Mehrzahl der Bürger hinter sich gehabt hätten, denn bei der letzten Wahl (1900) wurden Stimmen abgegeben für die Clerikalen 993 445, für die Liberalen und Progressiven 498 799, für die Socialisten 461 205, für die christlichen Demokraten 61 217, diverse 33 658.

Demnach verfügt die Opposition über 1 021 311 Stimmen, während die Clerikalen nur 993 445 Stimmen hinter sich haben. Nicht man noch in Betracht, daß die Clerikalen von dem Vura-System am meisten profitieren, so wird der Vorprung der Opposition noch größer. Bei richtiger Anwendung der proportionalen Vertretung müßten gemäß der Stimmenzahl die Opposition 77 Sitze und die Clerikalen 75 Sitze erhalten, während in Wirklichkeit die ersteren nur 68 und die letzteren 84 besitzen. Soll der belgische Staatsrat wieder flott gemacht werden, dem thatsächlich ist er festgefahren, so kann dies nur dadurch geschehen, daß eine andre Partei, gleichviel welche, das Ruder ergreift.

In eine Socialgesetzgebung ist seit langem nicht mehr gemacht worden. Das Gesetz, das Hazardspiel betreffend z. B. läuft seit zehn Jahren vom Senat zur Kammer und umgekehrt, ohne daß eine endgültige Lösung erzielt worden wäre. Seit Jahrzehnten ist die Reorganisation des öffentlichen Gesundheitsdienstes u. d. Gegenstand mehrerer Entwürfe, die in den Klappen der Ministerien schlafen. Das Unfallversicherungs-Gesetz ist seit 1889 auf der Tagesordnung, und die belgischen Arbeiter können sich glücklich schätzen, wenn es in dieser Session noch zur Erledigung kommt. Ferner fehlt ein geregeltes Schulgesetz (obligatorischer Schulbesuch) usw.

Der Wahlrechts-Diskussion sind nun schon 14 Sitzungen gewidmet, und noch ist das Ende nicht abzusehen, denn von den 60 eingeladenen Rednern haben nur erst zwei Dutzend gesprochen. Geht es in dem bisher beliebten Tempo weiter, so wird die ganze Zeit bis zu den Wahlen (Mai) damit ausgefüllt. Das ist jedoch unwahrscheinlich; denn bevor die Kammer auseinander geht, müssen noch elf Budgets, der Antrag auf Revision der Verfassung (allgemeines Wahlrecht) und ein anderes Gesetz erledigt werden, der Interpellationen, Zwischenfälle usw. sei gar nicht zu gedenken.

Eigentlich steht jetzt nur die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeinde und Provinz auf der Tagesordnung. Aber dieses ist aus der Debatte fast ausgeschlossen. Nur das allgemeine Wahlrecht für die Legislatur bezw. die Revision der Verfassung wird noch diskutiert, trotzdem es die Linke letztere erst nach Erschöpfung dieser Debatte zu beantragen gedenkt.

Dänemark.

Für den Verkauf der westindischen Inseln hat sich das Folkething am Dienstag in geheimer Sitzung mit großer Mehrheit erklärt. Aus 8 Abgeordnete stimmten dagegen. 19 Abgeordnete, die eine vorherige Abstimmung der Bevölkerung der Inseln wünschten, verzichteten angesichts der großen Majorität der Gegner auf Einbringung eines diesbezüglichen Antrages. — Jetzt wird die Angelegenheit in öffentlicher Reichstags-Sitzung verhandelt werden.

England.

Irische Ausgebungen für die Boeren

haben in vielen Städten und Ortschaften Irlands stattgefunden. Bei diesen den Sieg Declares über Methuen demonstrierend feiernden Ausgebungen soll es zu Ausschreitungen gekommen sein, bei denen englische Bewohner schwer mißhandelt wurden. Schon vor einigen Tagen sind englische Truppen, die eigentlich für Südafrika bestimmt waren, nach Irland geschickt worden. Dagegen soll nach der Meldung eines Berliner Blattes der König Eduard VII. angesichts der „revolutionären Haltung“ der irischen Bevölkerung auf seine geplante Reise nach Irland verzichtet haben. Die Absage des Königsbesuches könne möglicherweise die Einleitung zu einer antirischen Regierungskampagne werden.

Amerika.

Amerikanische und russische Reibungen. Das „Bureau Laffan“ meldet aus New York: Der Kommandeur des amerikanischen Kanonenbootes „Vicksburg“, dessen Matrosen vor einiger Zeit in Nutschwang Zusammenstöße mit russischen Mannschaften hatten, hat jetzt dem Staatsdepartement über die Angelegenheit, die weitere Reibungen zwischen Angehörigen beider Staaten im Gefolge hatte, Bericht erstattet. Mit Hinsicht darauf dürfte das Staatsdepartement wahrscheinlich die russische Regierung um Erklärungen ersuchen. Wie verlautet, erregt das weitere Verhalten der Russen in Nutschwang das Mißfallen der Vereinigten Staaten, deren Vorstellungen in Petersburg auch ein Ersuchen um Zurückziehung der Russen von dem Plage zum Gegenstande haben dürften.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 13. März 1902, nachmittags 5 Uhr.

Die Versammlung beginnt sofort die Specialberatung des Stadthaushalts-Etats für 1902.

Ueber die Verhandlungen des Etatsauschusses, betr. die Special-Etats Grundstücke, Mietgrundstücke außerhalb der Stadt, Kalksteinbruch zu Nüdersdorf, Verechtigungen, Polizeilosen, Feuerlöschwesen, Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch, Bericht Stadtv. Friederici. Der für diese Fleischschau bestehende Gebührentarif soll auch für 1902 in Kraft bleiben.

Vom Stadtv. Wallach (N. 2.) wird der Antrag gestellt, die sämtlichen Gehaltszulagen, die der Entschonung vorsteht, abzulehnen und außer den turnusmäßigen Zulagen die Gehälter nur nach den bisherigen Sätzen zu bewilligen. Nach der letzten Gehaltsaufbesserung löste die Versammlung nicht schon wieder, am wenigsten aber gelegentlich der Etatsberatung für einzelne Kategorien Erhöhungen bewilligen. Für dieselben bedürfte es besondrer Magistratsvorlagen.

Der Antrag, der für sämtliche Special-Etats präjudizierlich ist, wird ohne weitere Erörterung angenommen, im übrigen die vorstehend erwähnten Etats genehmigt.

Am 6 Uhr findet die Wahl eines unbefoldeten Stadtrats an Stelle des zum befoldeten Stadtrat gewählten Herrn Münsterberg statt. Gewählt wird Rentier Jordan-Charlottenburg mit 59 von 63 Stimmen; 30 Zettel sind unbeschrieben.

Referent für die Special-Etats der Gymnasien, Real-Gymnasien, Ober-Real Schulen, Realschulen, höhere Mädchenschulen, Gemeindeschulen, Taubstummen- und Blindenanstalten, sowie des Fortbildungs- und gewerblichen Unterrichts wesen ist Stadtv. Wallach. Die Zahl der ordentlichen Lehrerinnen an den höheren Mädchenschulen soll nach dem Etat um 8 vermehrt werden. Der Ausschuss will dem Magistrat anheimgeben, die Frage, ob nicht die wissenschaftlichen Abhandlungen in den Schulprogrammen wegfällen könnten, in Erwägung zu ziehen. Zum

Etat der Gemeindeschulen

waren zwei Resolutionen beantragt worden:

1. Den Magistrat zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, wodurch die Ueberfüllung der Gemeindeschulen vermieden wird, so daß jedes Kind auch einen Platz in der Klasse erhält.

2. Den Magistrat zu ersuchen, Einrichtungen zu treffen, daß in allen Gemeindeschulen die Ueberfüllung der Kinder außerhalb der Klassenräume aufbewahrt werden können.

Der Ausschuss hat beide Resolutionen abgelehnt.

Stadtv. Borgmann (Soz.): In der Generaldebatte hat mich der Oberbürgermeister für falsch unterrichtet erklärt, als ich behauptete, es gäbe in unseren Gemeinden Schulen mit gemischten Klassen, wo die Schüler in zwei Abteilungen nach verschiedenen Fächern unterrichtet werden. Ich hatte dieselbe Frage schon vor zwei Jahren gestellt und Stadtschulrat Vertram hatte sich darüber ebenfalls geäußert. Es giebt thatsächlich heute noch solche Schulen. Der Oberbürgermeister ist also in dieser Beziehung nicht genügend unterrichtet gewesen. Unsere Gemeindeschulen haben in den Klassen vielfach eine so hohe Frequenz, daß nicht jedes Kind einen Sitzplatz findet. In 125 Klassen fehlen 723 Plätze. Das ist ein sehr bedrückender Zustand, den zu beseitigen ich dem Magistrat dringend ans Herz lege. In den Gemeindeschulen ist der Gesangsunterricht sehr schlecht bestellt, mangels geeigneter Instrumente. Die Verwaltung hatte Vorsehung zugewagt. Diese ist aus dem Etat nicht ersichtlich. In der Waisenverwaltung ist für diesen Unterricht ein Instrument angeschafft worden; was dieser recht ist, ist den Gemeindeschulen billig. Alle höheren Schulen besitzen ein oder zwei Instrumente. Nach der Geige für 8-9 M. kann nur ein sehr schlechter Gesang in den Volksschulen gelehrt werden. (Zuruf: Ausgezeichnet!) Das liegt an der Liebe zum Gesange, die selbst eine so schlechte Erziehung nicht zerschören kann. Die Schüler- und Lehrerbibliotheken in den Gemeindeschulen befinden sich in einem Zustande, daß man sie als Bibliotheken nicht mehr ansprechen kann. Ich beantrage, den Magistrat zu ersuchen, die Schuldeputation aufzufordern, eine gründliche Revision vorzunehmen und uns Bericht zu erstatten. Es sind wohl alte Schmöder und abgegriffene Exemplare vorhanden. (Widerruf.) Welche Vorkehrungen werden in betreff der gemischten Klassen getroffen werden?

Stadtschulrat Gerkenberg: Mir war diese Sache neu, denn unter gemischten Klassen verstehen wir etwas ganz anderes, solche, in denen Knaben und Mädchen zusammen sind. Die Verwechselung kommt daher, daß in einer Schule, der 38., thatsächlich eine solche Klasse, wie sie Kollege Borgmann gemeint hat, seit Michaelis vorigen Jahres besteht und bis Ostern dieses Jahres bestehen bleiben wird. Es ist eine katholische Schule; die eine 7. Klasse war überfüllt und der Schulpflichter verfügte die Herübernahme von 10 Schülern aus der O-Klasse nach der weniger gefüllten M-Klasse. Der Schulpflichter hatte der Stadtgemeinde Geld sparen wollen. (Wahl bei den Socialdemokraten.) Geheimrat Vertram hat f. Z. nur geäußert, es sei nicht schlimm, wenn zwei verschiedene, durch ein halbjähriges Penium getrennte Klassen nebeneinander stünden. Der gemachte Fehler wird zu Ostern beseitigt sein. Die 723 fehlenden Plätze erklären sich daher, daß, wenn die Frequenzzahlen aufgenommen werden, die Schule thatsächlich noch nicht zur Ruhe gekommen ist. Die Frequenzstermie würden besser auf den 15. November und 15. Mai verlegt. Da Herr Borgmann die Gesangsleistung der Schüler so gering anspricht, hat mich abermals, sie sind vorzüglich und finden allgemeine Anerkennung. (Zustimmung.) Würden Sie Instrumente zur Verfügung stellen, so würden sich ja diese Leistungen noch steigern; aber die Kosten werden nicht unbedeutend sein. Zu den Schülerbibliotheken mögen Schmöder sein, es kommt nur darauf an, was man darunter versteht. Der Fonds für die Bibliotheken ist im Etat pro Klasse von 15 auf 20 M. gesteigert worden.

Stadtv. Borgmann: Die Kosten der Instrumente sind natürlich erheblich, aber da Sie alle so begeistert von dem Gesange in den Volksschulen sind, werden Sie doch gewiß auch die Mittel bewilligen, um den Gesang noch schöner zu machen. Wenn die Kinder nach zwei verschiedenen Fächern unterrichtet werden, kann das Vergeht nicht erreicht werden. Auch eine Schule in der Schönhauser Allee hat lange Zeit eine solche Klasse gehabt. Stadtschulrat Vertram hat diese Einrichtung ausdrücklich als eine gute bezeichnet.

Stadtschulrat Gerkenberg: Herr Vertram hat die Ansicht der alten Pädagogen vertreten, daß jeder Schüler das Penium zweimal durchzumachen hat. Diese Ansicht teile ich nicht. Wenn an zwei Stellen dieser Fehler gemacht ist, bei 250 Schülern in 2 Klassen, so wird er abgestellt werden. Das alles, was in den Schülerbibliotheken vorhanden ist, wertlos sein soll, kann ich nicht zugeben.

Stadtv. Bauer (N. 2.) bestätigt die gute Meinung der Mehrheit über die außerordentlichen Leistungen der Volksschule im Gesange. (Beifall.)

Stadtv. Glöckel (N. 3.) ist ebenfalls erkrankt gewesen über die Höhe der gesungenen Leistungen. Die Höhe derselben würde nicht mehr erreicht werden, wenn mit Mavierbegleitung gesungen würde. Mit den gemischten Klassen sei die Sache so gefährlich nicht, wie das Beispiel der höheren Anstalten zeige.

Stadtv. Rosenow (N. 2.): Ich beantrage, daß über die Reinigung der Schulen noch immer kein Beschluß des Magistrats zu fassen gekommen ist; erfordere denn die Prüfung dieser Frage Jahr um Tag? Hat der Magistrat schon Berichte von den Schulräten bekommen?

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Als ich im vorigen Jahre eine Geige für 9 M. für unbrauchbar erklärte, pflichtete mir Herr Gerkenberg bei. Die Geigen für die Realschulen kosten 60 M., das ist doch Verschwendung, wenn 9 M. für die Gemeindeschulen genügen. Für 9 M. ist keine brauchbare Geige zu liefern, das ist die Meinung der Lehrer selbst. Für die Lehrerbibliotheken der Realschulen werden

600 M. gegeben, macht 5000 M. in 10 Jahren; für die Gemeindefürsorge beträgt der Zuschuß 20 gegen bisher 15 M. pro Klasse. Stehen jedem Rektor nach der Zahl seiner Klassen die 20 M. auch zur Verfügung? Zunächst werden wohl die neuen Schulen ausgestattet. Die Schullehrerbibliotheken zu revidieren ist doch gewiß eine der beschwerlichsten Forderungen. Rahezu 2/3 unserer Schullehrerbibliotheken, besonders der älteren Schulen, ist unbrauchbar, die Rektoren schämen sich, die Bücher auszugeben. Kleingeleiten zu bewilligen, nützt nichts; der alte Kram muß andrangiert und durch eine einmalige Summe die Bibliotheken würdig ausgestattet werden. Einige Rektoren haben mit den Eltern Verbindungen angeknüpft durch Veranstaltung von Schulfestlichkeiten u. dergl.; die entbehren die Instrumente sehr schmerzhaft. Für die Reinigung der Volksschulen muß endlich einmal etwas Grundsätzliches geschehen.

Stadttr. Selberg: Die Verträge bezüglich der Reinigung werden unangeführt fortgeführt. In den letzten Jahren ist wöchentlich dreimal nach ausgewischt und auch der Staub entfernt worden, ebenso sind Wände und Decken abgestaubt worden. Die Stadtverordneten und Bürgerdeputierten müssen die Rektoren auch ordentlich in dieser Beziehung kontrollieren. Die Heranziehung eines Reinigungsinstituts ergab merkwürdige Resultate. Zuerst ging es vortrefflich, dann ließen die Leistungen nach und zuletzt engagierte das Institut unsere Schenkerfrauen, und die Reinigung war gerade so schlecht als vorher. Die dänische Regierung hat vor einiger Zeit unsere Schulen studiert und uns neuerdings gerade um Auskunft über unsere Reinigungsmethode ersucht, da die Schulen so außerordentlich sauber gewesen seien.

Stadttr. Borgmann: Bei einer kürzlichen Besichtigung einer Schule wegen der Lichtverhältnisse an einem Sonntagvormittag wurden die Klassen völlig im Schmutz vorgefunden. Der Schuldiener sagte, diese Klassen kämen erst morgen heran; an der anderen Seite, dort, wo die Herren erwartet wurden, war alles rein. So wird es wohl auch bei dem Empfang der Dänen zugegangen sein. (Heiterkeit.) Einrichtungen, wie die gemischten Klassen, werden aus Ersparnisrücksichten insceniert! Das ist ja gerade unsere Klage, denn für die höheren Schulen sind die Mittel vorhanden. Die Klagen über die schlechten gefanglichen Lehrmittel kommen uns von den Lehrern und Rektoren selbst (Widerspruch); zu Ihnen kommen sie nicht, weil sie bei Ihnen kein Gehör finden. (Erneuter Widerspruch.) Unsere Parteigenossen sind die Herren gewiß nicht.

Stadttr. Schulrat Gerstenberg: Selbst diese gutgläubig aufgenommenen Mitteilungen bedürfen zuweilen einer Kritik; vor allem muß man sich vor Verallgemeinerungen hüten. Die höheren Ausgaben für die Bibliotheken der höheren Schulen werden zum großen Teile für wissenschaftliche Zeitschriften ausgegeben; das kommt doch für die Gemeindefürsorge nicht in Betracht. Die Bibliotheken werden wir durch die Hauskuratoren revidieren lassen. Die Berichte der Schulärzte sind eingegangen, aber die Schulinspektoren haben auch noch ihre Gutachten abzugeben. Die Versammlung hat selbst einen Termin für diesen Versuch gesetzt.

Stadttr. Hoffmann: kommt auf die Frage des Kaufzwangs für Schulprämien zurück, der für Gemeindefürsorge noch heute besteht. Pro Klasse der Realschule werden 142, für die Gemeindefürsorge nur 48 M. für Lehrmittel bewilligt, für den Realschüler 4 M., für den Gemeindefürsorge 87 Pf. Die Erhöhung um 33 1/2 Proz. von 15 auf 20 M. hat doch nicht groß was zu bedeuten. Ich frage nochmals, ob jeder Rektor die 20 M. pro Klasse ausbezahlt bekommt oder ob nicht erst die neuen Schulen davon ausgestattet werden.

Stadttr. Cassel (H. L.): hält für nötig, den ungeheuerlichen Uebertreibungen entgegenzutreten, die darin gipfeln, daß die Stadt kein Geld für die Gemeindefürsorge habe und die Volksschule ihr Stiefkind sei. Seit 1894 seien die Gehälter um mindestens zwei Millionen erhöht, und es sei unwahr, zu behaupten, daß die Stadt nicht mit größtem Interesse und höchster Sorgfalt das Interesse der Gemeindefürsorge pflege. Herr Borgmann reite auf den zwei gemischten Klassen herum; in den 60er und 80er Jahren hätten wir alle in derselben Weise den Unterricht genossen und wären doch nicht alle zu Dummhingen geworden. Die Herabsetzung der Schülerzahl in den Gemeindefürsorgeklassen auf die Zahl der Schüler in den Klassen der höheren Schulen sei absolut unmöglich.

Schulrat Gerstenberg: Für die neuen Bibliotheken ist ein besonderer Fonds im Etat ausgeworfen. Die Erhöhung für die anderen Schulen ist nicht von 15 auf 20, sondern, wie ich berichtigen muß, von 35 auf 40 M. erfolgt.

Stadttr. Borgmann: Ich habe den Nachweis des Vorhandenseins gemischter Klassen geführt, weil mir der Oberbürgermeister dies bestritt. Es gibt auch noch weitere solcher Klassen. Herr Cassel führt uns die Steigerung der Ausgaben vor, ohne des Wachstums der Bevölkerung und der Schülerzahl zu gedenken. Das Gemeindefürsorgebudget kostet 59 M. pro Jahr, bei den höheren Schulen kommt auf den Kopf 120 M., der Zuschuß pro Kopf der Gemeindefürsorge ist in 10 Jahren um 9, der höheren dagegen um 35 M. gestiegen!

Nachdem nochmals Stadttr. Gerstenberg und Stadttr. Cassel gesprochen haben, macht Stadttr. Hoffmann darauf aufmerksam, wie herrlich weit wir seit einem Jahre fortgeschritten sind. Die Kennmark-Weigen sind jetzt vorzüglich und der Kaufzwang für Prämien bei bestimmten Buchhandlungen besteht ruhig fort.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution betreffend die Revision der Bibliotheken wird abgelehnt.

Stadttr. Liebenow erstattet das Referat über die Etats: Armenwesen, Siechenanstalten, Friedrich Wilhelmshospital, Arbeitshaus in Rummelsburg, Städtisches Obdach, Desinfektions-Anstalt, Hilfsstation für Geschlechtskranke. Die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung der Besoldung der Armenärzte (deren Zahl um drei vermehrt werden soll) von 1200 resp. 1500 Mark auf 1600 Mark hat die Kaufmannschaft abgelehnt und 22 500 Mark an den Ausgaben abgesetzt. Zum Etat der Siechenanstalten ist eine auf baldigste Erbauung eines neuen Siechenhauses gerichtete Resolution abgelehnt, dagegen eine andre angenommen worden, wodurch der Magistrat zur Reorganisation des ärztlichen Dienstes in den Siechenanstalten und dem Hospital aufgefordert werden soll.

Vorstehende Resolution wird angenommen. Stadttr. Hoffmann regt von neuem die Verlegung der Hilfsstation an; die Aussicht darauf rüde anscheinend in immer weitere Ferne.

Der Antrag Hoffmann auf Verlegung der Hilfsstation wird abgelehnt.

Referent für die Etats der Kranken-, Irren-, Idioten-, Bade-Anstalten und Heimstätten ist Stadttr. Ullstein.

Stadttr. Dr. Freudenberg (Soz.): Nach den ausgiebigen Erörterungen der Krankenhausverhältnisse im Reichstage verlage ich mich heute eine Diskussion größeren Stils. Auch bezüglich der Ueberfüllung hat der Magistrat angegeben, daß die Ansprüche an unsere Krankenhäuser aufs höchste gespannt sind und das Tempo im Krankenhausbau unumkehrbar eingeschlagen werden soll, welches wir stets für notwendig erklärt haben. Ich weise jetzt nur auf den großen Mangel an Säuglingsbetten hin.

Bei der Typhus-Epidemie von 1889 war die Verwaltung von Moabit gezwungen, die Leichtkranken auf Strohhäfen unterzubringen, und diese Epidemie lieferte bloß etwa 150 Kranke. Heute sind wir Epidemien gegenüber noch weniger gerüstet. Dem im Ausschuss abgelehnten Antrag, die Dienstzeit des Wärtersonnals auf nicht über zehn Stunden und den Lohn nicht unter 3,50 M. zu normieren, nehmen wir hiermit wieder auf. Der Gegenantrag Kämpf, der die stärkere Heranziehung von Krankenschwestern empfiehlt, kann das Bedürfnis nicht decken. Ueber meinen Genossen Antrag hat man sich weidlich entzweit, aber um die zu lange Arbeitszeit der Wärter ist man herumgegangen wie die Rahe um den heißen Brei. Der

Verwaltungsdirektor Meier aus Moabit hat selbst berichtet, daß der Wärtersdienst zuweilen 13 bis 14 Stunden beträgt. Nach derselben Autorität erfordert der Wärtersdienst eine ganz besondere Anstrengung und Leistungsfähigkeit, so daß der tägliche Dienst 10 Stunden nicht überdauern dürfte. Das in Aussicht gestellte Anzeigehalt für die Wärter wird nur einer ganz winzigen Minderheit zu gute kommen, weil fast gar keine Wärter über 10 Jahre in unseren Krankenhäusern bleiben. Ebenso steht es mit der Hinterbliebenenversicherung, denn die allermeisten Wärter können überhaupt nicht heiraten. Die Entlastung des Stadtrats Weigert über die Singsache behauptung, daß ein Arzt auf 1000—1200 Kranke könne, war doch wohl nicht so ganz echt, denn im städtischen Siechenhaus kommt noch auf 600 Kranke nur ein Arzt. Thatsächlich kommt ein Arzt auf etwa 250 Kranke und auch nur deshalb, weil man den Oberarzt den Chefarzten hinzurechnet. Herr Louis Sachs hat so viel kommunale und sonstige Krenter, daß er als Kurator von Moabit wirklich nicht allen Anforderungen nachkommen kann. Man sollte auch für die Krankenhäuser besondere Kommissionen schaffen.

Stadttr. Weigert: Für die Säuglinge zu sorgen, ist die schwierigste Aufgabe der Krankenhäuserverwaltung. Für Epidemien brauchen wir keine stationären Krankenbäuer. In den letzten Jahren sind die Löhne des Wärtersonnals erheblich aufgebessert worden. Auch die Victoria-Krankheiten bekommen jährlich nur 300 M. Die Zahl der Wärter kann nicht weiter vermehrt werden, schon jetzt kommt auf 6 Kranke 1 Wärter. Der Oberarzt ist kein gehobener Assistenzarzt, sondern ein selbständig leitender Arzt.

Stadttr. Straßmann: In der Waisenhaus-Verwaltung wird bei dem bevorstehenden Umbau auch eine geräumige Säuglingsstation geschaffen werden, auch Polikliniken für Säuglinge nach Pariser Muster werden geplant.

Stadttr. Kämpf (H. L.): empfiehlt seinen schon erwähnten Antrag. An der weiteren Debatte beteiligen sich noch Stadttr. Cassel, der die Sachlichkeit der Freudenbergschen Ausführungen anerkennt und Stadttr. Langerhans, der sich für den Antrag Kämpf und gegen den Antrag Freudenberg ausspricht.

Stadttr. Freudenberg ist durchaus nicht der Resolution Kämpf abgeneigt; ein genügendes Wärtersonnal sei aber nicht auf diesem Wege zu erlangen.

Der Antrag Kämpf wird angenommen, der Antrag Freudenberg abgelehnt.

Um 10 1/4 Uhr wird die Beratung abgebrochen.

Zu den Gemeindevahlen.

Pankow. In unserer gestrigen Erörterung mußten wir noch in letzter Stunde eine Veränderung in Bezug auf unsere Kandidaten vornehmen, da trotz früherer gegenteiliger Erklärung des Amtsvorstehers nunmehr doch in beiden zur Wahl stehenden Bezirken ein Angesehener zu wählen war. Das Resultat dieser Wahl ist, daß unser Genosse Elemen in beiden Bezirken gewählt wurde. Im ersten Bezirk ergab Elemen 323, im zweiten 367 Stimmen. Die Gegner brachten es auf 62 bezw. 123 Stimmen. Es hat demnach eine Nachwahl stattzufinden.

Die Wahl in Schmargendorf ergab folgendes Resultat: Genosse Wendt 74, der Kandidat der Hausbesitzer Frengel 104 und der bisherige Kandidat Schmidt 89 Stimmen. Letzterer ist als gewählt erklärt, weil die Gegenkandidaten nicht alleinige Besitzer sind.

Friedenau. Während an allen anderen Vororten Berlins die Sozialdemokratie kräftig emporblüht und Erfolge über Erfolge erringt, ist an unserem Ort von einer parteigewissen Bewegung seit geraumer Zeit nicht mehr die Rede. Mag es immerhin schwierig sein, in der Beamtenkolonie Friedenau eine sozialdemokratische Organisation zusammen zu halten, so sollte der Hinblick auf die z. B. im Nachbarort Steglitz erzielten Wahlerfolge auch die bescheidenen Parteigenossen zu neuer Wirksamkeit ermutigen. In den Gemeindevahlen, die hier für die dritte Abteilung am Mittwoch abgehalten wurden, ist überhaupt keine Agitation entfaltet worden. Es wurden, da Gegenkandidaten nicht aufgestellt waren, Geh. Rechnungsrat Hendrich, der bisherige Gemeindevorsteher, mit 208 Stimmen wiedergewählt, während Buchdruckereibesitzer Schulz mit 208 Stimmen neugewählt wurde. Der sozialdemokratische Wahlkandidat erhielt 13 Stimmen. Possentlich macht die Unthätigkeit der hiesigen Parteigenossen bald einer neuen, frischen Bewegung Platz.

In Groß-Lichterfelde - Ost unterlag der sozialdemokratische Kandidat, Rechnungsrat E. Wenzel, mit 192 Stimmen dem von den bürgerlichen Parteien aufgestellten Professor Dr. Dietrich, der 299 Stimmen auf sich vereinigte. Trotzdem haben die Sozialdemokraten gegen die letzte Gemeindevorsteher-Wahl in diesem ersten Bezirk um 60 Stimmen zugenommen.

In Lichterfelde - West kommt Genosse Weyler in Stichwahl mit 3 Gegnern, während Genosse Lampe ansfällt.

Tempelhof. Bei der am Donnerstag in Tempelhof stattgefundenen Gemeindevorsteherwahl wurden von 1483 in der dritten Klasse Wahlberechtigten 968 Stimmen abgegeben; 152 davon erhielt unser Genosse Albert Liel, der Kandidat der Mittelstandspartei erhielt 124 und der der Grundbesitzer 92 Stimmen. Bei Verkündung des Resultates erklärte der Gemeindevorsteher die Stimmen unseres Kandidaten für ungültig mit der Begründung, daß für die dritte Wählerklasse ein Angesehener zu wählen sei. Der Wahlvorstand erklärte mit zwei gegen eine Stimme den Kandidaten der Mittelstandspartei für gewählt. Von unserer Seite wird Protest gegen die Wahl erhoben, da nach dem § 52 der Landgemeinde-Ordnung ein Drittel der Mitglieder der Gemeindevorstellung unangesehene sein können. Nach der jetzigen Zusammensetzung besteht die Gemeindevorstellung aus 16 Mitgliedern; 14 davon sind Angesehene, 2 unangesehene. Der dritten Wählerklasse gehört nur einer von den beiden unangesehene an. Da uns kein Angesehener zur Verfügung stand und wir uns in unserem Recht fühlten, stellten wir unseren Genossen Albert Liel auf. Zu bemerken ist noch, daß bei der Wahl 1900 für unseren Kandidaten 68 Stimmen, für die Gegner 249 Stimmen abgegeben wurden; wir hatten einen Zuwachs von 84, die Gegner einen Verlust von 33 Stimmen.

Bei der zweiten Wählerklasse wurden von 88 Wahlberechtigten 28 Stimmen für Kaufmann Müller abgegeben. Die erste Wählerklasse hatte einen Angesehene und einen unangesehene zu wählen; es erhielten von den 10 zu dieser Klasse Berechtigten Kaufmann Rahn 8, ebenso Rentier Roß 3 Stimmen.

In den Gemeindevahlen in Reinickendorf. Wenn es auch nicht offiziell bekannt gemacht ist, so steht doch fest, daß in der ersten Klasse die Gemeindevorsteher de la Garde und Großkopf, in der 8. Klasse Reinde für West und Langer für Ost auszuwählen. Für den in der 2. Klasse bereits ausgeschiedenen Gemeindevorsteher Geduld ist von den Hausbesitzern des Ortsteils West der Schlächtermeister Henschke als Kandidat in Vorschlag gebracht. Während die Kandidatenfrage der 3. Klasse für West dahin geklärt ist, daß sogar die Hausbesitzer sich für unseren Kandidaten verpflichtet haben, — ob sie es thun, steht ja auf einem andern Blatt. — halten die Hausbesitzer für Ost vorläufig an ihrem Kandidaten, Eigentümer Abraham, fest. Der Bezirksverein hat den Vergolder Reich aufgestellt. Jedoch haben die Hausbesitzer ein Wahlkomitee gebildet, das sich mit den verschiedenen Vereinen (dem Bezirksverein Ost, dem Verein der Kamerader, der Hausbesitzer des eigentlichen Dorfes und der Schäfer, der Lehrer etc.) schließt in Verbindung setzen soll, um eine Einigung in der Kandidatenfrage herbeizuführen und dann in den ersten Tagen der nächsten Woche eine Wählerversammlung einzuberufen. Es wird hier einen harten, heißen Kampf kosten und müssen die Genossen auf dem Posten sein.

Dalldorf und Borsigwalde. Die Gemeindevorsteher-Wahl findet am 20. März von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr

im Lokal von Krause, Hauptstr. 23, statt. Die Genossen müssen in ihrem eignen Interesse die Zeit bis zur Wahl benutzen, um die Launen und Indifferenten aufzurütteln und dafür sorgen, daß jeder sein Wahlrecht ausübt. Am Sonntag findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Treffpunkt für Dalldorf bei Roß um 7 1/2 Uhr, für Borsigwalde bei Biering ebenfalls um 7 1/2 Uhr.

Zu welchen Ungeheuerlichkeiten das Klassenwahl-Unrecht führt, zeigt die Wahlen der ersten Abteilung in Rummelsburg. Die erste Wahlabteilung in Rummelsburg zählt im Ganzen vier eingeschriebene Wähler und zwar sind dies die Stadt Berlin, der Eisenbahnpostklub, die Anilinwerke in Rummelsburg und die Rabelwerke. Von diesen vier Wählern waren nur die drei erstgenannten erschienen, denen nicht weniger als fünf Kandidaten zur Auswahl vorgestellt wurden. Zur Wahl standen drei Kandidaten, welche dann auch von den Wählern „einstimmig“ zu ihren Vertretern ernannt wurden.

Und ein Staatswesen, in welchem ein so sinnloses Wahlsystem Gesetz ist, erhebt den Anspruch, daß man zu ihm als einem Hort der Gerechtigkeit emporeibe.

Ein eigenartiges Wahlverhältnis ist bei der Gemeindevorsteherwahl zweiter Abteilung in Grünau zu verzeichnen. Die Wahl des mit 13 gegen 12 Stimmen gewählten Kandidaten Deuther soll für unglücklich erklärt werden, weil er nicht nur die entscheidende Stimme selbst abgegeben, sondern sich dabei auch einer Vollmacht bedient hat, die ihm eine Frau W. zwar erteilt, aber am Tage vor der Wahl zurückgezogen haben will.

Friedrichshagen. Für die dritte Abteilung finden die Wahlen zur Gemeindevorsteherwahl am Montag, den 17. März, nachmittags von 5—8 Uhr statt, und zwar für den ersten Bezirk im Restaurant Franz Lerche, Friedrichstraße 81, für den zweiten Bezirk im Restaurant „Eiskeller“, Friedrichstr. 97.

Während Genosse Hermann Sonnenburg, der seit 1896 den zweiten Bezirk vertrat, daselbst wiederum kandidiert, ist im ersten Bezirk der Genosse Karl Kramm als Kandidat aufgestellt worden. Die bürgerlichen Parteien scheinen den Versuch, im zweiten Bezirk in die Wahl einzutreten, nicht mehr unternehmen zu wollen, denn bis heute ist ein Gegenkandidat unseres Genossen noch nicht namhaft gemacht worden, während im ersten Bezirk der Maurermeister Rührmann unseren Kandidaten entgegengestellt werden soll. In den Händen der Friedrichshagener Arbeiter liegt es, ob es den Gegnern noch einmal gelingen soll, den ersten Bezirk auf weitere sechs Jahre zu besetzen; sind die Wähler auf dem Posten, thut ein jeder seine Pflicht, so muß der Sieg unser sein. Aber auch im zweiten Bezirk, der bisher drei unserer Genossen ins Dorparlament entsandt hat, dürfen die Hände nicht in den Schoß gelegt werden; unter angelegter Agitation muß dafür gesorgt werden, daß unser Kandidat mit übergroßer Mehrheit wiedergewählt wird.

Der Boeren-Krieg.

Die vervollständigte Verlustliste.

Eine vom Kriegsamt veröffentlichte Liste der englischen Verluste bei der Niederlage Methuens giebt folgende Zahlen an: Getötet wurden an Offizieren und Mannschaften 63, verwundet 119, gefangen 204. Da 550 Mann gleich bei Beginn des Gefechts entflohen, so betragen die Verluste im ganzen 936 Mann.

De Wet und Steyn

sollen, wie bereits gemeldet, in der Nacht zum 9. März die Hauptbahnlinie wenige Meilen nördlich von Bolsohof, also nur eine kurze Strecke südlich von der Transvaal-Grenze, überschritten haben und auf dem Marich nach dem Westen sein, offenbar, um sich mit Delarey zu vereinigen. Die Blockhandlinien wurden verstärkt und die englischen Kolonnen operieren jetzt auf Bolsohof zu.

Amsterdam, 13. März. Hier verlautet, Lord Methuen werde nach dem Bivarsberg gebracht werden, einem unzugänglichen Gipfel, wo er so lange gefangen gehalten werden soll, bis Krüginger freigelassen worden sei.

Cecil Rhodes

soll nach allerdings von englischer Seite mehrfach dementierten Meldungen schwer erkrankt sein. Eine heute vorliegende Meldung aus Kapstadt bezeichnet seinen Zustand als hoffnungslos.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sturm in der belgischen Kammer.

Brüssel, 13. März. (W. L. B.) Repräsentantenkammer. Am Schlusse der heutigen Sitzung, in welcher die Beratung über die Vorlage betreffend das allgemeine Stimmrecht fortgesetzt wurde, kam es zu heftigen Lärmscenen. Ministerpräsident de Smet de Raeyer hatte geäußert, die Politik der Sozialisten bestehe darin, mit Hilfe der Liberalen zunächst das allgemeine Stimmrecht zu erringen. Das Mandat der Parteien der Linken sei nur äußerlich; der Zweck desselben sei die Agitation, das wahre Ziel der Sozialisten sei die Revolution und die Revision der Verfassung. Das Herz müsse einem bluten, wenn man an die Eventualitäten denke, die von den Sozialisten in Aussicht gestellt seien. Das allgemeine Stimmrecht werde von der Regierung abgelehnt, weil es unter den heutigen Umständen unvereinbar sei mit den Institutionen Belgiens.

Caluwaert (Socialist) ruft: „Sie werden es bereuen.“ Wandervelde (Socialist) sagt, auf die Friedensworte, die man an den Minister gerichtet habe, sei nicht gehört worden. Die Erklärungen des Ministers kämen für die Arbeiter einer wahren Kriegserklärung gleich. (Weiß laut.)

Kessels (Socialist) ruft, der Minister habe gesagt, es werde Blut fließen. Minister de Smet de Raeyer ruft: „Das ist falsch! Sie wollen die Revision der Verfassung mit Mitteln erlangen, deren sich Straßentrüber bedienen.“ (Lärm links, Rufe: Zur Ordnung!) Ein stürmischer Ansturm entsteht. Alle Sozialisten erheben sich, Smet de Raeyer stürzt auf den Tisch des Präsidenten zu, schlägt mit Fäusten darauf und verlangt, daß der Ministerpräsident zur Ordnung gerufen werde. Andere Sozialisten drängen mit erhobenen Fäusten auf die Ministerstühle zu. Die Sozialisten werfen sich ihnen entgegen, die gemäßigten Liberalen suchen die Sozialisten, die vor den Tischen der Minister in drohender Haltung stehen, zu beruhigen. Der Präsident erhebt sich und erklärt die Sitzung für geschlossen.

Deputiertenkammer.

Rom, 13. März. (W. L. B.) Die Beratung über die Erklärungen der Regierung wird fortgesetzt. Cipione und Rava sprechen sich für die Politik der Regierung aus, Sonnino bekämpft die innere Politik der Regierung. Prampolini erklärt im Namen der Sozialisten, diese würden für das Ministerium stimmen.

Methuen freigelassen.

London, 13. März. (W. L. B.) Unterhaus. Kriegsminister Brodrick erwidert auf verschiedene Fragen, General Methuen und Oberst Townend würden dem Vernehmen nach heute in Klerksdorp erwartet. Der sie behandelnde Arzt melde, daß beide sich wohl befänden. Er — Redner — nehme an, daß sie freigelassen seien, obgleich das in dem betreffenden Telegramm nicht ausdrücklich gesagt sei. (Weiß laut.) Die Untersuchung gegen Krüginger sei verschoben worden, weil die Prüfung der Zeugenaussagen noch nicht beendet sei. Health fragt, ob die Regierung ebenso hochherzig sein und Krüginger freilassen werde. (Weiß laut bei den Nationalisten.) Die Frage wird von dem Minister nicht beantwortet.

Reichstag.

164. Sitzung vom Donnerstag, den 13. März 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Riederding, Kraetke, Febr. von Thielmann.

Die dritte Etatsberatung wird beim Etat der Reichsjustizverwaltung fortgesetzt.

Abg. Vassermann (natl.): Nach Zeitungsnachrichten soll ein Gesetzentwurf zur Befestigung des stiegenden Gerichtsstandes dem Bundesrat zugegangen sein. Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn diese Vorlage nach Ostern an das Haus gelangen würde, damit diese Materie endlich den Wünschen des Reichstages gemäß geregelt wird. In der Frage des Schutzes der Bauhandwerker liegen zur Zeit mehrere Entwürfe vor. Der preussische Justizminister hat nun im Abgeordnetenhaus die Keuzerung gethan, daß zweifellos die Bauhandwerker durch eine solche Vorlage eingeschränkt werden würde, und daß es durch deutlich wäre, bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage mit einem solchen Gesetz die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Ich würde es sehr bedauern, wenn auf Grund dieser Keuzerung die Regelung der Sicherung der Bauhandwerker, die dringend notwendig ist, wieder auf die lange Bank geschoben würde. — Redner wünscht weiter Vertretung der Bauhandwerker bei den Kammeren für Handelsfachen.

Staatssekretär Riederding: Ich kann bestätigen, daß der Entwurf zur Befestigung des stiegenden Gerichtsstandes dem Bundesrat zugegangen ist und bald nach Ostern an das Haus gelangen wird. (Bravo!) Die Vorlage des Herrn Vorredners in Bezug auf die Vorlage zum Schutze der Bauhandwerker ist unbegründet, die Vorarbeiten sind weiter im Gange und die Vorlage wird, so bald es möglich ist, an das hohe Haus kommen. Wenn dieser Zeitpunkt eintritt, kann ich freilich auch heute noch nicht sagen.

Abg. Wülfing (natl.): Ich beschränke mich auf die kurze Erklärung, daß die beiden bevorstehenden Entwürfe zum Schutze der Bauhandwerker unsern Anforderungen nicht entsprechen. Wir werden die Sache bei Gelegenheit eines Initiativantrages ausführlich besprechen.

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole) führt Klage darüber, daß auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Breslau dort allgemein die polnischen Namen überhaupt nicht oder nicht mit den spezifisch polnischen Zeichen in die Standesamt-Register eingetragen werden. Ich bedauere diesen Kampf gegen Namen, solche Anordnungen können nur die Bevölkerung empören und aufregen. Lediglich durch solche Maßnahmen werden die Agitationen in das Land getragen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Vech-Goburg (fr. Vp.) bittet gleichfalls um mögliche Beschleunigung der Vorlage zum Schutze der Bauhandwerker, die jetzigen Entwürfe bieten keine geeignete Grundlage zur Regelung dieser Materie. Daß der stiegende Gerichtsstand befestigt werden soll, ist sehr zu begrüßen. Allerdings steht die Vorlage dieses Entwurfs im Widerspruch zu der Erklärung des Herrn Staatssekretärs, daß Materien, zu denen Initiativanträge vorliegen, bis zur Erledigung derselben von der Regierung nicht geregelt werden.

Staatssekretär Riederding: Ein Widerspruch gegen meine Erklärung liegt nicht vor, denn in diesem Fall hat der Reichstag in einer Resolution seiner Absicht Ausdruck gegeben, daß eine Vorlage in dieser Sache an das Haus gelange.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg kommt auf die Behauptung des Anrichters Gersch zurück, der dem jüdischen Eide eine besondere Glaubwürdigkeit zuerkannt hätte. Die Statistik beweise aber, daß die Juden in Verhältnis fast doppelt so häufig wegen wissenschaftlichen und fahrlässigen Meineides bestraft werden wie die Christen. Ein Rabbiner Dr. Mühl hat einen offenen Brief an mich gerichtet, der sich gegen das angebliche Märchen vom Ritualmord wendet und die Glaubwürdigkeit des jüdischen Eides hervorhebt. Durch die Statistik werden keine Angaben widerlegt. Bemerkenswert ist nur, daß selbst ein Landrat sich bemüht hat, dieses Schriftchen seinen Kreisangehörigen im Kreisblatt besonders warm zu empfehlen. Wenn ich der Vorgesehene dieses Landrats wäre, dann würde ich wohlwollend annehmen, seine Kerben hätten durch Heberarbeitung gelitten, und ihm einen längeren Erholungsurlaub bewilligen.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat des Reichsjustizamts wird bewilligt; desgleichen debattelos der Etat des Reichs-Schatzamts.

Beim Etat des Reichs-Eisenbahnamts wendet sich Abg. Dieber (natl.) gegen den Vorschlag des Abg. Müller-Meinungen aus der zweiten Lesung auf eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft. Das Ziel müßte vielmehr eine allgemeine Reichs-Eisenbahngemeinschaft sein.

Abg. Dr. Certeel-Sachsen (L): Es ist viel von einem preussisch-jüdischen Eisenbahnkrieg gesprochen. Ein solcher Krieg besteht in der That, freilich bewegt er sich in den allerhöchsten Formen freundschaftlicher Vereinbarungen. Die Wirkung dieser Verhältnisse ist aber in der That den Wirkungen eines Krieges recht ähnlich. Der Güterverkehr muß oft große Umwege machen. Ein jüdischer Nationalist hat in der zweiten jüdischen Ständekammer die Keuzerung gethan, die jetzigen Zustände erinnern an die Zeiten des heiligen römischen Reichs. Er hat durch diese Keuzerung selbst die Glorreiche Präsidien in Verwirrung gesetzt, was in jener Kammer seit einiger Zeit nicht mehr vorgekommen ist. (Heiterkeit rechts.) Vergewaltigen Sie sich die ganze Schwere des Vorganges. Sachsen sind höflich, Nationalliberale sind milde, hösliche Leute. (Heiterkeit.) Wenn also ein jüdischer Nationalist (Große Heiterkeit) ein solches Urteil fällt, so müssen die Dinge in der That schlimm stehen. Ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen widerspricht dem § 44 der Verfassung und die Reichs-Eisenbahnverwaltung hätte alle Ursache, dagegen einzuschreiten. Die preussische Regierung aber hätte gut in Wahrnehmung ihres alten Wahlspruches saum cuique das saum weniger und das cuique Sachsen gegenüber etwas mehr zu pflegen. (Heiterkeit.)

Präsident im Reichs-Eisenbahnamt Dr. Schulz: Herrn Certeel kann ich nur insoweit recht geben, als es mit Artikel 44 der Verfassung allerdings in Widerspruch stehen würde, wenn die deutschen Eisenbahnverwaltungen untereinander Konkurrenzlampen sähen wollten, wie man das in Nordamerika beobachtet hat. Ein möhiger solcher Wettbewerb wird aber durch die Verfassung nicht ausgeschlossen, sonst hätte man ja seiner Zeit eine Finanzgemeinschaft unter den deutschen Eisenbahnen bestehen müssen.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Graf Hohenthal erklärt, daß er von seinen früheren Ausführungen über diese Materie nichts zurückzunehmen habe.

Abg. Dr. Haffe (natl.) wünscht eine Tarifermäßigung von 50 Proz. für die Musterlocher der reisenden Kaufleute Deutschlands. Abg. Graf Stolberg-Bernherode (L): Ich will nur konstatieren, daß so viel mir bekannt ist, von seiner Seite in Preußen der Gedanke erwogen wird, andre Staaten zum Eintritt in eine Reichs-Eisenbahngemeinschaft mit Preußen aufzufordern.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Vp.): Wie der Herr Vorredner schon bemerkt, ist der Gedanke einer Reichs-Eisenbahngemeinschaft zur Zeit vollkommen utopisch, es wird daher nichts übrig bleiben, als wenigstens dem Gedanken der jüdischen Eisenbahngemeinschaft näher zu treten.

Abg. Singer (Soc.): Ja bin der Meinung, daß der Zwang der Verhältnisse dahin führen wird, daß wir in der That Reichs-Eisenbahnen bekommen. Die Eisenbahngemeinschaften, die jetzt in der Luft schweben, sind nur ein Hindernis für dieses große

Ziel, dessen Erreichung im Interesse des Verkehrs durchaus notwendig ist. — Vor allem aber wollte ich mich gegen die Forderung des Herrn Abg. Haffe wenden. Wir wünschen Bewilligung der Preisen- und Gütertarife, aber für alle, und nicht Ausnahmen für besondere Fälle. Uebrigens würde auch die Tarifermäßigung für Musterlocher weit weniger den Reisenden selbst, als ihren Auftraggebern zu gute kommen. Schließlich läge also die geforderte Bewilligung lediglich im Interesse des Kapitals und dagegen müssen wir uns entschieden wenden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Etat des Reichs-Eisenbahnamts wird bewilligt. Ebenso debattelos der Etat der Reichsjustiz, des Rechnungshofs, des Allgemeinen Pensionsfonds.

Es folgt der Etat des Reichs-Invalidenfonds. Reichs-Schatzsekretär Thielmann erklärt das Einverständnis der verbundenen Regierungen mit der vom Reichstag in der zweiten Lesung in einer Resolution geforderten Erhöhung des Weihilfefonds an Veteranen von 62 auf 75 Millionen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Es ist bedauerlich, daß der Herr Staatssekretär eine solche entgegenkommende Erklärung nicht bereits bei Gelegenheit meiner Interpellation abgegeben habe. In übrigen sind meine Wünsche noch nicht erfüllt; das Gesetz, welches die Weihilfe regelt, wird in der gegenwärtigen Form nicht aufrecht erhalten werden können, sondern in der Richtung des Antrags Rißler geändert werden müssen.

Abg. Graf Oriola (natl.): Ich halte die Absicht, nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs formell die Erhöhung des Titels von 62 auf 75 Millionen zu beantragen, da aber auf diese Weise der Reichstag noch einen Tag länger hier zusammengehalten werden müßte, spreche ich die Erwartung aus, daß die Sache in einem Nachtragsetat geregelt wird.

Staatssekretär v. Nischhofen sagt zu, daß nach Ostern ein solcher Nachtragsetat vorgelegt werden wird.

Der Etat wird hierauf bewilligt. Es folgt der Etat der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung.

Abg. Singer (Soc.):

Ich halte erwartet, daß eine Erklärung vom Regierungstisch bezüglich der vom Reichstag in der zweiten Lesung angenommenen Resolution auf Einstellung von weiteren 1000 Postassistenten-Stellen in den Etat erfolgen würde. Da das nicht geschehen ist, behalte ich mir weitere Ausführungen darüber für später vor. Nach den Mitteilungen in der Presse soll ja der Wunsch des Reichstages nicht erfüllt werden, sondern eine Erhöhung der Tagelöhner für die diätarisch beschäftigten Beamten eintreten. Dieser Ausweg würde mir sehr wenig glücklich erscheinen, weil die Sicherheit, die in der Einstellung liegt, dadurch den betreffenden Beamten doch nicht gewährt würde. An den Herrn Staatssekretär habe ich dann die Bitte zu richten, daß die Beamten mit Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche Krise möglichst beschleunigt werden. Mir ist berichtet worden, daß in Stettin der Bau eines großen Postgebäudes am Paradeplatz seit langer Zeit still liegt. Es müßte aber doch gerade Pflicht einer öffentlichen Verwaltung, mit Rücksicht auf den Arbeitsmangel mit gutem Beispiel in der Bauhätigkeit voranzugehen. Weiter habe ich schon gegenüber dem früheren Herrn Staatssekretär des Reichs-Postamts erklärt, daß wir es nicht für richtig halten, wenn die unteren Postbeamten durch ihre Vorgesetzten zu Sammlungen irgend welcher Art aufgefordert werden. Unter dem Deckmantel der Freiwilligkeit wird hier einfach ein Zwang ausgeübt. Es liegt mir aber jetzt wieder ein Erlaß des Oberpostdirektors von Posen vor, durch den die Vorsteher der Postämter aufgefordert werden, Sammlungen für ein Bismarck-Denkmal in Polen einzuleiten. Wir müssen uns aufs schärfste dagegen wenden, daß die Amtsgewalt zu solchen parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird. Wenn die Beamten socialdemokratischen Bestrebungen nachgehen, so werden sie disziplinarisch bestraft und man sagt, Beamte haben sich um Politik nicht zu kümmern. Hier aber werden Sammlungen veranstaltet zu einem unzweifelhaft politischen Zwecke. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, die Erklärung abzugeben, daß er durch eine Generalverfügung den nachgeordneten Instanzen es ein für allemal unterlagen wird, solche Sammlungen bei den Unterbeamten zu veranlassen.

Schließlich habe ich noch eine Angelegenheit vorzubringen, von der ich lebhaft wünsche, daß sie nicht vorzubringen brauchte. Es handelt sich um die Damen, die in den Vorräumen vor den Schaltern mit dem Verkauf von Postwertzeichen beschäftigt sind. Diese Damen erhalten einen Lohn von 2 M. pro Tag, also etwa 60 M. monatlich. Ihr Dienst ist kein leichter, sie haben oft 9 auch 10 Stunden Dienst — dabei ist der Dienst ein verantwortungsvoller und der Aufenthalt in den meist überfüllten Räumen der Befandheit wenig förderlich. Nun soll eine Verfügung ergangen sein, wonach diese Damen in Zukunft der Sonntag nicht mehr bezahlt wird. Ich bitte den Herrn Staatssekretär demgegenüber diese Verfügung, wenn sie ergangen sein sollte, rückgängig zu machen. In der Privatindustrie bezahlt über ausnähmliche Arbeitgeber die Sonntage mit, da sollte auch die Reichspostverwaltung das als das Minimum dessen betrachten, was sie zu thun verpflichtet ist. (Sehr richtig! bei den Soc.)

Staatssekretär Kraetke: Im Anschluß an die Debatten bei der zweiten Lesung habe ich das hohe Haus zu bitten, es bei dem Etat-antrag bezüglich der Assistenten zu belassen. Wir glauben, daß gegenwärtig bei der Lage der Verhältnisse mit der Einföhrung von 3000 Stellen dem Bedürfnis genügt ist und ich erneuere meinen Vorschlag, daß diejenigen Assistenten, welche länger als 8 Jahre in Diätariat sind, die Diäten von 4 M. auf 4,50 M. und von 4,50 M. auf 5 M. erhöht werden sollen. Auf diese Weise erreichen diese Diätäre das Gehalt der festangestellten Beamten zugleich des geringsten Wohnungsgeld-Zuschusses. Bei dem künftigen Etat soll Vorlage getroffen werden, daß möglichst viele Assistenten zur Aufstellung kommen. — Was die Anrechnungen des Herrn Singer anlangt, so habe ich am 3. Januar eine Verfügung erlassen, daß mit Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage vor allem der Arbeiter begonnene Warten thunlichst fortzuführen und neu vorgelegene spätestens am 1. April in Angriff zu nehmen sind. Der Fall in Stettin ist mir nicht bekannt, ich werde nachforschen lassen, worauf das Einschleichen des Baues zurückzuführen ist. — Bezüglich des Falles in Posen ist dem Vorredner ja bekannt, daß die Reichs-Postverwaltung solche Sammlungen nicht billigt. — Für die Damen in den Schalter-Vorräumen war ursprünglich nur stundenweise Beschäftigung vorgesehen. Sollte es richtig sein, daß ihre Arbeit 8, 9 ja 10 Stunden dauert und ihre volle Kraft in Anspruch nimmt, so wird allerdings eine Erhöhung des Lohnes eintreten oder ihnen der Sonntag bezahlt werden müssen.

Reichs-Schatzsekretär Febr. v. Thielmann: Ich kann erklären, daß meinerseits dem zugestimmt werden wird, daß die Zahl der etatsmäßigen Postassistenten im nächsten Rechnungsjahr dekarat erhöht wird, daß eine baldige Verminderung der Diätarzeit auf 8 Jahre erreicht wird. Das war ja der springende Punkt.

Abg. Dr. Biemer (fr. Vp.): Die vom Regierungstisch abgegebenen Erklärungen bedeuten ja unzweifelhaft einen Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Freilich ganz kommt die Erhöhung der Diäten unserer Forderung doch nicht nach, es müßte noch eine weitere Erhöhung um 75 Pf. erfolgen. Auf keinen Fall aber eteigt die Erhöhung der Diäten die etatsmäßige Aufstellung, die Unsicherheit der Erstinstanz.

Abg. Werner (Ant.) plaidiert für eine bessere Besoldung der in den Postanstalten der größeren Städte angestellten Postverkäuferinnen.

Staatssekretär des Reichs-Postamts Kraetke: Eine Erhöhung der Diäten um 75 Pf. ist nicht angedacht.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soc.) kommt noch einmal auf den Fall Kraus aus der zweiten Lesung zurück. Redner verwarft sich dagegen, daß dieser Kraus, der als Curalant hervortrat, dabei unter Leitung eines socialdemokratischen Arztes Schneider handelte. Wenn auch anzunehmen ist, daß jeder vernünftige Mensch Socialdemokrat ist (Große Heiterkeit), so ist mir von dem Dr. Schneider dies nicht bekannt.

Herr Schneider hat nur in einigen Gewerkschafts-Versammlungen Vorträge über hygienische Fragen gehalten; aus diesem Grunde kann man ihn doch nicht als Socialdemokraten bezeichnen. Das thun Gelehrte aus allen Parteien. Ich bleibe dabei, daß die zwangsweise Pensionierung des Kraus zu Unrecht erfolgt ist. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Gröber (L) bittet um Annahme folgender Resolution: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsfinanzler zu eruchen, das Hebererinnahmen zwischen der Reichs-Postverwaltung und der Württembergischen Postverwaltung betreffend die Einführung gemeinsamer Postwertzeichen dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen.

Staatssekretär Kraetke: Ich habe bereits in der Budgetkommission meinen gegenwärtigen Standpunkt dargelegt, und die Mehrheit der Kommission hat den Antrag des Vorredners abgelehnt. Ich kann mich daher auf die Bemerkung beschränken, daß das württembergische Reservatrecht nicht verletzt ist. Daß für die Reichs-Postverwaltung infolge des Vertrages zunächst ein Einnahme-Ausfall entsteht, ist ja nicht ganz ausgeschlossen. Wir können bei keinem solchen Vertrage vorher genau übersehen, wie sich der Verkehr nachher gestalten wird.

Abg. Dr. Nieber (natl.): Wir begrüßen den Abschluß des Vertrages mit Freuden und sind der Württembergischen Regierung dankbar, daß sie ihre Hand dazu geboten hat. Gegen eine Verletzung ihres Reservatrechtes würde sich Württemberg schon selbst wehren.

Abg. Eichhoff (fr. Vp.): Wir begrüßen den Abschluß des Vertrages und hoffen, daß der bairische Landtag bald dem Beispiel des württembergischen folgen wird. Der Resolution des Herrn Gröber werden wir nicht zustimmen, da der Herr Staatssekretär in der Kommission ausdrücklich angefangen hat, daß für den Fall einer Hebererhebung der Ausgaben durch die Reichs-Postverwaltung die nachträgliche Genehmigung des Reichstages eingeholt werden wird.

Abg. Vogelmeier (Rp.) hält die Vorlegung des Abkommens zur verfassungsmäßigen Genehmigung nicht für notwendig.

Abg. Dr. Bachem (L): Unsere Resolution behandelt nicht etwa den Vertrag selbst, wir wollen nur das Recht des Reichstages wahren. Die Reservatrechte sind ein integrierender Teil der Verfassung, wenn daher ein Staat sein Reservatrecht aufgeben will, so muß dazu die Genehmigung des Reichstages eingefordert werden.

Abg. Reinhard (natl.) bestreitet, daß in Bayern die Volkseele über die Frage einer deutschen Einheitsmarke erregt sei. Sollte die Frage von neuem an die bairische Regierung herantreten, so wird sie schon im Hinblick auf die Thatsache, daß Württemberg dabei ein gutes Geschäft gemacht hat, in wohlwollender Erwägung eintreten. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole): Nach den Bestimmungen des Postgesetzes dürfen Briefe von der Postverwaltung um geöffnet werden, wenn der Adressat nicht zu ermitteln ist. In Posen werden aber den klaren Bestimmungen entgegen Briefe mit polnischen Adressen geöffnet, die zweifellos leicht beschlubar waren. So war ein Brief an den katholischen Pfarrer in einer kleinen Stadt, den jedes Kind dort kennt, als nicht beschlubar geöffnet, weil auf der Adresse stand Herr ... X. Wegen dieses X. der landläufigen Bezeichnung für den katholischen Geistlichen, war der Brief nicht beschlubar. In einem weiteren Falle wurde ein Brief nicht bestellt, weil der Adressat nicht an dem Ort der Adresse seinen Wohnsitz habe. Dann mußte ja auch ein Brief an den Abg. Dr. v. Dziembowski, Reichstag, nach Posen zurückgehen und dort geöffnet werden, denn die Beamten würden mit Recht sagen, der Abg. v. Dziembowski-Pomian wohnt doch nicht im Reichstag. (Große Heiterkeit.) Redner führt noch eine Reihe weiterer Fälle an.

Staatssekretär Kraetke: Ob in den einzelnen Fällen mit Recht oder Unrecht Briefe nicht bestellt worden sind, kann ich hier natürlich nicht unterscheiden. Die Herren thäten besser, ehe sie hier Anlage erheben, was wo und bei dem Reichs-Postamt einzulegen und die Antwort abzuwarten. In einigen Fällen haben wir bereits entschieden: Diese Feinlichkeit war nicht angebracht. Briefchen kommen gewiß vor und wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß alles richtig ist, was die Beamten thun. Es werden aber tausende von Briefen eingeleiert, auf denen eine große Menge polnischer Namen und Bezeichnungen verzeichnet ist. Derartige Mängel zu lösen sind die Beamten nicht verpflichtet. Wir sind eine deutsche Verwaltung. (Bravo! rechts.) Reine Beamten sind nicht verpflichtet, polnisch zu lernen, die polnische Geographie kenne ich auch nicht. (Bravo! rechts.) Im Interesse der polnischen Bevölkerung empfehle ich Ihnen, diese Herausforderungen nicht weiter zu treiben, ich kann Ihnen versichern, daß ich Ihnen auf diesem Wege nicht folgen werde. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Glebocki (Pole) konstatiert, daß seit Jahrzehnten die Postbeamten die polnischen Briefadressen haben lesen können, die sie jetzt auf einmal nicht zu verstehen behaupten. Wenn die Regierung in ihrer jetzigen Behandlung der Polen fortföhre, werde sie eine Agitation hervorrufen, vor der sie einmal werde Halt machen müssen.

Staatssekretär des Reichs-Postamts Kraetke: Der Vorwurf der Verletzung des Briefheimnisses ist von dem Vorredner nicht aufrecht erhalten worden. Auch die Hebereröffnungen sind von ihm nicht als schädlich bezeichnet worden. (Widerspruch des Abg. v. Glebocki.) Die Postordnung giebt der Postverwaltung das Recht, zu verlangen, daß ihr solche Mängel nicht aufgegeben werden, wie es oft in den polnischen Adressen geschieht.

Abg. Dr. Sattler (natl.) polemisiert gegen die früheren Ausführungen des Abg. v. Komierowski über die Verhältnisse in den polnischen Volksschulen und hält seine Behauptungen in allen Punkten aufrecht.

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole): Ich kann dem Herrn Staatssekretär versichern, daß jeder Postbote die Adressen der von mir angeführten Briefe sofort entziffert. Aber die Postboten haben mir versichert, daß sie bestraft werden, wenn sie Briefe, die etwas Polnisches enthalten, nicht an die Hebereröffnungsstelle abliefern.

Staatssekretär Kraetke: Es ist unrichtig, daß Briefe mit polnischen Adressen anders behandelt werden als Briefe mit deutschen Adressen. Ich wiederhole, die Herren müßen die einzelnen Fälle der Reichs-Postverwaltung unterbreiten. Ist der Bescheid zu ihren Ungunsten ausgefallen, dann ist es Zeit, die Fälle hier vorzubringen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. v. Komierowski (Pole) und Dr. Sattler (natl.) schließt die Diskussion.

Die Resolution Gröber wird gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt.

Der Etat der Reichs-Postverwaltung wird bewilligt. Ebenso debattelos der Etat der Verwaltung der Eisenbahnen. Es folgt der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Beim Kapitel Zuckersteuer fragt Abg. Rißler (fr. Vp.) an, wann die Brüsseler Zuckerkonvention dem Reichstag vorgelegt werden solle. In den Zeitungen hatte die Nachricht gestanden, dies solle erst im Herbst geschehen. Ich kann mir das nicht denken, da eine rasche Erledigung der Angelegenheit doch dringend wünschenswert ist.

Reichs-Schatzsekretär Herr v. Thielmann: Die Anfrage des Herrn Vorredners kann ich heute nicht beantworten, da Beschlüsse der Regierung in dieser Beziehung noch nicht gefasst sind.

Der Etat wird bewilligt. Ebenso debattieren die Etats der Reichs-Steuerabgaben, der Expedition nach Ostasien, des Bankwesens sowie das Statgesetz.

Desgleichen wird der Etat in der Gesamtbestimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Resolution Gröber (C.) gegen das Duell wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (zur Geschäftsordnung): Die Abstimmung ist auf der linken Seite des Hauses falsch verstanden worden. Wir wußten nicht, daß es sich um die Resolution gegen das Duell handelte. Ich glaube, es wird keinem Widerspruch begegnen, wenn diese Abstimmung, die zweifellos dem Wunsch der Mehrheit widerspricht, wiederholt wird.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe laut und deutlich gesprochen. Wenn die Herren auf das, was ich hier mit großer Anstrengung vortrage, nicht hören, so ist das nicht meine Schuld. (Sehr richtig! rechts.)

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Ballestrem: Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag, den 15. April, nachmittags 2 Uhr mit der Tagesordnung: Zweite Beratung der Seemannsordnung und der dazu gehörigen Gesetze.

Ehe ich die Sitzung schlicke, wünsche ich Ihnen allen rechte Erholung während der Ferien und ein frohliches und gesegnetes Osterfest. (Bravo!)

Schluß 8 Uhr.

Genosse Zubeil ersucht um Ausnahme nachfolgender Berücksichtigung des parlamentarischen Berichtes vom gestrigen Tage:

In der 2. Zeile meiner ersten Rede darf es nicht heißen Kantinen in Spandau, sondern auf dem Schießplatz in Döberitz, und in der 12. Zeile, daß die in Spandau nicht verbrauchten Speisen, sondern die im Spatenbräu, Friedrichstraße in Berlin, nicht verbrauchten usw. Ferner darf es in meiner letzten Rede im letzten Absatz in der 4. Zeile hinter dem Wort „bestehen“ nicht heißen, daß die Arbeiter sich Kästen unter die Füße stellen müssen, sondern es muß heißen, daß die Arbeiter den Fußboden mit Ristenbreitern ausfüllen, um bei der Arbeit besser stehen zu können.

Parlamentarisches.

Die Branntweinsteuer-Kommission

des Reichstags beschäftigte sich am Mittwochabend zunächst mit den landwirtschaftlichen Genossenschaftsbrennereien, zu deren Gunsten, soweit sie am 1. April 1895 bestanden haben, Abg. Müller-Fulda (C.) beantragt hatte, daß in ihnen für den Umfang des damaligen Betriebes die Brennsteuer nur zu drei Vierteln der angenommenen Sätze erhoben werden solle. Abg. Holz (Rp.) beantragte die Erhebung von sieben Achtern dieser Sätze; Abg. Dietrich (L.) von neun Achteln. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Beschlusfassung über diese drei Anträge auszusetzen.

Die Beratung wandte sich dann dem vierten Absatz zu, der nach dem Antrag des Abg. Prinz Arenberg dem § 41 des Brennsteuer-Gesetzes, Ziffer I, als solcher zugefügt werden soll: Brennereien, die nach dem 1. Oktober 1901 betriebsfähig geworden sind, gelten nur dann als landwirtschaftliche Brennereien, wenn die für die Brennereien erforderlichen Rohstoffe von Kartoffeln und Getreide, mit Ausnahme von Roggen, Weizen und Gerste in der Hauptsache von den Besitzern der Brennereien selbst gewonnen sind. Bei Genossenschaftsbrennereien müssen die so gewonnenen Rohstoffe in der Hauptsache von den einzelnen Teilnehmern auch nach Verhältnis ihrer Beteiligung an der Brennerei geliefert und außerdem die sämtlichen Brennereierlöse von den Teilnehmern im gleichen Verhältnis vertheilt werden. Der Bundesrat ist ermächtigt, im Falle von Minderheiten Ausnahmen zu gestatten.

Abg. Dietrich (L.) fordert die Befreiung der Maisbrennerei in neu eingerichteten Brennereien.

Württembergischer Bundesbevollmächtigter v. Schneider wendet sich gegen diesen Vorschlag.

Abg. Augst (fr. Sp.) erklärt sich gleichfalls entschieden gegen den Ausschluß von Mais.

Abg. Wurm (Soz.) wendet sich gleichfalls gegen den Dietrichschen Vorschlag. Das ganze Gesetz solle wohl auf den Leib der norddeutschen Bezirke zugeschnitten werden? In Süddeutschland könne keine Brennerei ohne Maisverarbeitung eingerichtet werden. Die norddeutschen Brenner sollten doch dafür sorgen, daß ein Nord-Süd-Kanal gebaut werde, dann könnten sie im Süden den Mais durch die Kartoffel verdrängen.

Abg. Speck (C.) hält den Ausschluß von Mais für nicht angebracht und empfiehlt seinen Antrag, dem § 41 des Branntweinsteuer-Gesetzes (Maisbottich- und Branntwein-Materialsteuer) in Ziffer I folgenden fünften Absatz zuzufügen: Die im Absatz 4 nach dem Antrag Arenberg — vorgezeichneten Beschränkungen finden keine Anwendung auf neue, nicht den Charakter von Genossenschaftsbrennereien tragende Brennereien, welche die Verträge über den Bau des Brennereigebäudes und die Lieferung der erforderlichen Maschinen und Brennegerät vor dem 1. Januar 1902 rechtsverbindlich abgeschlossen haben.

Bayrischer Bundesbevollmächtigter v. Geiger belämpft ebenfalls den Ausschluß von Mais.

Abg. Zurek (Bauernb.) polemisiert gegen den Abg. Augst und Herrn v. Schneider. Württemberg kann ganz gut Kartoffeln brennen.

Abg. Dr. Paasche (natl.) erklärt sich für den Ausschluß von Mais.

Nach weiterer Debatte wird der Absatz 4 zu § 41 in der Fassung des Antrags Arenberg angenommen und ebenso der Antrag Speck (Absatz 5). Maisbrennereien, die bis zum 1. Januar 1902 errichtet sind, unterliegen danach nicht den Beschränkungen des vierten Absatzes.

Die Diskussion wendet sich nun wieder den landwirtschaftlichen Genossenschaftsbrennereien und den Anträgen Müller-Fulda (C.), Holz (Rp.) und Dietrich (L.) zu. Hinzutritt ein Antrag Speck, der vier Fünftel der angenommenen Brennsteuer-Sätze bei den landwirtschaftlichen Genossenschaftsbrennereien, die am 1. April 1895 bestanden haben, erheben lassen will. Abg. Wurm (Soz.) beantragt die Beschränkung der Vergünstigung auf die landwirtschaftlichen Genossenschaftsbrennereien, die am 1. April 1895 bestanden haben, zu streichen.

Abg. Sieg (natl.): Wenn der Antrag Wurm angenommen würde, dann sollte auch die Konsequenz gezogen werden, daß die kleinen Brennereien volle Maisbrennsteuer bezahlen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Müller statt $\frac{3}{4}$ $\frac{4}{5}$ einstimmig mit den Stimmen der Linken und des Centrums angenommen. Die Weiterberatung wird auf Donnerstagabend verlagert.

Eine Zuschrift

den Genossen Deville ist und zugegangen, die wir in Uebersetzung nachfolgend mitteilen:

Man übermittelte mir die Nummer des „Vorwärts“ vom 6. März, welche eine an mich gerichtete Erklärung Kautskys enthält.

Auf Grund eines einfachen und notwendigerweise verkürzten Berichtes über den Kongreß in Tours beillt sich Kautsky, niedrige Angriffe gegen mich zu richten. Ich hoffe, daß Sie mir in den Spalten Ihres Blattes Gelegenheit geben, sein Gedächtnis aufzufrischen und ihn wegen seiner Handlungsweise zur Rechenschaft zu ziehen.

Was habe ich behauptet? Daß das Vorhandensein von zwei Klassen nicht eine Thatsache ist, sondern eine Tendenz, und zur Untersuchung dieser These habe ich einen Artikel Kautskys in dem „Devenir social“ citirt. Heute protestirt er mit grundlos beleidigender Heftigkeit dagegen. Am 1. dieses Artikels liest man („Devenir social“, Mai 1895, S. 105/106):

Einer unserer Grundzüge sagt z. B., daß die Friedkraft der heutigen Umwälzung der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist. Aber das bedeutet keineswegs, daß, wer diesen Satz auswendig lernt, nun auch schon in allen sozialen und politischen Kämpfen unserer Zeit Weisheit weiß. Um nur eins anzudeuten: Wie verschieden sind Proletariat und Bourgeoisie in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten, wie verschieden die Verhältnisse, unter denen sie entstanden, wie verschieden die Bedingungen, unter denen sie kämpfen!

Und zwischen Bourgeoisie und Proletariat stehen eine Reihe von Volksschichten mit besonderen Interessen, die in die Kämpfe der beiden erfindenen Klassen eingreifen, bald die eine, bald die andre Seite stärkend.

Weiter heißt es (ebenda S. 112): „Ein neuer, an Zahl sehr starker und ununterbrochen zunehmender Mittelstand bildet sich auf diese Weise, dessen Wachstum im Stande ist, unter Umständen den Niedergang des gesamten Mittelstandes zu verhindern, der durch den Niedergang des Kleinbetriebes verursacht wird.“

Ferner (S. 115—116): „Zunächst ist zu bemerken, daß in Wirklichkeit die verschiedenen Arten und Klassen der Dinge nicht so scharf von einander getrennt sind, wie man sie in der Theorie auseinander halten muß, wenn man zu klaren Ergebnissen kommen will. In Wirklichkeit gehen die einzelnen einander benachbarten Arten und Klassen unmerklich in einander über, und es giebt zwischen zwei Klassen immer eine Reihe von Uebergangsstadien.“

Schließlich in der folgenden Nummer des „Devenir social“ (Juni 1895, Seite 268) spricht Kautsky von der Klasse der Intelligenz, welche nach ihm diese neue Mittelklasse darstellt. Er schreibt: „Sie ist nicht direkt interessiert an den Klasseninteressen des Proletariats. Sie hat aber vielfach sehr direktes Interesse an der kapitalistischen Ausbeutung.“

In seiner Antwort auf Bernstein kommt Kautsky ebenfalls auf diesen Punkt zu sprechen (S. 254 der französischen Ausgabe): „Das Wachstum dieser neuen Mittelklasse ist ebensowenig zu leugnen, als die Vermehrung des physischen Wohlstandes gewisser Arbeiterkategorien.“

Ich selbst habe in meinen „Principes Socialistes“ (Socialistische Principien), von welchen ich — möge es Kautsky nicht missfallen! — keine einzige These ableugne, genau dasselbe gesagt (S. 11 und 13) wie am letzten Sonntag in Tours, und in seiner Kritik meines Buches im Jahre 1896 unterließ es Kautsky, gegen diese meine Feststellung, die schon damals durch ein Citat von Kautsky gestützt war, zu protestieren.

Das Unrecht, das ich diesmal begangen, ist, daß ich den verbitterten, unverdönligen Geist des Reliquienträgers, der Kautsky geworden, noch immer als eine Autorität betrachtet habe, auf dessen Unparteilichkeit man sich, ohne Unannehmlichkeiten zu haben, berufen könne; ich bitte ihn deshalb um Verzeihung, ich werde es nie wieder thun.

Ich werde es um so weniger wieder thun, als ich im Gegentheil zu dem, was er glaubt, mir erlaube zu denken, daß man ihn beiseite lassen kann, ihn und seinesgleichen, die Geistigen, ohne das geringste Gefühl einer Beere zu empfinden. Ihre Wirkung auf die Menschen ist gering, auf die Thatsachen ist sie gleich Null; so groß er sie auch hält, seine Bedeutung ist ohnmächtig gegen die Realität, und diese hat die respektwidrige Kühnheit, sich gegen die unantastbaren Formeln aufzulehnen, zu deren eifersüchtigem und abstoßendem Wächter er sich gemacht hat.

Aber ich lehne durchaus nicht die Ehre ab, mit effiklen „Mitschuldigen“ an der Aufgabe zu arbeiten, die Augen der Socialisten zu öffnen für das doktrinaire Blendwerk der guten Apostel, deren Bitterkeit aus der zunehmenden Verminderung ihrer bisherigen Anhängererschaft erklärlich wird.

Mit bestem Dank im voraus für die Gastfreundschaft, die ich in Ihrem Blatt verlange, bitte ich, meine Grüße entgegenzunehmen zu wollen.

Paris, 7. März 1902. Gabriel Deville.

Nachdem wir obige Zuschrift Devilles an Kautsky gesandt haben, erwidert dieser folgendes:

Deville beschwert sich darüber, daß ich ihn auf Grund eines notwendigerweise gekürzten Zeitungsberichtes in „niedriger Weise“ angegriffen habe.

Das ist falsch. Wo ich mich auf den Zeitungsbericht stützte, habe ich ihn nicht angegriffen, und wo ich ihn angriff, habe ich mich nicht auf den Zeitungsbericht gestützt.

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hatte Deville mich als Zeugen dafür angeführt, daß der Mittelstand im Wachsen sei. Darauf berichtigte ich, daß dies in dieser absoluten Form falsch sei, daß ich im Gegenteil eine Abnahme des Mittelstandes in seiner Gesamtheit behauptete.

Diese Berichtigung halte ich anfrecht und sie bleibt richtig, was immer Deville in Wirklichkeit gesagt haben mag. Hat er etwas anderes ausgesagt, als ihn der Berichterstatter sagen ließ, dann mußte er sich gegen diesen wenden, nicht gegen mich.

Ich muß jedoch gestehen, so lange mir nicht der genaue Wortlaut der Rede vorliegt, scheint mir die Darstellung des Berichterstatters ganz sumpfmäßig zu sein. Danach polemisierte Deville gegen den Satz des Programmtextes: „So spaltet sich in allen industriellen Ländern die Gesellschaft immer mehr und mehr in zwei feindliche Klassen: die Bourgeoisie und das Proletariat.“ Das war der Satz, gegen den sich Deville auf mich berief. Diesem Satz stimme ich aber vollständig zu, und weder die angeführten Citate noch sonst eine Stelle meiner Schriften stehen im Widerspruch dazu.

Er hätte sich diese Citate sparen können (der Artikel des „Devenir social“ ist übersetzt aus der „Neuen Zeit“, XIII, 2, S. 10 ff.), unter denen derselbe Satz, den ich gegen ihn aufstellte! Sie machen mich weder schamrot, noch frisch in mein Gedächtnis auf, da ich in meiner Berichtigung das Vorhandensein des Mittelstandes nicht geleugnet habe. Von seinem Wachstum schweigt aber Devilles Erklärung merkwürdigerweise vollständig. Sie äußert sich weder dafür noch dagegen.

Aber ich habe Deville nicht bloß berichtigt, ich habe ihn auch angegriffen. Ich muß das zugeben, ich lenne jedoch die Möglichkeit eines Irrthums selbst der besten Berichterstattung zu wohl, um darauf hin ein so scharfes Urteil zu fällen, wie ich's gethan. Devilles Renegatenum ist eine Thatsache, die schon vor seiner Rede zu Tours bekannt war. Ich brauche aber nicht weit zu suchen, seine Erklärung im „Vorwärts“ liefert selbst ausreichende Beweise dafür. Er nennt mich einen „Reliquienhüter“, nennt meine Anschauungen „doktrinaire Phantasmagorien“. Diese toten Reliquien und Hirngespinnste, das sind dieselben Anschauungen, die vor wenigen Jahren noch Deville ebenso entschieden verfocht, wie ich, dieselben Anschauungen, durch deren Darlegung und Verteidigung er zu seiner hervorragenden Stellung in der internationalen Socialdemokratie gelangte. Wenn er über diese Anschauungen, die selbst von ihren Gegnern mit Achtung behandelt werden, jetzt so wegwandernd sich äußert, so spricht er eben die Sprache des Renegaten.

Was er weiter über meine Person sagt, kann ich wohl rasch übergehen. Wenn er von der Hofart meiner Wenigkeit spricht, die verschwinden könnte, ohne eine Lücke zu hinterlassen, so fühle ich mich sehr gekränkt darüber. Leider hat Deville diese Hofart noch genährt, indem er sich in Tours auf mich als Autorität berief und erst

hinterdrein, als ich mir seine Gesellschaft verbat, die gängliche Nichtigkeit meines Daseins erkannte.

Wenn er zum Schluß von „Aposteln“ spricht, die „verbittert sind durch die wachsende Abnahme ihres Ansehens“, so verdient das alle Beachtung. Die Leute von Tours sind sicher die Gezeichneten, und über diesen psychologischen Prozeß zu unterrichten, da die Wohlthätigkeits-Organisationen — die Föderationen — ihnen gleich halbduhdenweise Aulieu sagten, und der Rest nur dadurch formel zusammen zu halten ist, daß man einer jeden erlaubt, dorthin zu laufen, wohin sie will, wofür man den schönen Namen „Autonomie der Föderationen“ erfunden hat.

Gemeinbewahren. In Karlsruhe wurden am Mittwoch die Wahlen für die dritte Klasse vorgenommen. Die Parteigenossen standen zum erstenmal den vereinigten Gegnern allein gegenüber. Konservativen, Centrum, Nationalliberale und Freisinnige hatten ein Kompromiß geschlossen, um die bisherigen 10 Arbeitervertreter aus dem Rathhause zu verdrängen. Die Demokraten hatten Wahlenthaltung proklamiert, weil ihnen die Socialdemokraten nur drei von den 16 Mandaten der dritten Klasse zugebilligt hatten, anstatt der beanspruchten vier. Die Parteigenossen gingen mit großer Begeisterung in den Wahlkampf, wurden jedoch, wie der „N. V.“ meldet, geschlagen. Die gegnerische Liste siegte, und damit verdrängen die Arbeiter ihre bisherige Vertretung.

In Groß-Osternleben (Provinz Sachsen) wurden die drei socialdemokratischen Kandidaten mit übergroßer Mehrheit gewählt. Die dritte Klasse ist damit vollständig socialdemokratisch vertreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Bekanntlich ist die Zahlstelle des Maurerverbandes in Gommern für polizeilich erklärt worden und indem man dann weiter feststellte, daß die öffentlichen Maurerverfassungen in Gommern eigentlich Vereinsversammlungen seien, erreichte man damit auch den Ausschluß der Frauen aus den öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen. In dem darüber geführten Prozesse sind auch einige interessante Umstände zur Sprache gekommen, die ein helles Licht werfen auf die Methode, die bei Bekämpfung der Arbeiterorganisationen angewendet wird und die zugleich zeigen, wessen Interessen in diesem Kampfe wahrgenommen werden. Die „Magdeburgerische Volksstimme“ kann darüber berichten, daß die ganze Aktion nicht von der dortigen Polizeiverwaltung ausging, sondern daß ein Gommerner Unternehmer dem Regierungs-Präsidenten mitgeteilt hat, daß der Zweigverein in seinen Versammlungen, in welchen Politik getrieben würde, auch Frauen dulde.

Der Regierungs-Präsident forderte dann die Polizeibehörde auf, darüber Bericht zu erstatten. Die Polizei berichtete darauf, daß in den Vereinsversammlungen des Vereins keine Frauen antwefend seien, sondern nur in öffentlichen Versammlungen. Darauf fragte der Regierungs-Präsident an, ob der Polizei nicht bekannt sei, daß in den Vorstandssitzungen des Zweigvereins die Referenten für die öffentlichen Steinbrucharbeiter-Versammlungen bestimmt und die Tagesordnung festgesetzt werde. Die Polizei berichtete, ihr sei nichts davon bekannt. Jedoch etwas später meldete sie, daß es ihr jetzt gelungen sei, das Gewünschte festzustellen; und zwar habe der Steinbrucharbeiter Gustav Brandt bekundet, daß er früher dem Vorstande angehört habe und daß in den Sitzungen desselben auch die Tagesordnung usw. für die öffentlichen Steinbrucharbeiter-Versammlungen festgesetzt würden. Dabei haben, wie die „Volksstimme“ hierzu bemerkt, zu der Zeit, in welcher dieser Herr Brandt zum Vorstande gehörte, gar keine öffentlichen Versammlungen stattgefunden. Die Polizei gestattete solche nicht, weil der einzige Saal, der damals für solche Versammlungen zur Verfügung stand, zu klein war.

Die seltsamen Kaffeelecker konnten ihre Sache auch nicht besser machen.

Aus Industrie und Handel. Auf dem Eisenmarkt drängt sich der Einfluß der Syndikate stark hervor. Wir haben vor kurzem schon darauf hingewiesen, wie der wirtschaftliche Niedergang gerade im Eisenwerke die Syndikatsbildung gefördert hat, und dem Drängen der Rohstoff-Verbände die übrigen Interessenten der Halb- und Fertigfabrikate folgen mußten, umgleichfalls zur festen Syndikatsorganisation überzugehen. Die Heimschlepper sind so ziemlich die letzte große Interessentengruppe gewesen, die sich der Syndikatsheftigkeit unterordnete, und der Halbzweigverband dürfte bald den Schluß machen. So hat denn gegenwärtig langsam eine Preisrückbildung angefangen; das soeben gearludete Feinblechsyndikat war mit das erste, diesen Weg zu beschreiten, ihm folgte das Hocheisen-syndikat, der Halbzweigverband, der Drahtstiftverband und schließlich die Bandenfabrikation. Begründet wird das Verhalten mit der überaus ungünstigen Preislage, die bei der Zerrüttung auf dem Eisenmarkt eingetreten war.

Vor Wochen wurde der Beschäftigungsgrad der Werke als ein besserer bezeichnet, der Einfluß von neuen Aufträgen ließ wieder zu guten Aussichten Vertrauen fassen; von anderer Seite wurde allerdings behauptet, daß es sich vielfach um Spekulationsabschlüsse handelt. Man macht zu den jetzt mächtigen Preisen Verträge und rechnet bei günstiger Aufwärtsbewegung erst später auf Abnahme. Aus dem Grunde sind Spezifikationen schwer zu erlangen und läßt mühsam die Beschäftigung der Werke bei einer leichten Besserung doch noch immer sehr zu wünschen übrig. Dem entspricht auch die Lage des Kohlen- und Coaksmarktes, die eine sehr gedrückte ist.

Die Syndikate legen deshalb fortgesetzt dem Auslandsmarkt erhöhtes Interesse bei. Die Ausfuhrvergütungen, die von den Rohstoffverbänden ausgetworfen werden, sollen künftig nur den Syndikatswerken zu gute kommen. Zur Kontrolle der Ausfuhrvergütung ist man im Begriff, eine sehr komplizierte Organisation zu schaffen. Bisher war die Kontrolle der Ausfuhr eine schwierige, auch die Prämie eine verwickelte, ohne Verrechnung des Grades, in welchem die Rohstoffverbände an der Herstellung des Fabrikats beteiligt waren. Zu dem Zweck wird in Düsseldorf eine Verrechnungsstelle errichtet. Der Ausschicht-Büroaus wird aus Vertretern des Kohlen- und Coakssyndikats, des Halbzweig- und Trägerverbandes und des Düsseldorf- und Zugemündischen Hocheisen-syndikats gebildet. Ihm liegt die Entscheidung über Streitfragen bezüglich der Ausfuhrvergütung und die Vorbereitung der Vorschläge betreffs Höhe und Dauer der Vergütung ob. Die Vergütung soll von Vierteljahr zu Vierteljahr auf Grund der jedesmal in dem betreffenden Vierteljahr bezogenen Ausfuhraufträge gewährt werden. Die Organisation bedeutet eine wichtige Kontrolle für die Interessenten, und die Syndikatsbildung erlangt in der Preisbildung auf dem Markte einen Einfluß, wie er in keinem andern Verufe bisher vorhanden ist.

Aussichten im Textilgewerbe. Von zwei Seiten droht dem augenblicklich guten Geschäftsgang im Textilgewerbe Gefahr. Einmal sind in Baumwolle erhebliche Preisrückgänge zu befürchten, die die gesamte Fabrikation beunruhigen. Die Preise für Baumwolle sind in letzter Zeit rascher und stärker gestiegen, als sich mit der Preislage des Artikels vereinigen läßt. Bei ausreichender Versorgung des Weltmarktes in den Jahren 1897—1899 sind die Preise auf 28, 29 und 30 Pf. zurückgegangen; der jetzige Preis von etwa 43 Pf. erscheint daher bei der internationalen Marktlage recht hoch. Läßt doch z. B. in England der Garmarkt schon jetzt zu wünschen übrig, währenddem die Zufuhren aus den Vereinigten Staaten fortgesetzt stark bleiben. Schon die Möglichkeit erheblicher Preisrückgänge beeinträchtigt aber den Geschäftsgang in den Spinnereien ganz erheblich, da die Webereien im Garnlauf zurückhalten werden. Dazu kommt als eine zweite Gefahr die Unsicherheit, die über die Gestaltung des Verbrauches

*) Da der Artikel im „Devenir social“ eine Uebersetzung aus der „Neuen Zeit“ ist, so geben wir die Citate nach dem dort Jahrgang XIII, Bd. 2, S. 11 ff. befindlichen ursprünglichen Text. Red. d. „Vorw.“

nach Ostern herrscht. Gerade in dem zur Zeit glänzend beschäftigten Gewerbe ist man in Kreisen der Arbeiter besorgt, daß die gute Beschäftigung nach Ostern nachlassen werde. Klagen doch die Fabrikanten noch immer darüber, daß das Geschäft im Inland nach wie vor unbefriedigend liege und daß die vorübergehende Belebung in der Hauptsache auf reiche Ordres des Auslandes zurückzuführen sei. Die Bestellungen von Wäsche- und Kleiderstoffen für die Großstädte und Industriezentren haben eine starke Einschränkung erfahren. In Berlin ist der Bedarf so zurückgegangen, daß z. B. eine größere Firma, die ausschließlich mit dem Vertrieb billiger Arbeiterkleidung sich befaßt, ihre Filiale in der Reichshauptstadt anzulösen für gut fand. Die geringen Aussichten, die der Inlandsmarkt noch immer bietet, veranlassen auch die wenigen Branchen und Distrikte, in denen noch Betriebsbeschränkungen bestehen, diese weiterhin aufrechtzuerhalten. Das ist namentlich in der westdeutschen Spinnerei der Fall. Von der Gestaltung der gewerblichen Konjunktur im Frühjahr, vornehmlich von dem Geschäftsgang im Baugewerbe, wird es abhängen, ob die gegenwärtige Belebung des Textilgewerbes das Frühjahr überdauern wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Arbeiter und Bauhandwerker! Von verschiedenen Unternehmern werden jetzt Kundenarbeiter verlangt, dann aber als Arbeiter beschäftigt. Wir weisen nochmals darauf hin, daß durch Beschluß von Verbänden- und öffentlichen Versammlungen auch Kundenarbeiter, die Arbeiterarbeiten verrichten sollen, die Tarife zur Unterschreitung vorgelassen haben, und wenn dieselbe verweigert wird, darf keine Arbeiterarbeit ausgeführt werden.

Die Bauten Gertstr. 7 (Unternehmer Herrenberg, Kopenstraße), Liegenburgerstr. 58 (Unternehmer Hölle, Wielandstr. 64), Polanenstr. 72 (Unternehmer Gronau, Warburgerstr. 9), Schönberg, Hauptstraße 20/20a (Unternehmer Haase, Krenzle u. Gronau), Kopenhagenerstr. 7 und Ebertstr. 38 (Unternehmer Otto, Danzigerstraße), Charlottenburg, Dandelmannstr. 13 (Unternehmer Schille, Jfflandstr. 4) und Vogtstraße und Neue Ausbacherstraße-Ecke (Unternehmer Witt, Dessauerstraße) sind wegen Nichtzahlung der Lohnpreise gesperrt.

Die Firma Köpcke u. Späth, Mopsdofstraße, Van Prager- und Spichernstraße-Ecke, ist nach wie vor wegen Nichtanerkennung des Tarifs gesperrt.

Die Lohnkommission der Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung, Vergolder! Bei der Firma Westlow u. Co., Köpckestr. 109a, sind Differenzen ausgebrochen und ist Zugang bis auf Weiteres fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin.

Achtung, Grundierer! In der Goldbleisfabrik von Bahr und Gerkens in Altona sind zwischen den Grundierern und der Firma Lohnindifferenzen ausgebrochen. Der Zugang ist darum streng fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Schneider. In Magdeburg arbeitet eine Kommission, bestehend aus dem Innungsvorstand, dem Gesellen-Ausschuß, Vertretern der Heimarbeit und Vertretern des Arbeitgeber-Vereins, einen Lohnarif für erfklaifige Geschäfte aus. Eine zahlreich besuchte Versammlung der Schneider nahm den Tarif mit allen gegen 9 Stimmen an. — Die Unterhandlungen in Flensburg währten 6 1/2 Stunden, führten aber zu einem so geringen Entgegenkommen der Arbeitgeber, daß die Streikenden im Anstand zu beharren beschloffen. Die Meister wünschen u. a. eine Tarifveränderung auf 5 Jahre, die aber erst am 1. Oktober in Kraft treten soll. — Die Schneider in Elmshorn erzielten auf friedlichem Wege Lohnerhöhungen von 1 M. bis 1,50 M. pro Woche. Der neue Tarif tritt mit dem 17. März in Kraft. — In Offenbach a. M. haben die Arbeitgeber ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, mit der Lohnkommission zu verhandeln. In der Weinbergischen Werkstätte ist der Streit durch gütliche Vereinbarung beigelegt. — In Freidurg i. Br. streikten die Schneider der Firma Dentich.

Zur Holzbearbeitungs-Fabrik Hohenholm (Wromberg) werden schon seit geraumer Zeit Lohnabzüge gemacht. Jetzt sollte dasselbe Mandat wieder vorgenommen werden. Der Fabrikantenschuß wurde bei der Leitung am Montag vorstellig; es wurde auch alles zugebilligt. Am Mittwoch früh, als die Tischler nur das Versprochene verlangten, wurde ihnen freitweg erklärt, daß alles beim alten bleibe; wenn es nicht passe, der könne gehen. Darauf legten die Tischler sämtlich die Arbeit nieder. Von den 63 dort Beschäftigten ist auch nicht einer zurückgeblieben. — Der Zugang ist strengstens fernzuhalten.

In der Wästenfabrik zu Erdmannsdorf im Miesengebiete, in Firma „Bereinigter Berliner und Erdmannsdorfer Fabriken“ Edmund Böhm u. Th. Harske, sind Differenzen ausgebrochen. — Zugang von Tischlern, Drechsleren und Maschinenarbeitern ist fernzuhalten.

Bei den Gewerkschaftswahlen in Frankfurt a. M. siegte die Liste des Gewerkschaftsartells ohne Gegenliste; die Arbeitgeber brachten die Innungsliste durch.

Krupps Antwort. Auf den telegraphischen Protest der Arbeiter gegen die neue Arbeitsordnung hat Krupp nun doch geantwortet. Und er hat geantwortet, wie man es von dem Typus eines Kapitalisten nicht anders erwarten konnte.

„Ich bemerke aber, daß die geäußerten Bedenken mich nicht veranlassen können, von der nach reiflicher Erwägung zum 15. März erlassenen Anordnung Abstand zu nehmen...“

Die Anordnung, daß die Arbeiter während der Mittagspause auf dem Werk bleiben müssen, ist zur Erzielung guter Betriebsergebnisse notwendig und liegt deshalb auch mit im Interesse der Arbeiter...“

Das ist die Quintessenz der Kruppschen Antwort. „Zur Erzielung guter Betriebsergebnisse“ soll also die neue Arbeitsordnung der Herdenschneide dienen, welche die Arbeiter um ihre Mittagspause bringt. — Herr Krupp ist ein aufstrebender Agitator!

Aus Graz meldet der „Reipziger Volks-Zeitung“ ein Privattelegramm: Dem Vernehmen nach schweben zur Zeit Verhandlungen, die von Weerane eingeleitet, eine Vereinigung aller Weerancisten der Industriebezirke Glandau, Weerane, Greiz, Sera zwecks Wahrung gemeinsamer Interessen ausbreiten. — Natürlich ein Bund zur Wahrung der gemeinsamen Interessen“ gegen die Arbeiter!

Die Ausperrung der Töpfer in Kleinmöhlau dauert noch unverändert fort und ist das Ende des Kampfes nicht abzusehen. 47 Mann sind von der Ausperrung betroffen worden, wovon heute noch 14 zu unterstützen sind; die übrigen haben alle Kleinmöhlau verlassen. Zum Arbeitswilligen ist von den Ausgesperrten nicht ein einziger geworden. Sellen ist wohl ein Kampf mit solcher Energie und Ausdauer auf Seiten der Arbeiter geführt worden, wie der in dem kleinen Dorfe Kleinmöhlau.

Ausland.

Der Streit der dänischen Dampfschiffheizer. Auf dem neuen Ameriadampfer, der den Namen „Oskar II.“ trägt, kam es am Dienstag zu lebhaften Austritten. Nachdem der Aufsatz der streikenden Heizer in dänischer, deutscher und englischer Sprache auf dem Schiffe verteilt worden war, verlangte das Heizerpersonal um die Mittagszeit energisch, ans Land gelassen zu werden. Als den Leuten das wiederum verweigert wurde, stürmten sie nach der Landungsstreppe und dreien gelang es auch, ans Land zu kommen. Weitere vier Heizer gelangten ans Land mittels eines Tones, das längs der Schiffsseite hing. Sie wurden alle von der Polizei ergriffen und bis zum Abgang des Schiffes in Haft behalten. Am Mittwoch sollte der Dampfer in See stechen und die Polizei verfuhrte deshalb, die Leute wieder an Bord zu schaffen. Am Freitagen hatte sich jedoch eine große Volksmenge angeammelt. Diese griff die Polizei an und befreite 5 Heizer. Die mit Steinen, Kohlenstücken und Holzstücken angegriffene Polizei hieb mit Polizeistäben auf die Menge ein. Ein Polizeioffizier wurde durch ein Holzstück am Kopf verwundet. Während dieses Krampfes entliefen noch einige Heizer des Schiffes. Nach zwei Stunden wurde die Volksmenge durch 100 Schutzleute, die allmählich aufgebunden waren, zerstreut. — Trotz des erheblich verringerten Maschinenpersonals ließ die Behörde das Schiff abfahren!

Sociales.

Die Arbeiterverhältnisse auf den kaiserlichen Werften. Aus einer dem Reichstage angegangenen Uebersicht ist zu entnehmen, daß auf den Werften Danzig, Kiel, Wilhelmshaven sowie in der Torpedowerkstatt Friedrichsort Ende Oktober 1900 im ganzen 16584 Arbeiter beschäftigt waren. Es herrscht auf den Werften ein ziemlich starker Arbeiterwechsel; im Laufe eines Jahres gingen 3798 Arbeiter ab, davon über 3000 auf eigenen Wunsch, und 8681 wurden neu eingestellt.

Bei den sonstigen der Marineverwaltung unterstellten Behörden waren außerdem 1118 Arbeiter beschäftigt. Bei diesen Behörden gingen im Laufe eines Jahres 290 ab und 408 wurden neu eingestellt. Von den Werften hatte Kiel den stärksten Wechsel mit 27 Abgängen und 29 Neu-Einstellungen auf 100 Arbeiter. Beim Minendepot Friedrichsort beträgt der Abgang gar 48 auf 100 und die Neu-Einstellungen 48.

An durchschnittlichem Tagesverdienst wird berechnet (einschließlich der Ueberstunden) für Eisens- und Metallarbeiter 4,87 M., für Holzarbeiter 4,35 M., sonstige Handwerker 4,18 M., für Hilfsarbeiter (Vohrer, Rieter, Hobler, Zuschlager etc.) 3,90 M., für Maschinenwärter und Heizer 3,80 M., Feuerwehr 3,90 M., Wächter und Boten 3,80 M., für Schreibkräfte 4,10 M., Handlanger 3,03 M., Lehrlinge und Jungen 1,20 M., Arbeiterinnen 2,19 M.

Die Arbeitszeit wird leider nicht angegeben. Die angegebenen Lohnsätze sind auch deswegen ziemlich nichtstehend, weil annehmend auch höher entlohnte Angestellte darunter sind. So sind bei der Feuerwehr auch die Oberfeuerwehrlente und die Telegraphisten darunter. Unter „Schreibkräften“ sind zusammengewürfelt Lohnschreiber, Verlagsredaktionsgehilfen, Drucker, Maschinenschreiber, Wohlhabendgehilfen, technische Arbeiter.

Es wird dann noch eine Zusammenstellung über den Jahresverdienst von 11184 Arbeitern der Werften und der Torpedowerkstatt gegeben, soweit sie mindestens 280 Tage beschäftigt waren. Danach verdienen im Rechnungsjahre 1900 48,7 Proz. dieser Arbeiter unter 1200 M., 18,6 Proz. unter 1000 M., 967 Arbeiter verdienen weniger wie 800 M. Die Lehrlinge und Jungen sind dabei ausgeschlossen, die Werkführer aber eingeschlossen. Ueber 2000 M. verdienen nur 74 Mann.

Eine specialisierte Aufstellung über die wirklich verdienten Stundenlöhne würde viel besseren Aufschluß über die Bezahlung dieser Arbeiter geben.

Eine interessante Aufstellung über das Lebensalter der beschäftigten Arbeiter ergibt, daß 66,5 Proz. derselben im Alter von

22 bis 45 Jahren standen, 12,6 Proz. waren jünger wie 22 Jahre und die übrigen älter wie 45, und nur 7,5 Proz. waren älter wie 55 Jahre, 5 Proz. waren im Alter von 19 bis 21 Jahren.

Aus dem Bericht über die drei Betriebs-Krankenkassen, die zusammen 18 670 Mitglieder hatten, ist zu ersehen, daß trotz der günstigen Alterszusammensetzung die Zahl der Erkrankungsfälle höher war wie bei allen Betriebsklassen Deutschlands (im Jahre 1899). Es kamen bei allen deutschen Betriebsklassen auf 100 Mitglieder 46 Erkrankungsfälle, bei den Werftklassen über 51. Am schlimmsten steht dabei die Danziger Werft mit 71 Erkrankungsfällen auf 100 Arbeiter bei nur männlichen Arbeitern, so daß hier fast 1/4 aller Arbeiter im Laufe des Jahres erkrankten. Bei allen deutschen Betriebsklassen kamen im Jahre 1899 auf ein Mitglied 7,4 Krankentage, bei den Klassen der kaiserlichen Werften 1900 aber 10 Tage. Davon auf die männlichen Mitglieder bei der Klasse der Marine-Station Ostree 8,7, Nordsee 11 und Danzig 10,6.

Für die Marine-Arbeiter besteht auch eine Unterstützungskasse. Aus dieser werden unter anderem auch an Invaliden und Witwen Unterstützungen gewährt „zum Uebertritt in andre Verhältnisse“. Die Höhe dieser Unterstützungen betrug im Jahre 1900 für den einzelnen Fall bei den Witwen 34 M. und bei den Invaliden 31 M. Damit kann sich ein Invalide einen ganz hübschen neuen Erwerb einrichten.

Aus dem Altersstudium erfährt man auch wieder einmal etwas über die ungeheure Belastung der Industrie durch die Arbeiter-Versicherung. Bei den drei Werften sowie der Torpedowerkstatt Friedrichsort wurden im Jahre 1900 im ganzen 18 922 258 M. Arbeitslohn bezahlt. Die Ausgaben für Versicherungs-zwecke betragen: 236 770 M. Krankenversicherung, 132 016 M. Invalidenversicherung und 180 047 M. Unfallkosten, zusammen also 548 833 M. oder 2,9 Proz. der bezahlten Löhne. In der Summe der Krankentagebeiträge sind aber noch Beiträge für über 2000 Personen, die in den Lohnnachweisungen nicht eingerechnet sind, wodurch sich die Ausgaben für Versicherungs-zwecke, die für die Gegenüberstellung mit den Löhnen in Frage kommen, noch um ca. 20 000 M. verringern. Bedenkt man, daß die Löhne sich etwa zwischen 1/3 und 1/2 des Wertes der Produktion bewegen, so hat man eine Belastung von nicht mehr wie etwa 1 Prozent des Wertes der Produktion durch die Arbeiterversicherung. Man sieht daraus, daß die Industrie auch an einer Verdoppelung der Ausgaben für Arbeiterversicherung noch nicht zu Grunde gehen würde.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die Mängel der Berliner Armenpflege sprach am 11. Februar Frau K a t a l i e F u c h s in einer von der Vertrauensperson eiderisenen öffentlichen Versammlung in der Urania, Brangelstraße. Wie in der vor kurzer Zeit von der Referentin abgehaltenen Versammlung (Bericht im „B.“), griff dieselbe wiederum in scharfer Weise die Armenverwaltung an. Als neuer Gesichtspunkt ist zu erwähnen, daß die Vortragende für Errichtung von Findelhäusern eintrat, weil die Armenverwaltung für die unehelichen Kinder keinerlei Fürsorge übernimmt.

Gegen letztere Ausführungen wandte sich in der Diskussion J e l. V a d e r, welche meinte, daß die Errichtung von Findelhäusern in sozialer Beziehung einen Rückschritt bedeute. Die Socialdemokraten fordern, daß die Kommune in ausreichender Weise für bedürftige Kinder, ob ehelich oder unehelich geboren, sorgen müsse. Die uneheliche Mutter braucht nicht in einem Findelhause ihr Kind zur Schummer herabzusehen zu lassen, sondern muß wie jede andre Mutter mit ihrem Kind in Fühlung bleiben können.

Der Stadtverordnete H i n z e gab der Vortragenden zu, daß die Armenpflege noch viel zu wünschen übrig lasse, daß aber neuerdings ein Weg zur Besserung eingeschlagen werden solle. Nach der neuen Anweisung, betreffend die Verwaltung der offenen Armenpflege, sollen vom 1. April ab bei Einzelpersonen bis 25 M., bei kinderlosen Ehepaaren bis 35 M. und bei Familien mit Kindern bis 40 M. gezahlt werden. Forderungen, die über diese Summen hinausgehen, bedürfen der Genehmigung der Armenverwaltung, oder wo ein Anreizkreis eingeschrieben ist, der Arbeitsverwaltung. Es soll auch nicht unbedingt, wie bisher, mit dem niedrigsten Satz von 6 M. begonnen, sondern je nach Notlage darüber entschieden werden.

In einem der Referentin berichtete Genosse Pastorius seine eigenen Erfahrungen auf dem Gebiete der Armenpflege. Er glaubte seiner socialdemokratischen und antikirchlichen Stimmung wegen eine besonders schlechte Behandlung von Seiten des Armenvorstehers erfahren zu haben.

Der Stadtverordnete L i e b t i n e h t führte aus: „Wenn sich die Verhältnisse in Bezug auf die Armenpflege etwas bessern, so sei das hauptsächlich auf das Drängen und die rege Agitation der Socialdemokratie zurückzuführen. Wir sollen die Armenpflege nur als kleine Reform im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft auf Jedes Arbeiterkategorie, welches die Lage der arbeitenden Klassen verbessert und damit die Armut vermindert, ist wertvoller als jede Armenunterstützung. Da wie eigentlich aber die Armenpflege noch nicht entbehren können, ist es Pflicht der Parteigenossen, sich zahlreich zur Mitarbeit bei der Armenkommission zu melden, wo es freis an Arbeitskräften in unstrem Sinne mangelt. Stadtv. H i n z e sagt noch hinzu, daß auch die Frauen in der Armenkommission mitarbeiten dürften und müßten.“

Genosse S a r t w i g, welcher Mitglied der Armenkommission ist, meint, daß die Kommissionsmitglieder sehr wohl in der Lage wären, auf die Armenvorsteher einzuwirken, in seiner Kommission wären nie Uebergriffe vorgekommen.“

Berein der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 16. März, vormittags 10 Uhr, in Cohns Festsaal, Dentsstr. 20:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Berichtsanlegenheiten. 2. Wahl der Delegierten zur 4. Konferenz. 3. Vortrag des Genossen Kallack über: „Nach 1848“. 4. Diskussion. 5. Berichtlesen.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand. J. K.: Albert Juppenlatz.

Töpferträger Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 16. März, vormittags 10 Uhr, im Lokal Rosenhalerstraße 57 (Hof):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichtsanlegenheiten über die Sitzung mit dem Innungsvorstand der Töpfermeister betreffs des Tarifs. 2. Berichtsanlegenheiten von der am 9. März stattgefundenen Konferenz. 3. Der Arbeitsnachweis und dessen Nutzen. 4. Die Zustände in unserem Beruf und wie ist da Abhilfe zu schaffen? 5. Berichtsanlegenheiten.

Nicht eines jeden Kollegen ist, wegen dieser wichtigen Tagesordnung zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Mieter- und Bauverein „Selbsthilfe“ zu Berlin

(Eingetrag. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht).

Am Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn C. Froch, Gontowdstraße Nr. 36:

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstands für 1901. 2. Bilanz von 1901. 3. Anträge.

Der Vorstand: Richard Rehbein, Wilhelm Röder, Wilhelm Brand.

Bereine!

1. Osterfeiertag: Saal frei geworden. 1094h* Klubhaus, Kommandanten- 72

Café Schurig

Kaffee 10 Pf. Dresdenstr. 128, 29.

Mitglieder-Versammlung

der Bretterträger u. Brettschneider Berlins u. Umgeg. am Sonntag, den 16. März, vorm. 10 1/2 Uhr, im Königstädtischen Kasino, Holzmarktstraße 74.

Tages-Ordnung: 1. Die Meisterfrage. 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Lohnforderung und Verklärung der Arbeitszeit? 3. Berichtlesen. Die Kollegen der Firma Schulz & Obstornitz sind ganz besonders eingeladen.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Centre, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 18: Sitzung der Orts-Verwaltung.

Charlottenburg. M. Schmerberg (31402) Wilmersdorfer-Strasse 127, Hutmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerordentlich billigen Preisen. Optische Artikel. Optische werden schwarzlos geschoben.

Achtung, Gewerkschaften! Bureau f. Gewerkschaften, Kranenlassen, mit sep. Eingang, f. billig zu verm. Traugottstr. 15. (11618)

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 59. Spezialarzt für 11/13* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Sonntag 2 Uhr: Königsthor nach Buch. 11/11 Donnerstags Versammlung. Jeden Freitag: Ueben im Reigenfahren, Kolbergstr. 23.

Neues Klubhaus,

72. Kommandantenstr. 72. Säle (ev. Bühne) zu Verammlungen und Festlichkeiten. Einige Sonnabende u. Sonntage noch frei. H. Ebert.

Zarte Gänse Pfd. 40 Pfg. Hühner, Enten, Tauben, Wildfleisch, Kaninchen. 36362 M. Ritschl, Dresdenstr. 61.

Filzhüte für Herren neueste Form, 1,50 und 2,00, höchste Qualität 2,50-3,50, Arbeitshüte 1,00

im Hut-Engros-Lager Neue Königstraße 18, I. (nahe Alexanderplatz fr. Dresdenerstr. 20).

Wöbel.

Bürgerliche Wohnungs-Decorierungen in guter Ausführung zu bill. Preisen. Nach Teilzahlung. 36302

103 Landsbergerstraße 103.

Zähne M. 2 an beliebige Teilzahlung. Olga Jacobson, 146 Invalidenstr.

Verband der Graveure und Ciseleure.

(Filiale Berlin.) Den Mitgliedern zur ironischen Nachricht, daß am 11. März unter Kollege

Ernst Stahnte, Eisenar, verabschiedet ist. Erze seinem Kunden! Die Beerdigung findet am 14. März, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Johannisfriedhofes bei Wilmersdorf aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Allen Freunden und Bekannten, besonders dem 4. Wahlverein Df, für die zahlreiche Teilnahme und Krampfspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Zimmerers Hermann Liss sagen wir unseren herzlichsten Dank. Witwe Bertha Liss, Tochter und Schwiegertochter.

Freitag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, in Sanssouci, Kottbuserstraße 40: 11530

Demonstrations-Vortrag.

H. Müller, Naturheilk., We. Frontfurterstr. 37, spricht über die Heilbarkeit der Lungenschwindsucht, der Tuberkulose und Krebskrankheiten. Damen und Herren freien Zutritt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 14. März.
Opernhaus, Der Wasserschmid. Seraphim. Abends 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Neues Schauspiel des Herrn Gouquin eine mit der vollständigen Gesellschaft des Théâtre de la Porte St. Martin. Le Bourgeois gentilhomme. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Jungfrau von Orléans. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Probenkandidat. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Lucians Satiren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veiling. Über den Wässern. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Ein galanter Richter. Vorher: Verbotene Frucht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Owig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Recessionsbühne. Dantes Alferons Bunte Welt. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunte Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissima. Zwischenstücke. Anfang 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wespen. Der Kuh. Im Brunnen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Suisen. Der Kapertief. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Das Mädchen von Heilbronn. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Fiebermännchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Casino Theater. Lustige Brüder. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Wassige Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Wassige Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Weichense. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr. Frühlingsstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/52. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
 Operette in 3 Akten von H. Reinhardt. Morgen und folgende Tage: Das süße Mädel.
 Sonntag, den 16. März, nachmittags 3 Uhr. Ende Briefe:
Die Geisha.
 Operette in 3 Akten von Edwin Jones. Abends: Das süße Mädel.

Schiller-Theater

(Wollner-Theater).
 Freitagabend 8 Uhr:
Der Probenkandidat.
 Schauspiel in 4 Aufz. v. Max Dreyer
 Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Probenkandidat.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
 Sonntagabend 8 Uhr:
Heimat.

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.
 Abends 7 1/2 Uhr:

Seine Kleine.

Große Aufführungsdarstellung mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
 Paula Worn a. G., Guido Thielcher, Gerda Walbe, Helmerding, Paul Müller, Boje, Wagners. „Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?“
 Sonntag, 16. März, nachm. 3 Uhr, kleine Preise: Tribdy. Schauspiel in 5 Akten.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
 Abends 8 Uhr:
 Benefiz für Fel. Lis. Piasecka.

Das Mädchen von Heilbronn.

Romanisches Ritterstück von Heinrich v. Kleist.
 Morgen nachmittags 4 Uhr: Klein Däumling. Abends 8 Uhr: Große Heiterkeit. Sam. 80. Male: Das Jungferstück. Sonntagnachmittag 3 Uhr bei kleinen Preisen: Othello, der Wirth von Venedig. Abends 7 1/2 Uhr: Das Mädchen von Heilbronn.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.
 Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:

'ne feine Nummer!

Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. In 4. Bild:

Frauchens Geburtstagstisch.

Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg der neuen Specialitäten!

The 3 Milons Martin Kottner
 3 Avolos Sam Elton
 Willi Walden
 The Leamy-Troupe
 Der Kosmograph. Vorher:

Don Juan in der Hölle

Kasseneröffnung 7 Uhr.
 Anfang 8 Uhr.

E. von Wolzogens

Buntes Theater (Ueberbrett)
 Köpnickstr. 68.

Heuteabend 8 Uhr u. a.: „Schachtopf“ (Offiziers-Humoreske). — „Nora-Parodie“. — Lina Abarbanell. — Zozena Bradsky u. Oskar Strauss, Marcell Salzer etc.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:

Frühlingsstage an der Riviera

Invalidenstr. 57/52.
 Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
 Voranzeige!! ab 15 cr.:

Zwergin mit ihrem Kinde

eine bisher in der Welt nicht dagewesene Schöpfungswunderlichkeit
 Mutter 80 cm/Tocht. 30 cm/gross
 32 Jahr alt. 9 Jahr alt.

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
 Unter den Linden 44.
 Heute, den 14. März, abds. 8 1/2 Uhr: Schauspiel von Eman. Reicher. Die kleine Fita. — Geschichten vom toten Rabbl. — Serenissima-Zwischenspiele. — Bauernkomödi. — Abschiedssouper.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
 Burgstr. 22.
 Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
 Das brillante neue März-Programm!

Kolossal-Nummern.

Das Neueste vom Neuesten.
 Um 8 1/2 Uhr: Großer Erfolg: Die Weichense.
 Berliner Solist mit Gesang.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

Casino-Theater.

Vollringstr. 37.
 Heute zum letztenmal: „Nichte Brüder“, „Christos“ u. „Wogen in glänzender Beleuchtung am 9. Uhr: „Ihre Familie“ von Engels u. Stinde. Vorher: Spezialität. Anfang 8 Uhr. Sonntag, 7 1/2 Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: „Nieder des Musikanten“.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, 2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr. Zum 111. Male: Coralle & Co. Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Reichshallen.

Täglich:
 Stettiner Sänger.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.



Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr.
 Wochentags 5, Ende 11 Uhr

Der kleine Cohn ist da!

Burleske in einem Akt.

Der Bajazzo und sein Kind.

16 erstklassige Spezialitäten 16

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 n.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
 Nach jeder Solree:
Tanzkränzen.
 Sonntag, den 16. März:
Der Kesselflicker.
 Charakterbild mit Gesang in 1 Akt.
 Samstag: „Der Goldbauer“ mit dem Berliner Schauspiel-Verein.

Cirkus Busch

Freitag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr:
 Dr. Fortsetzung. Klondike, Dings-Pantomime des Cirkus Busch und die neugestalteten Spezialitäten.

Aränze und Blumen

empfehl. 10776
 F. Jacobitz, Ropenstr. 46.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Sonntag 7 Uhr.
 Sonntag 5 Uhr.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Robert Voigts Gesellschaftsräume

Ritterstrasse 75, hohe alte Jakobstrasse.
 empfiehlt seinen Saal (bis 300 Personen fassend) und Vereinszimmer verschiedener Größe zu Festlichkeiten, Versammlungen, Festessen und Vorhandlungen etc. — Papierer 1/2 Liter 10 Pf., prima Weißbier 10 und 20 Pf., sowie auswärtige Biere. — Gute Speisen zu festen Preisen.
 35812* Ergebenst: Robert Voigt, Ritterstrasse 75.

Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie.
 Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.
 Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.
 Plomben 1,50 M. Reparatur sofort Unarbeit schlechtsitz. Gebisse.
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
 (Haus-Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr. [13/2*

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfertraut.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße. Groß-Apothek., Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 3139L*

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter

Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skallitzerstr. 6,
 Thor. [3390L*

THE FINANCIAL AND COMMERCIAL BANK, LIMITED.

(FINANZ- & HANDELSBANK)
 Capital, £ 300 000 Fully Paid. Aktienkapital RM. 6 000 000 Vollbezahlt.
 28, Clemens Lane, Lombard Street, LONDON, E. C.
 Telegramm-Adresse: AMIRALAT, LONDON.
 AN- und VERKAUF von Wertpapieren an der LONDONER Börse. BELEIHUNG von sämtlichen an Londoner und Berliner Börsen kursierenden Wertpapieren bis 95 pCt. des Kurswertes, Lombardkassa von 4 pCt. angelt. Kontokorrentkreditung, Wechselkreditung. Tägliches Kursberichte. Anfragen über alle an der Londoner Börse gehandelte Effekten werden ausführlich beantwortet.

Jedes 5 Pfennig.
 Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Vorjahre elegante Herren-Anzüge und Sommerpalätois aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Berlinhardter Germania. Unter den Linden 21, II.

Herrenanzüge, Paletots, elegante Aufzüge, geringe Teilzahlung. Kurzerberg, Vondbergstraße 13. *

Wer mit seinem Schneider unzufrieden ist, siehe sich die Kollektion neuer Herrenstoffe für Anzüge und Paletots nach Maß an in der Fabrik moderner Herrenanzüge, Lützowstr. 88. Hermann Schilling. Nur gegen Barzahlung. Sehr Verarbeitung. Möbelschreiner. 10248*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Kaufhaus, Comploir Kaiserstraße 25A. früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. [9852*

Teppiche! (Leberhüte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Baum, HofscheiderMarkt 4, Bahnhofs Böse. 1117*

Nußbaummöbel und Küchen-einrichtung (postbillig) Gartenstraße Nr. 148, I. linde, Vorderhaus. 4137*

Möbelverkauf, neue und gebrauchte. Römer, Schönhauserstr. 81.

Möbelverkäufer lauten zu Preisverleihen ganze Einrichtungen sowie einzelne Möbel. Säulenplumbe, Wandspinde 28. Trumenau gefächelt, Wandspinde mit Federmaße 40, Salonarmaturen, Schlafsofas 28, Küchenmöbel. Heilige, Kuhstraße 7a. [10632*

Möbelmagazin liefert Möbel, Teppiche, Gardinen auf Teilzahlung unter sehr günstigen Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre hinaus verteilt. Meyer, Invalidenstr. 38, an der Schaukestraße. 10168

Teppiche mit Vorbehalten für Fabrikverkauf Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Plauino, Schwedten, wenig gebraucht, sofort, billig veräußert. Ritterstraße 120 I beim Wirt. 11/2*

Waltraudstr., blühend für Blumens, Buchstaben, Schmuckstücke, Gemischtwaren, bessere Geschäfte, überaus billig, 14 Bilden 3 Mark, 1/2 Lonne 3,50 erhaltene, Nicht Blühenzahl, Qualität mäßig. Forti stellerer Ringler, Bernauerstraße 119. 11317*

Steppdecken billig Habrit Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Kanarienvogel, 5,00, Vorfänger 8,00. Inzwischen, Hebbauer, Schandstraße 31. 13/4*

Achtung! Jeder Käufer erhält auf 1 Pfund Margarine, Kaffee oder Kaffee ein Geschenk zu Ritterstraße 12, Ecke Lindowstraße. 10668*

Setzen zwei gute Stand, W. legende, a. 30 Mark, sofort Adalbertstraße 78, I. rechte. 11345*

Reparation verkauft Wangenstraße 68. 11376

Schlafsofa, 20 Mark, wie neu, Karlstraße 40, Töpfer. 13/10

Bett, prachtvolles, 17,00. Bildl. Adalbertstraße 26. 11400

Tische, Spinden, Bettstellen verkauft billig Kollendorferstraße 20, Deferte

Gegenstandsfür für Kaufleute. Tischler, seit 10 Jahren bestehend, wegen Übernahme einer Schenkwirtschaft billig zu verkaufen Kollendorferstraße 20, Oriente. 4125*

Nähmaschinen, preiswerte Bezahlungen, ohne Anzahlung. Wodie 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Postkarte genügt. Vondbergstraße 32*. Kopierstraße Nr. 60/61. 780*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontierarbeiten, Regulatoren, Sportkleid, Schuhwerk, Kleiderstr. 6, Teilzahlungen gestattet. *

Kanarienvogel, Auswahl Brandl, Holzmarktstraße 9. 11456*

Haararzneimittel, Probenflaschen 0,40. Winterfeld, Schaukestraße 121.

Ein Jahrgang „Neuer Socialdemokrat“ (1876), fünfliche Jahrgänge der „Berliner Freien Presse“, „Berliner Volksblatt“ (1884-1888) zu verkaufen. Reimendorfer, Provinzstraße 120 bei Ditsch. 11448

Sterbekassen, mathematischer Sachverständiger, behördlich konfirmiert, empfiehlt sich zur Anfertigung der gesetzlich erforderlichen technischen Entwürfen über die Lebensfähigkeit von Sterben, Gemäßen und ähnlichen Fällen. Geeignete Offerten unter O. 3 an die Expedition dieser Zeitung erbeten. 11086*

Revision! Wer sich über diese wichtige Angelegenheit unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Verbands gegen Revisionen, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierärztlichen Verein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Dieselben können auch Referenzen für Porträge in Arbeitsverträgen über Revisionen bestellt werden. Am gültigen Abend wird gegeben. 1616*

Weyerlegiton, Brodhans und alle andern Bücher kauft, beleiht Danneberg, Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. 1037K*

Umsonst Zahnziehen, Brunnensstraße 42. Täglich 9000 verschiedene Patienten. Dr. dental surgery, Hühner. 11428

Anfertigung eleganter Herrenanzüge, Teilzahlung gestattet. Wondberg, Kleine Frankfurterstraße 20a. 10985

Saal mit großer Theaterbühne und Garten verschiedene Sommerhäuser. Große Frankfurterstraße 74, I. 3. bei frei. 0636*

Steuerberatung! Gleich edungsb., Interdienten, Unfallkosten; Steuergerichte, Kartellangelegenheiten. 139/14

75 Pfennige! Steuerberatung, Gegendengänge, Kartellangelegenheiten, billige Schenkungen, Willkürsachen, Konvertierung, Zahlungsbelege, Verträge, Anwesen, Solingerstraße 141. 11405

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
 Blinder Studierlichter bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurück geliefert. Adresse: Mühlstraße 27, A.-Gäßer.

Stellenangebote.
 Tüchtige Instrumentenmacher auf Goldschmied u. werden verlangt. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter E. 3. an Expedition dieses Blattes.

Verling auf chemische, physikalische Glas-Instrumente sucht Karl Heerlein, Invalidenstr. 120. 11428

Perfektmacher und Kupferstecher gesucht. Pilsner-Mechanikfabrik Blumenstraße 77. 13/7*

Häcker, Wäcker, verlangt. Altkönigsberg, Neu-Weidensee, Vanghandstraße 4. 4127

Vorzelmaler sofort verlangt. Dresdenstraße 86. 13/9

Perfektmacherin, welche auch Anfertigungen machen kann, verlangt. A. B. Schulze, Draisstraße 185.

Cigaretten-Arbeiterin verlangt. Cigarettenfabrik, Rindstraße 54.

Werkstattlerin verlangt. Zeil, Kurze Straße 7. 139/14*

Knabenbuben-Arbeiterinnen verlangt. Ewaldstraße, Schöneberg, Brunnenstraße 128, Hof II. 11432*

Kartonschneider sucht 2. Arbeiter, Stahlstraße 28. 11365

Verbraucher auf Verpackung bei sofortigem Gehalt werden verlangt. Ehrlich u. Co., Wallstraße 57. [6199

Am Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Große Goldleistenfabrik sucht einen tüchtigen Beleger, der gute Beleger in gut erprobte übernimmt. Offerten unter J. N. 7795 an Rudolf Mosse, Berlin SW. erbeten.

Achtung! Achtung!
Modelltischler!
 Von der Union, Elektricitäts-Gesellschaft, Noabit, sowie von der Firma Ludwig Löwe, Maschinenbau, Eckert, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Friedrichsberg, und Schropp, Berliner Modellfabrik, Sankt-Nikolaus-Kloster, Juchmann, Eisenwerke, verleiht gute Modelle, auch landwirtschaftliche Modelltischler angefertigt. Den Modelltischlerien Kurzholt, Draisstraße 25, Dietrich, Schönebergstraße 52, und Garbe, Wallstraße 30, sind Beiträge aus der Union zugewandt.

Zuzug fernhalten!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 23. März. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokal-Kommission von Berlin und Umgegend, Änderungen und Renaufnahmen bis spätestens Freitag, den 14. März, einzusenden zu wollen: für „Teltow-Beestow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Weich, Johannisstr. 2; für „Nieder-Barnim“ an den Genossen Otto Niede in Friedrichsstraße, Victoriastr. 4; für „Potsdam-Ost-Spandau“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstraße 9; für „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Weitzen a. O., Frankfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14. Die Genossen werden ersucht, hier von Kenntnis zu nehmen und die Einsendungen umgehend zu machen, spätere Einsendungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Gleichzeitig teilen wir den Genossen mit, daß alle Anfragen und Befragungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der obigen Kreise werden im Abdruck ersucht. Die Lokalkommission.

Waidmannslust. Am Sonntag ist eine Volksversammlung bei A. Rubin. Die Genossin Ida Altmann spricht über „Die Bedeutung des 18. März für die arbeitende Bevölkerung“.

Wilmersdorf. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonnabendabend eine Flugblattverteilung zur Gewerbe-gerichts-Wahl stattfindet. Wir ersuchen um rege Beteiligung. Desgleichen findet am Sonntagabend um 8 Uhr in Bittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, eine Volksversammlung zur Gewerbe-gerichts-Wahl statt. Der Referent wird in dieser Versammlung bekannt gegeben. Außerdem erinnern wir an die Legitimations-schein zur Wahl am Montag, den 17., welche in allen Polizeireviere ausliegen und ersuchen die Genossen, sich rechtzeitig um dieselben zu bemühen.

Tokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde die zweite Lesung des Stadthaushalts-Etats für 1902 begonnen und gleich ein wichtiges Stück erledigt. Im ganzen wurden 21 Einzelartikel erledigt — von 31, die auf der Tagesordnung standen. Zu einer Debatte kam es nur bei wenigen Artikeln, aber die Verhandlungen zogen sich trotzdem wieder bis in die erste Stunde hin.

Bei den Schul-Etats brachten von unserer Seite Borgmann und Hoffmann eine Reihe von Mißständen im Gemeindefiskalwesen zur Sprache, die einen dringlichen Beweis dafür lieferten, mit wie verschiedenem Maße die Gemeindefiskalen und die höheren Lehranstalten gemessen werden, sobald der Kostenpunkt in Frage kommt. Der Magistrat, vertreten durch Stadtschulrat Gerstenberg, und seine Helfer aus den Reihen der Freiständigen ergingen sich in den üblichen Lobpreisungen des Berliner Volksschulwesens. Herr Gerstenberg mußte indes wenigstens das eingestehen, daß der von Borgmann gerügte Mißstand der Vereinigung verschiedener vorgebildeter Kinder zu gemeinsamen Unterrichtsstunden in einzelnen Fällen besteht. Eine Bemerkung Hoffmanns über die stiefmütterliche Behandlung, die die Volksschule in Berlin erfährt, rief schließlich noch Herrn Cassel auf den Plan, und man bekam nun noch einmal gründlich zu hören, wie viel Berlin für seine Gemeindefiskalen getan hat. Die Herren fanden an dem Gemeindefiskalwesen so sehr alles in bester Ordnung, daß sie selbst den von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrag auf Revision der Schüler- und Lehrerbibliotheken schlan ablehnten.

Beim Armenwesen gab der Obdach-Etat unserm Genossen Hoffmann Veranlassung, auf die Mißstände in der Hilfsstation für Geschlechtskranke hinzuweisen und hierbei kurz die Vorkommnisse zur Sprache zu bringen, durch die das städtische Obdach im vorigen Herbst so unliebbar von sich reden gemacht hat. Vom Magistrat, für den Stadtrat Fischbeck sprach, wurde angegeben, daß die Ausstellungen, die von sozialdemokratischer Seite an den Einrichtungen des Obdachs gemacht worden sind, für die Verwaltung ein Anlaß zu entsprechenden Abhilfsmaßnahmen gewesen sind. Wir können mit dieser Erklärung voll zufrieden sein.

Beim Gesundheitswesen beschäftigte sich Genosse Doktor Freundberg in einer eindrucksvollen Rede mit dem Mangel an Krankenanstalten, besonders an Anstalten für Säuglinge, begründete dann einen sozialdemokratischen Antrag, der für das Wartepersonal eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse fordert, und beleuchtete zuletzt noch den Mangel an Verpflegung. Nachdem der Magistrat durch den Mund der Stadträte Weigert und Straßmann geantwortet und Stadtverordneter Kämpf für die „Alte Linke“ einen Antrag auf weitere Ausdehnung der Schwefelnyllege begründet hatte, stimmte der unvermeidliche Cassel auch hier seinen Symmus auf die Grobgründigkeit und Unserbarmigkeit der Berliner Kommunalverwaltung an. Das Ergebnis der Debatte war die Annahme des Antrags Kämpf und die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags.

Gesundbeterer vierter Klasse.

Nicht nur in den vornehmen Quartieren des Westens blüht der Sport des Gesundbetens. Wie die Zuhörerinnen jener Damen, die aus dem Kartenlegen ein auch in den schlechtesten Zeiten profitables Gewerbe machen, sich aus den besten gestellten wie aus den hart um des Lebens Not kämpfenden Bevölkerungsschichten zusammenfinden, so hat auch die metaphysische Heilmethode unter Arm und Reich ihre Gläubigen. Neben den mit allem Komfort der Neuzeit ausgestatteten Absteigequartieren der auch am ärgersten Niumum anwendenden Bergweisung finden wir Gesundbetungs-Institute, in denen es nach Schwarzbrod riecht und arme Arbeiterfrauen von ihren Bedrängern Heilung suchen.

In unserm Vorort Pantow ist eine solche Heilstätte. Ein älterer Mann, wohl in den Sechzigern, bedient dort seine Anhängerschaft. Es sind überwiegend Frauen, die zu ihm kommen, aber auch Männer scheuen weder den Weg, noch die Blamage. Unser Gebetsheiler nennt sich ein „Gotteskind“ und waltet seines Berufs mit einem Eifer, der namentlich dem weiblichen Geschlecht bestens behagt. Seine Prozeduren verlaufen durchweg folgendermaßen:

Der alte Herr stellt zu Beginn ein grünlisches Inquisitionstuch über die Art des Leidens mit der Patientin an, läßt sich die Natur der Schmerzen schildern und kommt dann mit der Behauptung, daß die meisten Krankheiten durch den Leichtsin der verschuldeten seien, womit vor allem die Frauen sich Erklärungen zusäßen. Dann kommt etwas sehr Ueberraschendes. Ob Wäimlein ob Weiblein, ohne Gnade muß ein jeder, der vom Gotteskind gebittet sein will, sich entkleiden und zwar derart, daß der Wunderrichter mit der rechten Hand in der Gegend des Magens, mit der linken auf dem Rücken den bloßen Körper berühren kann. Das ist gewiß mancher Frau und manchem jungen Mädchen bedenklich, aber wer diese Cerimonie überstanden hat, versichert, daß sie so bezeugt vor sich gegangen sei, wie es die Umstände nur gestatteten. Während solches geschieht, sagt unser Heilfürst Gedeckformeln her, die von der Patientin nachgesprochen werden

müssen. Dann redet der wunderbare Heilige mit einem Verwandten oder guten Freund, der in ihm haust, aber so leise, daß selbst das gespannt laufende Ohr der neugierigen Kranken nichts Deutliches vernehmen kann. Diese Prozeduren dauern etwa 20 Minuten. Hierauf läßt der alte Herr die Hände vom Leibe der Leidenden und beschäftigt sich im besonderen noch mit dem kranken Körpertheil. Dann folgt ein Dankgebet an den Herrn Jesus Christus. Hiermit ist die Heilung aber noch nicht zu Ende. Die Kranke muß sich auf einen Stuhl setzen und das Gotteskind streicht mit den Händen den Körper entlang. Bei dieser Arbeit muß der Kranke sich auf den Händen des Wunderrichters hocken gelassen sein, denn er macht am Ende eine Geberde, als ob er irgend etwas Unangenehmes auf den Boden würfe. Dreimal wiederholt sich diese Manipulation. Dann wird die Kranke in die Knie des Gotteskinds geleitet, also sie eine Tasse „Thee“, der stark nach Baldriantropfen schmeckt, zu sich nehmen muß. Zum Schluß kommt der metallische Ruchgeschmack. Eine bestimmte Lage hat unser Menschenfreund nicht, doch ist er mit einer Mark etwa zufrieden.

Im Norden Berlins und in den nördlichen Vororten ist der billige Gesundbeter in Pantow weit und breit bekannt und der starke Zulauf, den er hat, legt Zeugnis davon ab, daß in unserem Zeitalter der sozialen Gegenjüge wenigstens ein Hand Arm und Reich, Vornehm und Gering eng umschließt: das des Aber-glaubens.

Wie soll auch Aufklärung unter Leute kommen, deren einzige Refürre die vollstündig imparteiische Presse bildet, die jeder ernsthaften Letztere schon aus dem Wege gehen? Auch die Gesundbeterer vierter Klasse lehrt, ein wie großes Agitationsfeld unsern Parteigenossen und Genossinnen noch in nächster Nachbarschaft unbedeckt liegt.

In der gestrigen Sitzung des Staats-Ausschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langerhans wurde der Special-Etat 88 (Personal-Besoldung) an den Magistrat zurückverwiesen bezw. Änderungen derjenigen Positionen, die Gehaltserhöhungen gegen die bisherigen Normativbestimmungen enthalten. Die Besoldung dieses Etats ist bis zum Eingang eines neuen Etats verstat. Bei der Etatberatung der Geschäftsbedürfnisse, die genehmigt wurden, ist der Antrag auf Einführung von Erkennungs-marken für die Stadtverordneten, ähnlich den der Polizeibeamten, zurückgewiesen worden. Die Beratung des Etats für die städtische Waisenpflege gab zu einer Erörterung über die Kindersterblichkeit Veranlassung. Es wurde mitgeteilt, daß die Sterblichkeit im Kinderzahl auf 10 Proz. zurückgegangen ist, also erheblich geringer ist als in der Säuglingsstation, wo sie etwa 88 Proz. betragen soll. Beim Feuerwehr-Etat wurde das Anfangsgehalt der Feuerwärter auf 1200 M. erhöht, das Höchstgehalt auf 1600 M. zu erreichen in 14 Jahren vom Diensteintritt ab in vier Stufen. Die Spritzenwärter sollen ebenfalls 1200 M. und nach 20 Dienstjahren 1300 M. erhalten; es sind nur 84 Spritzenwärter vorhanden und neue nicht mehr eingestellt. Das Anfangsgehalt der Ober-Feuerwärter wird auf 1600 M. und das Höchstgehalt auf 2000 M. festgesetzt, zu erreichen nach zwölfjähriger Dienstzeit.

Zum Milchrieg erhalten wir vom Stuhldes des Deutschen Milchpächter-Verbandes, Herrn Rechtsanwalt Dr. Ludwig Platan eine Zuschrift, in der die Richtigkeit verschiedener angeblich von Herrn Volke aufgestellten Behauptungen bestritten wird. Es ist wichtig, so schreibt Herr Dr. Platan, daß die Vertreter des Milchhandels Herrn Volke gegenüber erklärt haben, es fehle zum 1. April dem Milchhandel 130 000 Liter Milch. Im Gegenteil wurde auch nach dem Bekanntwerden des Separatfriedens von den Milchhändlern betont, daß gerade sie selbst für die Zeit nach dem 1. April Milch genug hätten, um den Bedarf ihrer Kunden zu befriedigen. Der trostlose Zustand der Milchzentrale, den die Meierei Volke noch zuletzt hervorhob, ist der beste Beweis dagegen, daß ein Quantum von 130 000 Litern dem Milchhandel in Berlin fehle, zumal umgekehrt mit dem 1. April ein beträchtlicher Zufluß neuer ringfreier Milch bevorsteht und selbstredend nach der Kapazität der Centrale vor Herrn Volke kein Mitglied der Milchzentrale an den Preis von 13 1/2 Pfennig gebunden ist. Nachdem die Milchzentrale dem selbst in den Streifen ihrer Genossen befehlachten Herrn Volke die Milch zum Preise von weniger als 12 Pf. verpackt hat —, hat sie ein für allemal darauf verzichtet, mit Konventionalstrafen gegen irgend eines ihrer Mitglieder huzuzubringen, das jetzt den Preis der Milchhändler acceptiert und freihändig verpackt. Diese für die Milchzentrale verhängnisvolle Konsequenz des Separatfriedens mit Herrn Volke ist der eigentliche Grund, weshalb das Abkommen gerade vor den Milchproduzenten abredemäßig geheim gehalten werden sollte. Die Vertreter der Meierei Volke haben deshalb noch am Montag an die Vertreter der Milchhändler die — unter den gegenwärtigen Umständen allerdings — rührende Bitte gerichtet, dieselben möchten über den Vertrag mit Ring-Einstichweihen bewahren: die Meierei Volke betrachte sich noch immer als Verbündete des freien Milchhandels. Schließlich sei betont, daß vor dem Milchkrieg das traurige Bündnis der Meierei Volke unter Ehrenwort geschlossen worden ist. — So Herr Rechtsanwalt Dr. Platan.

Die Magistratskommission, die mit geeignet erscheinenden Vaugenossenschaften wegen Gewährung von Beihilfen im Sinne des Stadtverordneten-Beihilfengesetzes vom 22. März v. J. verhandeln und dem Magistrat entsprechende Vorlagen über Maßnahmen zur Verringerung der Wohnungsnot unterbreiten soll, hat gestern unter dem Vorsitz des Ober-Bürgermeisters beschlossen, dem Gemeinnützigen Verein zum Von billiger Wohnungen Hypothek gegen geringen Zinsfuß zu gewähren.

Die neuen Briefmarken. Zu der Einführung der neuen Einheitsbriefmarken am 1. April hat das Reichs-Postamt soeben umfangreiche Einzelbestimmungen erlassen, von denen die folgenden von allgemeinem Interesse sind. Die Ausgabe der neuen Briefzeichen und der Luantich gegen alte beginnt am 20. März früh. Vor dem 20. März sollen die Briefzeichen nicht in die Hände des Publikums geraten. Das Publikum wird in den Tagen vom 20. bis 31. März beim Einlaufen von Briefzeichen darauf aufmerksam gemacht, daß die Marken nur bis zum 31. gelten. Umgetauscht werden auch die Marken von 1889 und von Württemberg. Für Formulare, die von Privatpersonen hergestellt und mit Frankostenpel versehen sind, werden Freiemarken ausgegeben. Die am 1. April den Briefposten entnommenen Sendungen mit alten Briefzeichen werden ohne Nachlage befördert. Im übrigen werden die Sendungen, die vor dem 1. April mit neuen Briefzeichen oder nach dem 31. März mit alten frankiert sind, nach Möglichkeit an die Absender zurückgegeben, damit sie die Sendungen mit den richtigen Briefzeichen versehen können. Wo dies ohne Verzögerung nicht geschehen kann, so sollen auch die mit unrichtigen Briefmarken versehenen Sendungen bis auf weiteres ohne Nachlage befördert werden. Besonders gilt dies von Sendungen, die im Briefkasten gefunden werden. Die Bestimmungs-Postanstalten händigen die falsch frankierten Sendungen ohne Nachlage aus. Es ist nicht recht einzusehen, wozu solche Verlauterungen notwendig sind. Man lasse doch die jetzigen Marken noch eine Weile, die ja nicht allzu lang ausgedehnt zu werden braucht, Geltung behalten.

Zeitungsbestellung. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß Zeitungsbestellungen und Abonnements-gelder von den Briefträgern entgegengenommen werden. Die Quittungen der Briefträger erkennt die Post als rechtsgültig an. Auch können Zeitungen ganz formlos schriftlich bestellt werden. Man

schreibt auf einen einfachen Zettel: „Ich bestelle die (gewünschte) Zeitung und bitte um Abholung des Geldes durch den Briefträger.“ (Unterschrift). Diesen Zettel kann man ohne Umschlag und ohne Briefmarke in den nächsten besten Briefkasten werfen; die Post besorgt dann das Weitere.

Entbehrungslohn. Dießigen Blättern wird berichtet: Der Lieutenant a. D. Röder in Lichtenberg, welcher als Amtsvorsteher mit der Bekämpfung der Socialdemokraten und Freiwillichen wenig Glück hatte, ist ohne Zweifel ein sehr glücklicher Speculant. Er hatte vor Jahren das Rittergut Lichtenberg und bäuerlichen Grundbesitz in der Nähe des Ritterguts für billiges Geld erworben. Im Durchschnitt dürfte er den Morgen des Ritterguts, welches circa 1000 Morgen groß war, mit 7—800 M. bezahlt haben; von bäuerlichen Besessenen hat er außerdem noch über 100 Morgen für circa 750 M. pro Morgen aufgekauft. Röder hat mehrere neue Straßen auf seinem Terrain angelegt und bereits für mehrere Millionen Mark Land verkauft. Er verlangt und erhält pro Acre in letzter Zeit schon 600 bis 1000 M. Während er den Morgen Land mit 700—800 M. bezahlt hat, bekommt er mithin dafür nach Auflegung einer Straße 70 000 bis 80 000 M. Den Winter bringt Röder mit seiner ganzen Familie meistens im Süden zu, während er im Sommer nach seinem Rittergut zurückkehrt. — Hätte früher Berlin das Rittergut Lichtenberg, welches öffentlich für ca. 950 000 Mark versteigert worden war, erworben, so hätte die Hauptstadt ein glänzendes Geschäft gemacht.

Ueber die Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe an den Oster- und Pfingstfeiertagen erläßt der Polizeipräsident für die Stadtteile Berlin, Charlottenburg und Niddorf folgende Bestimmungen: I. Am ersten Oster- und Pfingstfeiertage d. J. dürfen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen beschäftigt werden: a) im Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaren, sowie mit Konfitüren von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags; b) im Handel mit Fleischwaren von 5 bis 10 Uhr vormittags; c) im Handel mit Rosental- und Vorloftwaren, sowie Brennmaterialien, mit Bier und Wein, Tabak und Cigarren von 8 bis 10 Uhr vormittags; d) im Handel mit Blumen von 7 bis 10 Uhr vormittags und 12 bis 2 Uhr nachmittags; e) im Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen von 7 1/2 bis 10 Uhr vormittags; f) in der Zeitungs- und Druckerei von 4 bis 9 Uhr vormittags. II. Am zweiten Oster- und Pfingstfeiertage finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagstruhe im Handelsgewerbe Anwendung.

Die elektrische Hoch- und Untergrundbahn hat am Dienstag, dem ersten Tage des Betriebes auf der ganzen bis jetzt ausgebauten Strecke, nach vorläufiger Feststellung 54 000 Personen befördert, ein Ergebnis, das noch den zweiten Sonntag nach der Eröffnung der Oststrecke übertrifft. Demals wurden einige wenige mehr als 53 000 Personen befördert. Die Betriebseinnahme der ganzen Bahn betrug am letzten Dienstag über 6000 M. — Die erste Untergrund-Bahnhofswirtschaft in Berlin wird die Haltestelle Potsdamer Platz erhalten.

Uebereil des Uebereilts. Der „Inoffizielle Chemann“ Koppel, der am Wolzogenschen Theater angestellt war, hatte vielfach Nebenberufe mit dem Geschäftsführer Kustat und verließ das Uebereilts zu derselben Zeit, als ihm Strauß und die Wacht unterworfen wurden. Während diese infolge eines gerichtlichen Urteils schließlich zurückkehrten, blieb Herr Koppel dauernd fern. Herr v. Wolzogen, der in jenen Tagen wohl etwas gereizt sein mochte, schrieb demnach an den Sänger einen Brief, der mit wenig freundlichen Worten also begann: „Mein Herr! Der infame Vadenstreich, zu welchem Sie sich, wie ich wohl richtig vermute, nicht ohne Beeinflussung durch Ihren ehrenwerten Freund Strauß haben hinreichend lassen, frecht Sie aus der Liste der anständigen Menschen. Ich werde nicht verfehlen, meinen sämtlichen Mitgliedern von Ihrem gemeinen Vorgehen Mitteilung zu machen, und Sie sind für meine Damen und Herren sowie für mich gesellschaftlich tot.“ Dieser Einleitung folgten Auseinandersetzungen über den Wogang Koppels und die Anklage der Klage. Herr v. Wolzogen teilte aber auch von der Bühne herab dem Publikum mit, was ihm mit dem Sänger passiert sei. Die Zuschauer waren verschiedener Meinung; die einen klatschten und die anderen züchteten. Herr Koppel aber paßt dieser Uebereilts nicht. Während Herr Strauß die Klage, die er durch Rechtsanwalt Dr. Hugo Marcuse anstrengen wollte, fallen ließ, als er zum Uebereilts zurückkehrte, citiert er Herrn v. Wolzogen vor den Richter. Heute, Freitag, vormittag wird die Beleidigungs-klage vor dem Schöffengericht zu Roabit im Zimmer 76 verhandelt.

Schwer verunglückt ist durch einen Zufall der Schlosser Otto Henning auf dem Wege an dem Reibau Kurfürstendamm 107 vorbei. Ein Arbeiter, der im vierten Stock den Schiefer vom Gerüst legte, sagte einen Plasterstein mit und dieser fiel Henning gerade auf den Kopf und zertrümmerte ihm den Schädel. Der Verunglückte liegt im Charlottenburger Krankenhaus schwer darnieder.

Drei Mitglieder einer Falschmünzerbande sind vorgestern abend gegen 8 Uhr nach stundenlanger Verfolgung in der Vinfstraße festgenommen worden. Der Kriminalschutmann W., welcher vorgestern nachmittag in Steglitz weilte, bemerkte in der Schloßstraße drei Männer, von denen zwei von Zeit zu Zeit in Geldbörsen verschwand, während der dritte beobachtend auf der Straße blieb. Der Beamte glaubte anfänglich, daß es sich um Bettler handle, sah jedoch, daß sie Gegenstände kauften und sich ihrer auf der Straße in unaußfalliger Weise entledigten. Hierdurch kam er auf die Vermutung, daß die Menschen Falschmünzer seien und den Betrieb der Falschmünzerei bewirkten. Er verfolgte die drei durch Wilmersdorf und Friedenau bis Schöneberg, wo sie gegen 1/8 Uhr abends einen Straßenbahnwagen nach der Vinfstraße bestiegen. Zwei der Männer begaben sich in das Innere des Wagens, während der dritte auf der hinteren Plattform stehen blieb. Der Beamte nahm nun auf dem Vorderperron Aufstellung und rief am Rossendorferplatz unbemerkt einen uniformierten Schutzmann zu Hilfe, der nun ebenfalls den Vorderperron bestieg. Die Verdächtige, die sich untereinander in russischer Sprache unterhielten, machten im Straßenbahnwagen Kasse und verteilten das Geld in verschiedene Taschen ihrer Kleidung. Bei der Ankunft an der Endstation in der Vinfstraße trennten sich die drei. Der eine begab sich in eine Klemmerei, der zweite in eine Restauration, während der dritte auf der Straße „Schniere“ fand. Der Schutzmann folgte dem ersten Falschmünzer in das Klemmergeschäft und verhaftete ihn dort, während seine beiden Komplizen, die von dem Kriminalbeamten beobachtet wurden, die Flucht ergriffen. Sie kamen jedoch nicht weit; vor dem Hause Linstr. 3 konnte ihre Festnahme vorgenommen werden. Es wurden bei ihnen eine größere Anzahl von falschen Markstücken vorgefunden.

Straßensperrung. Die Bernauerstraße von der Brunnenstraße ausschließlich Streckendamm bis zur Streitstraße einschließlich des Streckendamms wird behufs Umfassung vom 17. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Wickestraße zwischen der Bremer- und Emdenerstraße am 17. und 18. d. M.

Werte im Werte von 50—60 000 M. haben Diebe gemacht, die in letzter Nacht dem Uhren- und Juwelierladen von L. R. Rosenthal Nachfolger in der Königsstr. 50 einen Besuch abstatteten. Sie sind von Dose aus nach Zerrückung eines Fensters in den Keller hinabgestiegen, haben dort Kisten über einander gestellt und die Decke nach dem Laden hin angehoben. Im Laden haben sie dann mit großer Sachkenntnis unter den vorhandenen Juwelen, Ringen, Ketten und Uhren ausgewählt. Gegen-

stände von größerem Umfange, Polale, Kefche und dergleichen verschmähten sie, ebenso Silber- und Kidelwaren. Selbst goldene Uhren, die auf dem Zifferblatte die Photographie des Kaisers Friedrich und Bismarcks trugen, blieben unberührt, weil sie leicht zur Entdeckung führen könnten. Der Wert der gestohlenen Gegenstände kann zwar erst nach ausgenommener Inventur genau festgestellt werden, wird aber schon jetzt auf 50-60 000 M. geschätzt. Von den Dieben fehlt noch jede Spur.

Zum Umzugstermin teilt das Polizeipräsidium mit: Mit Bezug auf die Polizeiverordnung vom 26. März 1870, betreffend die Umzugstermine beim Wohnungswechsel („Intelligenzblatt“ Nr. 74 vom Jahre 1870), wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der am 1. April d. J. beginnende Umzug bei kleinen, höchsten aus zwei Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an denselben Tage, bei mittleren, aus drei oder vier Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. April, mittags 12 Uhr, bei großen, mehr als vier Wohnzimmern umfassenden Wohnungen am 3. April, mittags 12 Uhr, beendet sein muß.

Vor dem Hause Burgstr. 25/26 wurde am Donnerstag die Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden und nach dem Schauhause gebracht. Ob das Kind gelebt hat und, eines gewaltsamen Todes gestorben ist, bedarf noch der Feststellung.

Ueber einen verurteilten Kindermord in der Wiltschstraße 55 wird mitgeteilt, daß ein drei Monate altes Pflanzkind, das der Arbeiter Otto Kehr zu erziehen versuchte, dem Waisenhause übergeben worden ist. Es ist das Kind eines Mädchens, mit dem Frau Kehr früher in einer Gastwirtschaft zusammen diente. L., ein Mann von 34 Jahren, der nur gelegentlich auf Kohlenplätzen arbeitet und dem Trunk ergeben ist, ärgerte sich darüber, daß seine Frau das Kind in Pflege genommen hatte, und wollte es beiseite schaffen. Seine Frau hatte es gestern einer Nachbarin W. übergeben, als sie ausgehen mußte. Als nun L. nach Hause kam, sollte er die Wahrung übernehmen, da Frau W. einen Gang zu machen hatte. Diese Gelegenheit wollte er benutzen, um das Kind unzugänglich, indem er es in Lumpen einwickelte, es ins Bett legte und sich drauf legte! Zum Glück kam Frau W. noch rechtzeitig zurück und holte einen Schutzmantel, der den verrecklichen Patron verhaftete.

Mit Cleim vergiftet hat sich Mittwochmittag die 55 Jahre alte Arbeiterfrau Katharine Küster. Sie lebt seit einem Jahre von ihrem Manne getrennt und mußte daher selbst für ihren Unterhalt sorgen. Vor zwei Monaten wurde sie arbeitslos, und bald kam sie so sehr herunter, daß sie niemand mehr beschäftigen mochte. Gestern verließ sie ihre in der Langestraße belegene Wohnung, verschaffte sich Cleim und trank davon. In der Landberger-Allee wurde sie von der Polizei aufgefunden und schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht.

Seltene Pfandscheine sind einem 33 Jahre alten Reinhold Tredopp abgenommen worden, der in der Kantstr. 19 ergriffen wurde, als er mit einem entkommenen Helfershelfer dabei war, den Schaufenster eines Goldwarenhändlers zu leeren. Beide Scheine sind zu Alexandria ausgestellt, der eine am 14. April 1869 auf den Namen Menopolis, der zweite auf Athonopolis am 23. Mai desselben Jahres. Es wäre auch für die Kriminalpolizei von Charlottenburg interessant zu erfahren, wie wohl der Einbrecher zu den Pfandscheinen gekommen sein mag. Auskunft kann vielleicht deren Eigentümer geben.

Zu der Aufhebung einer Mädchenhändlerbande, über die wir berichtet, wird noch folgendes mitgeteilt: Der „Cigarettenmacher“ Reichard Wandler ist noch nicht ermittelt. Es wird vermutet, daß er sich unter einem falschen Namen in Warschau aufhält. Seine Schleppein, Chale Freilich, die festgenommen wurde, ist ein Frauenzimmer, das in Warschau unter Kontrolle stand. Zum Teil holte sie ihre Opfer auch aus diesen Kreisen. Das Mädchen, das sie zuletzt hierher schleppte, eine Wägrige Liba Ribow, ist bis zur Beendigung des Prozesses von der Polizei in einem heftigen Heim untergebracht worden. Die Unglückliche ist vollständig mittellos. Die Schleppein überredete sie, mitzukommen, wie sie ging und stand. Da die Ribow hoffte, so viel zu verdienen, daß sie auch ihrer armen Mutter etwas zukommen lassen könnte, trat sie die Reife an. Die Schleppein, die mit ihrem Reichtum geprahlt hatte, befand in der That 12 000 M. Wandler selbst hielt sich auch wiederholt in Warschau auf, um sich die „Ware“ anzusehen. Seine Schwester, die mit ihm Mitleid war, wurde festgenommen, als sie noch einmal nach der Wohnung in der Schönhauser Allee 150 zurückkehrte. Frau Wandler, die ebenfalls der Teilnahme an dem schändlichen Handel verdächtig ist, hat man mit Rücksicht auf ihre vier kleinen Kinder auf freiem Fuß gelassen.

Durch nächtliche Schießerei verübte der polizeilich gesuchte wohnungslose Schlächtergehilfe Emil Peps heute nacht in der Gormannstraße einen schlimmen Mord. Durch einen Schußmann verfolgt, lief Peps durch die Lotzbringerstraße nach dem Kreuzauer Thor zu, als ihn der durch das Rotalnahl des verfolgten Beamten herbeigerufene Schutzmann Franke entgegentrat. Auf diesen feuerte Peps einen Schrotladung ab und verletzte ihn bedeutend im Gesicht. Der Beamte fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme. Peps, der noch zwei Schüsse abfeuerte, ohne jedoch zu treffen, wurde in der Straßburgerstraße festgenommen.

Städtische Taubstummschule. Im „Gemeindeblatt“ macht die Schuldeputation bekannt, daß Eltern und Vormünder taubstummer schulpflichtiger und noch nicht eingeschulter Kinder diese zum bevorstehenden Sommersemester bis spätestens 1. April cr. bei dem Direktor Guymann, Markstr. 49, anzumelden haben. — Die städtische Taubstummschule hat gegenwärtig 15 Klassen mit einer Vorklasse, in welcher kleine taubstumm Kinder unter 6 Jahren Aufnahme finden und von erfahrenen Lehrkräften für den Schulunterricht vorgebildet werden. — Mit der Schule ist auch eine Fortbildungsschule für Taubstumme verbunden, die den Zweck hat, den erwachsenen Taubstummen die in der Schule erlangte Beschäftigung, mit Hörenden in der Lautsprache zu verlernen, durch regelmäßige Uebungen im Sprechen und Schreiben zu erhalten, sowie ihre Schulbildung zu sichern, zu ergänzen und mit dem praktischen Leben in engere Beziehung zu bringen. Der Unterricht ist unentgeltlich. Zur Zeit zählt die Fortbildungsschule 6 Klassen: 4 für Jünglinge, von denen eine von Gesellen und Gehilfen besucht wird, und 2 Klassen für junge Mädchen. Anmeldungen zum bevorstehenden Sommersemester nimmt der Leiter der Fortbildungsschule, Direktor Guymann, Markstr. 49, täglich entgegen.

Feuerbericht. Donnerstagsvormittag 7 Uhr wurde die Wehr nach der Großen Frankfurterstr. 33 gerufen, wo im ersten Stock des Vorderhauses ein Brand abzulischen war, der den Fußboden und die Wollenlage ergreifen hatte. Mittwochabend gegen 7 Uhr kam in der Büchlingstr. 16 in einer Küche ein großes Feuer aus, das in der Hauptsache Möbel, Kleidungsstücke und den Fußboden einäscherte. Auch ein Hund kam in den Flammen um. Die Wehr hatte längere Zeit mit einem Kohre Wasser zu geben, um den Brand auf die Küche zu beschränken. Gegen Mitternacht waren in der Badzechr. 13 in einem Konservenlager Kisten, Holzwohle und Regale in Brand geraten. Auch hier bedurfte es längerer Arbeit, um die Flammen zu ersticken. Außerdem hatte die Wehr noch Alarmierungen von der Ahlestr. 9 und Stralauer Platz 89 zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich indes nur um kleinere Wohnungsbrände, die Wäsche, Gardinen und Kleidungsstücke beschädigten, aber in kurzer Zeit abgelöscht werden konnten.

Aus den Nachbarorten.

Steglich. Der Vorschlag der Gemeinde pro 1902 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 700 000 M. gegen 682 000 M. des Vorjahres ab. Der Einkommensteuer-Zuschlag von 100 Proz. soll 252 800 M. bringen, 10 300 M. mehr als 1901. Die Grundsteuer, 220 M. pro Tausend vom gemeinen Wert, bringt 209 000 M., ein Mehr von 15 400 M. gegen 1901, wobei der Gesamtwert der Grundstücke auf 95 Millionen, 7 Millionen höher als im Vorjahre angenommen ist. 183 1/3 Proz. der Gewerbesteuer sind mit 18 600 M. eingelegt.

Von den Ausgaben entfallen 175 000 M. = 25 Proz. auf Verwaltungskosten (Gehälter, Bureau- und polizeiliche Unkosten), 191 000 M. = 27 1/2 Proz. auf Verzinsung und Tilgung der Gemeindefuldern, 26 200 M. = 3,7 Proz. auf Kosten der öffentlichen Armenpflege, 56 800 M. = 8 Proz. auf Unterhaltung und Beleuchtung der Straßen und 222 404 M. = 31,7 Proz. auf Schul- und Unterrichtsanstalten. Der Gemeindefiskus beiträgt für Realschule und Gymnasium 86 431 M. = rund 8 1/2 M. pro Kopf des Schülers, für die Gemeindefschule 131 179 M. = 63 M. pro Kopf des Schülers. Für das Gewerbegericht sind 1000 M. eingelegt, außerdem ist beabsichtigt, entsprechend den von sozialdemokratischer Seite erfolgten Anregungen die ständige Brandwache zu verstärken, zunächst sind aber nur für weitere 2 Mann 1041 M. mehr eingelegt.

Gerihts-Zeitung.

Der Inhaber eines Privat-Detektivinstituts, Adolf Diede, stand gestern unter der Anklage der Urkundenfälschung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Im Herbst vorigen Jahres erschien bei dem Angeklagten die Hausbesitzerin Frau W., legte ihm eine große Anzahl anonym Postkarten beleidigenden Inhalts vor und beauftragte ihn, den Schreiber der Karten zu ermitteln. Sie erklärte dabei, daß sie den Militärinvaliden Knop, der bei ihr gewohnt habe und im Anfrieden von ihr geschieden sei, für den Thäter halte. Diede folgte zunächst dieser Spur und nahm zu einer List seine Zuflucht, um in den Besitz eines Schriftstückes zu gelangen, welches anerkanntermaßen von Knop geschrieben war. Er bot demselben eine Stellung als Detektivbeamter in seinem Institut an und forderte ihn auf, seine Bewerbung nebst Zeugnissen einzusenden, wenn er auf eine solche Stellung reflektiere. Der Angeklagte nannte sich in seiner Zuschrift „Dietrich“ und verlangte unter dieser Adresse postlagernd Antwort. Knop ging in die Falle. Sein Antwortschreiben diente als Belastungsmaterial gegen ihn in der Strafsache wegen Beleidigung. Die Sachverständigen begutachteten, daß der Schreiber der beleidigenden Postkarten mit demjenigen des Antwortschreibens an den angeblichen Dietrich identisch sei. Knop wurde darauf wegen Beleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Im Termine kam zur Sprache, daß Diede sich einen falschen Namen beigelegt hatte, auf Antrag Knops wurde gegen denselben Anklage wegen Urkundenfälschung erhoben. Er wurde gestern vom Rechtsanwalt Leonh. Friedmann verteidigt, der eine Karte vorlas, die dem Aufseher nach aus von der Hand des Zeugen Knop herrührte und folgenden Wortlaut hatte: „O Detektiv, o Detektiv, die Sache geht jetzt wirklich schief. Der Meier und der Dominik, die drehen Dir den Galgenstrick, o Dietrich, o Dietrich, Dir geht es noch mal fürchterlich!“ Der Zeuge Knop erklärte unter seinem Eide, daß er nicht der Verfasser dieser Karte sei. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten schon deshalb nicht für strafbar, weil ihm das Rechtsmidrige seines Thuns nicht benügt gewesen sei und der Verteidiger führte des weiteren aus, daß der Angeklagte sich eines falschen Namens bedienen mußte, um zu verhüten, daß der Zeuge, von dem er doch gerade etwas Schriftliches in Händen haben wollte, seine Bewertung nicht mündlich im Bureau vortragen würde. Die Polizei bediene sich oft ähnlicher Mittel, um einen Thäter zu belassen, aber niemals sei darin eine Urkundenfälschung gefunden worden. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und sprach den Angeklagten frei.

Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 3. Berliner Wahlkreis hielt am 11. März bei Feuerstein eine Versammlung ab, in welcher Genosse Kallisti über: „Die Legende vom socialen Verständnis des Bürgertums“ referierte. Redner wandte sich gegen die von einigen socialistischen Theoretikern vertretene Auffassung, daß eine donernde Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter vor sich gehe und sich das sociale Verständnis des Bürgertums erweitert habe. Er stellte sich hierbei im wesentlichen auf den Standpunkt Kautskys. Während des wirtschaftlichen Aufschwungs hätten nur vereinzelte Schichten der Arbeiterklasse ihre Lage verbessern können und unter der Ducht der augenblicklichen wirtschaftlichen Krise sei überall ein Rückgang eingetreten. Jahrelanger Kämpfe in besserer Zeit werde es bedürfen, bevor der Schaden einigermaßen wieder gut gemacht sei. Und durch Lohnreduktionen, Eingeringung der Arbeitszeit, beweiße das Unternehmertum sein angebliches sociales Verständnis. Einzelne Ideologen zählten überhaupt nicht mit. Wenn in den Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs keine Lohnhöhdungen und Kürzungen der Arbeitszeit im Wege gütlicher Vereinbarung zu stande gekommen, wenn Arbeitgeber-Organisationen mit den Verbänden der Arbeiter verhandelt und Verträge geschlossen, dann sei dies nicht auf vernünftiges sociales Verständnis, sondern lediglich auf eine geschäftliche Kalkulation der Unternehmer zurückzuführen. Man habe sich nur gefragt, ob man bei einem Kompromiß oder bei einem Vertragsstillschluß unter den gegebenen Verhältnissen mehr gewinnen oder verlieren werde. Im weiteren zeigte Redner an vielen Beispielen, daß die bürgerlichen politischen Parteien, der Freiheit eingeschlossen, sich nicht nur nicht demokratisieren, sondern immer reaktionärer würden. Redner kam zu dem Schluß, daß in den nächsten Jahren die rein politische Arbeiterbewegung das Uebergewicht haben werde. (Lebhafter Beifall) Zur Diskussion meldete sich niemand.

Im sozialdemokratischen Verein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt Reichstags-Abgeordneter Schaunlich vor einer gut besetzten Versammlung in Ledders Salon einen Vortrag über: „Die Thätigkeit der Socialdemokratie im Stadterordneten-Kollegium“. Einleitend führte der Redner aus, daß die sozialdemokratische Fraktion im Stadterordneten-Kollegium bei ihrer gegenwärtigen Kopfzahl schon einen ziemlich weitgehenden Einfluß ausübe. Die bisherige glänzende Entwicklung der Socialdemokratie biete eine Gewähr für weitere Fortschritte. Nicht allein die dritte Abteilung müsse voll erobert werden, es sei auch nicht unmöglich, in der zweiten Abteilung Siege zu gewinnen. Um aber die Principien unserer Partei wirklich zur Geltung zu bringen, sei es notwendig, daß das politische Niveau der Bevölkerung weiter gehoben werde, wozu ein guter Schulunterricht erforderlich sei. Der Referent giebt dann des weiteren eine interessante kritische Darstellung über die Verhältnisse, die auf den verschiedenen Gebieten der städtischen Verwaltung herrschen, im Schulwesen, in der Armenpflege, der Krankenpflege usw., zeigt, was durch den sozialdemokratischen Einfluß erreicht wurde, welche weiteren Forderungen zu stellen sind, und spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß Thätigkeit und Beharrlichkeit auch in dieser Hinsicht zum Ziele führen müsse. Das A und das O aber sei, daß der Einfluß der Partei in Stadt, Gemeinde und Reich immer mehr gestärkt, ihre Vertretung vermehrt werde. — Dem mit regem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion, in der Davidsohn auf den großartigen Waffensieg in Bremerhaven hinweist. — Zur Aufnahme hatten sich 21 Genossen gemeldet.

Die Arbeiter hielten am Mittwoch bei Jannasch 1, Inselstraße, eine öffentliche Versammlung ab, um zu den Maßnahmen der Juningung Stellung zu nehmen. Wie berichtet wurde, haben die Unternehmer nunmehr die schon längst geplanten besonderen Maßregeln gegenüber den Arbeitern beschlossen und angeblich zur Abwehr des Arbeiterstreiks und der in Aussicht stehenden allgemeinen Lohnbewegung der Kapazitäten Vereinbarungen getroffen, wonach bei einer Konventionstrafe von 50 bis 1000 M. die Forderungen der Arbeiter nicht anerkannt werden dürften. In einem Circular an die Juningungsmittglieder wird der Streik als frivol und als eine von den Arbeitern willkürlich inangeführte Maßnahme bezeichnet. Die Unternehmer werden darin aufgefordert, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen und die eben, bereits gegebene Unterschrift, den Arbeiter-Tarif anzuerkennen, zurückzugeben. Sie wie bereits berichteten, ist zu diesem Zweck auch eine Kommission eingesetzt worden, die mit ihrer Thätigkeit bisher allerdings recht wenig Erfolg erzielt hat. Es haben zwar einige Unternehmer ihre Unterschriften zurückgezogen, aber bis auf einen

nur solche, die mittlerweile mit der von ihnen übernommenen Arbeit fertig geworden sind und von denen zu erwarten ist, daß sie bei neuer Arbeit den Tarif wieder anerkennen und froh sein werden, wenn sie die notwendigen Arbeitskräfte erhalten. Nach diesem Circular haben die vereinigten Juningungsmänner nicht nur beschloffen, die „frivolen Forderungen“ der Arbeiter zurückzugeben, sondern sich auch verpflichtet, gegenseitig durch Ueberweisung von Arbeitskräften zu unterstützen. Trotz des bestehenden patriciatischen Arbeitsnachweises sind von den Unternehmern sogenannte Meldestellen eingerichtet, von wo aus die braven „Arbeitswilligen“ vermittelt werden sollen. — Außer den bereits erwähnten Maßnahmen soll nach berühmtem Muster auch noch die Aufstellung „schwarzer Listen“ beabsichtigt sein und es wird vermutet, daß sich solche Listen bereits im Umlauf befinden, um die Einstellung der arbeitsfähigen Arbeiter zu verhindern. Auch an die Auid-schaft ist seitens der Unternehmer ein Circular verandt worden, in dem dieselbe mit dem Hinweis auf die Lohnbewegung ersucht wird, in der Zeit vom 10. März bis 15. April nur die allerdringendsten Arbeiten zu verlangen und alle übrigen hinauszuschieben. — Das ganze Gebahren der Unternehmer kann wirklich nur den Zweck haben, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen; denn thatsächlich handelt es sich nicht um frivole Forderungen, wie von den vereinigten Unternehmern behauptet wird, sondern lediglich um die allgemeine Durchföhrung der früher bereits als berechtigt anerkannter Lohn- und Arbeitsbedingungen. Daß die Juningung die Verlängerung des bisherigen Vertragsverhältnisses abgelehnt hat, beweist ja zur Genüge, worauf es ihr ankommt; sie will geregelte Lohnverhältnisse unmöglich machen und den Unternehmern das Recht einräumen, gegenüber den Arbeitern ganz nach Willkür zu verfahren.

Der Stand des Streiks der Arbeiter ist, wie berichtet werden konnte, ein günstiger. An der Bewegung haben sich bisher insgesamt 331 Arbeiter beteiligt, wovon bereits 245 bei 75 Firmen, welche unterschiedlich bewilligten, zu den neuen Bedingungen arbeiten. Streikende sind abgesehen der Kranken, Arbeitslosen, Abgereisten usw. eigentlich nur noch 42 vorhanden. 20 Unternehmer haben bis jetzt noch nicht bewilligt, bezw. die Bewilligung zurückgezogen. Nach einer längeren Diskussion, in der das Verhalten der Unternehmer einer lebhaften Kritik unterzogen und zur heftigen Durchföhrung der aufgestellten Forderungen aufgefordert wurde, wurde einstimmig beschlossen, den Streik so lange fortzuführen, bis sämtliche in Frage kommenden Unternehmer den Tarif anerkannt haben.

Eine öffentliche Tischler-Versammlung, die am Mittwoch in Brodmanns Saal in der Weberstraße tagte und vom Federwein der Tischler eubersen war, um Stellung zu nehmen gegen den Arbeitsnachweis und die Entlassungsscheine im Tischlergewerbe, beschloß einstimmig: Die Entlassungsscheine sind zurückzugeben und der aufgezogene Arbeitsnachweis ist nicht zu bewilligen.

Die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter hielten am 10. ds. eine außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshause ab, um zu dem von den Holzindustriellen und der Juningung errichteten Arbeitsnachweis und den Entlassungsscheinen Stellung zu nehmen. Die Versammlung war so stark besucht, daß der große Saal auf die Anwesenden kaum zu fassen vermochte.

Der Vorsitzende Sauerzapf beleuchtete die gegenwärtige Situation nach jeder Richtung hin und unterzog das provokatorische Vorgehen der Unternehmer einer lebhaften Kritik und betrautes dann auf die letzte Vertrauensmänner-Versammlung, wo sämtliche Verfassungen betreten waren, die sowohl die Benutzung des Arbeitsnachweises als auch die Annahme der Entlassungsscheine abgelehnt hat. Dieser Versammlung sei es nun vorbehalten, endgültige Stellung hierzu zu nehmen. Der Vorstand ist der Meinung, daß das System der Entlassungsscheine unter allen Umständen beseitigt werden müsse, und zwar schon deshalb, weil dasselbe, wenn erst eingeföhrt, sehr schwer wieder beseitigt werden könne. Auch dürfe kein organisierter Kollege die sogenannte Kontroll-Station in der Alexanderstraße besuchen, so daß dem Arbeitsnachweis die besten Kräfte fern bleiben und die Unternehmer schließlich gezwungen werden, die Benutzung des Arbeitsnachweises aufzugeben. Sodann berichtete der Redner, daß nach Angabe der „Nachzeitung der Holzindustriellen“ der Arbeitsnachweis in der Woche vom 28. Februar bis 6. März von durchschnittlich 280 Personen täglich frequentiert worden sei, daß sich in dieser Zeit 410 Personen einschreiben ließen und angeblich 527 Arbeiter durch die Vermittelung des Nachweises eingestellt worden sind. In der sehr lebhaften Diskussion, in der alle Gesichtspunkte recht eingehend erörtert und die aus den Beschlüssen resultierenden Konsequenzen besprochen wurden, waren sich alle Redner darüber einig, daß die Unternehmer nicht etwa den Arbeitsmarkt regeln, sondern lediglich die ungünstige Konjunktur benutzen wollen, um mit Hilfe dieser Einrichtung nach dem Muster der Röhrenmänner die Arbeiterschaft dauernd niederzubalten. Recht interessante Mitteilungen konnten mehrere Redner von den in Arbeit geschickten Maschinenarbeitern machen. Es haben sich schon verschiedene Unternehmer recht mißlieblich ausgesprochen über die schwache Leistung, sowie auch Ungleichheit der Personen, welche ihnen von ihrem Nachweis vermittelt werden. Soweit bis jetzt in Erfahrung gebracht werden konnte, haben sich größtenteils nur recht minderwertige Maschinenarbeiter einschreiben lassen. Es gelangte schließlich einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der die Versammlung nicht nur die Annahme der entwürdigenden Entlassungsscheine ablehnt, sondern sich auch verpflichtet, die Benutzung des Arbeitsnachweises der Holzindustriellen zu meiden. Es wurde dann noch beschlossen, die durch den Beschluß betroffenen, sowie sämtliche jetzt arbeitslosen Mitglieder bis auf weiteres zu unterstützen. Außerdem soll bis auf weiteres ein Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche erhoben werden. Die Höhe der Unterstützung zu bemessen, wurde dem Vorstande überlassen. Täglich gab dann noch bekannt, daß trotz der großen Zahl von Arbeitslosen es die Firmen Gehlboff, Reichenbergerstraße, und Jahn, Elisabeth-Allee, democh fertig bringen, Ueberstunden machen zu lassen. Nachdem noch einige Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Zu der Humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Wederschen Ober-Realschule, hält am Sonntag, morgen 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig den letzten Vortrag des Cirkles: „Bilder aus der Religionsgeschichte: 6. Zauberei und Weissagung. Dämon und Beten haben freien Zutritt.“

Vermishtes.

Ein schwerer Unfall ereignete sich, wie aus Lapiou gemeldet wird, in der Bruchstation Reinhof-Lapiou bei der Probe mit Rikschyern. Einer der Apparate, dessen Inhalt von 80 Litern Milch bereits auf 95 Grad erhitzt war, platzte. Der im Räume anwesende Leiter des chemischen Laboratoriums, Dr. Prylewski, der Vorkontrollwarter Gosh, ein Monteur, ein Ingenieur und ein jüngerer Beamter wurden durch die unbergelendenden Trümmer und den siedenden Inhalt schwer verletzt. Dr. Prylewski liegt hoffnungslos im Lapiouer Krankenhaus darnieder, auch der Zustand der übrigen Verletzten ist sehr bedenklich.

Zwanzig Mann ertrunken. Sie aus New York gedrohtet wird, ist der Dampfer „Providence“, der auf dem Mississippi regelmäßige Fahrten zwischen St. Louis und dem Palmtra-See macht. Mittwoch früh während einer Böe, als er in den See einfuhr, kentert; zwanzig Personen, darunter zwei Fahrgäste, sind ertrunken.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

E. B. Als freie Mitarbeiter nennen wir Ihnen für Arbeiter leglichen Bernis die Allgemeine Tischler-Krankenkasse, Vorsitzender Fröhlich, Kollodierstr. 48, für Arbeiterinnen die Odenbader Krankenkasse, Sorgenberg 2, Hing, Behrenstr. 60.

Zwei Streikende. Deutsches Reich 540 658 Quadratkilometer; D. Fr. 192 000 Quadratkilometer. Beantwortung der juristischen Fragen in nächster Nummer.

Wetter-Prognose für Freitag, den 11. März 1902. Gelinder bei wässigen fühligen Winden, zunehmender Bewölkung und geringen Niederschlägen.